

DER KAMPF UM DIE PARTEI



**Die politisch-ideologischen Grundlagen des
kommunistischen Wiederaufbaus in Italien.
Ein Vorschlag zur Entwicklung**

Von **Fronte Comunista (FC)**
und **Fronte della Gioventù Comunista (FGC)**

*(übersetzt durch die Internationale Kommission beim
Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands - KPD)*

Inhaltsverzeichnis

VORWORT.....	2
Teil I.....	3
EIN KOMMUNISTISCHER VORSCHLAG IM HEUTIGEN ITALIEN.....	3
a. Die Notwendigkeit der Partei.....	3
b. Der Kampf zur Bekräftigung des Marxismus.....	6
c. Die Internationale Kommunistische Bewegung und die revolutionäre Erneuerung.....	9
d. Die Haltung gegenüber dem Imperialismus und der imperialistischen Kriegsführung.....	13
e. Die Arbeiterklasse als politischer Akteur.....	17
f. Kritik an opportunistischen Staatsauffassungen.....	19
g. Der Kampf gegen die EU, für ein Europa der Arbeiter.....	22
h. Verteidigung des wissenschaftlichen Konzepts des Sozialismus.....	24
i. Austritt aus der NATO oder "Auflösung" der NATO?.....	26
j. Die Herausforderung des Kommunismus an die bürgerliche Demokratie neu beleben.....	28
k. Die Strategie der Kommunisten in der Gewerkschaftsarbeit.....	30
l. Soziale Bündnisse heute und die sozialen/revolutionären Blöcke.....	34
m. Massenbewegungen und Identitätspolitik.....	36
n. Über eine revolutionäre Partei in einer revolutionären Phase.....	39
Teil II.....	42
DER ROTE FADEN.....	42
FÜR EINEN RÜCKBLICK AUF DIE GESCHICHTE DER KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG.....	42
a. Warum sich mit der Geschichte auseinandersetzen.....	42
b. Zu den Begriffen des "Scheiterns" und des "Verrat" des Sozialismus.....	43
c. Die kritische Bilanz dient dazu, Lehren zu ziehen für die revolutionäre Perspektive.....	45
d. Zur Geschichte der PCI und des italienischen Kommunismus.....	47
Teil III.....	53
ORGANISATION UND PARTEIFORM.....	53
a. Die Partei als die wichtigste Form der Klassenorganisation.....	53
b. Klassenbewusstsein und politische Führung.....	53
c. Über die Parteistruktur.....	56
d. Zum demokratischen Zentralismus.....	57
e. Mehr über das Parteimodell.....	59
f. Politischen Konsens schaffen.....	61
g. Die kommunistische Presse heute.....	62
h. Die Wahlkampfaktik der Kommunisten.....	64
Teil IV.....	66
EIN PROJEKT ZUM VORANKOMMEN.....	66
a. Die Lage in Italien.....	66
b. Was ist jetzt zu tun? Die Priorität ist es, die Parteien zu machen.....	69
c. Wie sollte die Frage der Einheit der Kommunisten angegangen werden?.....	71
d. Die Rolle der FGC.....	71
Schlusswort.....	73
WIR TREIBEN DEN KOMMUNISTISCHEN WIEDERAUFBAU IN UNSEREM SCHOSS VORAN.....	73

VORWORT

Der kommunistische Wiederaufbau ist unser Ziel, seit es uns gibt.

Die Fronte della Gioventù Comunista und die Fronte Comunista gibt es in Italien seit 2012 bzw. 2020. Zu unterschiedlichen Zeiten und in veränderten Kontexten haben wir unsere Energien in dieses gemeinsame Ziel gesteckt und bis heute Seite an Seite gekämpft. Viele Aktivisten gehören beiden Abkürzungen an, von den Basisorganisationen bis zu den Führungsgruppen. Viele FC-Aktivisten wurden in den Reihen der FGC ausgebildet, die sie aufgrund von Altersbeschränkungen verließen. Viele andere standen Schulter an Schulter im politisch-ideologischen Kampf zur Verteidigung der revolutionären Prinzipien.

Es ist diese bereits bestehende Organisiertheit, die uns dazu veranlasst hat, dieses gemeinsame Dokument zu verfassen, das wir allen Genossinnen und Genossen in ganz Italien vorschlagen, mit denen wir seit Jahren Kampferfahrungen, Momente der Debatte und Konfrontation teilen; all jenen, die ihre Kräfte in den Dienst des kommunistischen Wiederaufbaus und eines Umgruppierungsprozesses stellen wollen, der die Grundlagen für die Überwindung der bestehenden Strukturen in einer neuen, höheren Form der politischen Organisation legen kann.

Das Dokument wurde diskutiert und genehmigt:

- durch das Zentralkomitee der Fronte Comunista (FC)
- durch das Zentralkomitee der Fronte della Gioventù Comunista (FGC)

Teil I

EIN KOMMUNISTISCHER VORSCHLAG IM HEUTIGEN ITALIEN

a. Die Notwendigkeit der Partei

Die Geschichte ist nicht zu Ende. Dreißig Jahre nach der Konterrevolution, nach dem zeitweiligen Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus, der den Rückfluss der ersten Welle proletarischer Revolutionen, die Auflösung der UdSSR und des sozialistischen Lagers, die Krise der internationalen kommunistischen Bewegung und - in Italien - die Liquidierung der PCI durch ihre eigene Führung mit sich brachte, ist es die tägliche Realität des Kapitalismus und seine unheilbare Krise, die uns zwingt, die "kommunistische Frage" in Italien neu zu stellen.

Die Kommunistische Partei wird heute, hier und jetzt gebraucht. Eine organisierte kommunistische Kraft, die diesen Namen verdient, muss so schnell wie möglich wieder aufgebaut werden. Wir bekräftigen die Notwendigkeit der Partei nicht als nostalgischen Neuentwurf, sondern als lebendiges und unverzichtbares Instrument, um die realen Kräfte zum Sieg zu führen, die im gegenwärtigen Kontext der kapitalistischen Krise, mit allen von der objektiven Realität auferlegten Grenzen und auf der Grundlage der konkret vorhandenen Energien, neue Erfahrungen des Kampfes, der Mobilisierung und der Klassenorganisation hervorbringen. Trotz der Niederlage, trotz des scheinbaren Sieges des Kapitalismus, werden diese neuen Kräfte, die aus dem Bauch der Arbeiterklasse kommen, in Bewegung gesetzt.

Die großen Ausbrüche von Volkszorn, Klassenrevolten, Streiks und Volksmobilisierungen in Dutzenden von Ländern der kapitalistischen Welt, von den USA bis Frankreich, von England bis Griechenland, über Kasachstan, Sri Lanka und Palästina, zeigen tagtäglich, dass die Widersprüche dieses Systems nicht durch Verkündigungen über den Sieg des Marktes und der kapitalistischen "Freiheit" ausgelöscht werden können.

Gleichzeitig stellt sich jedoch mit der Erschöpfung dieser Bewegungen oder ihrer ständigen Wiedereingliederung in den Hauptstrom der institutionellen Kräfte erneut das Problem der politischen Ausrichtung. Klassisch ausgedrückt: Wenn die Klasse "an sich" existiert und auch Anzeichen von Vitalität aufweist, ist das Problem das der Klasse "für sich".

Die italienische Realität ist trotz der Rückständigkeit der Situation nicht von diesen Überlegungen abgeschnitten. Die Beispiele von Kampfgeist und Arbeiterkämpfen, die in der Logistik bis zur ehemaligen GKN trotz der Unbeweglichkeit der großen Gewerkschaften auftauchen, die großen Kämpfe der Studentenbewegung, die proletarischen Agitationen - von den Wohnungsbewegungen bis hin zu Arbeitslosenbewegungen -, die Kämpfe gegen die Umweltzerstörung, die Kämpfe für die Emanzipation der Frauen zeigen, dass sich auch in der Rückständigkeit Italiens etwas bewegt. In jedem Bereich des Kampfes setzen sich alle nach Kräften ein.

Das Fehlen einer politischen Kraft, die sowohl Bezugspunkt als auch Richtungsgeber ist, die diese Kämpfe verallgemeinert und auf das Terrain des politischen Kampfes hebt, wiegt jeden Tag wie ein Felsbrocken.

In Ermangelung dieser Kraft bleiben die Regierungskräfte, die bürgerlichen Parteien von Mitte-Rechts und Mitte-Links - die sich als Vermittler zwischen spezifischen und sektoralen Interessen präsentieren - und die allgemeine Verwaltung des kapitalistischen Systems als einzige "politische" Bezugspunkte übrig, die eine unsichtbare Decke bilden, über die keine "von unten" geborene Bewegung hinauswachsen kann, ohne ihre eigene organisierte Kraft, die in der Lage ist, sie zu durchbrechen.

Die Unmittelbarkeit dieser Erkenntnisse kann nicht über die Problematik eines Prozesses - des kommunistischen Wiederaufbaus in Italien - hinwegtäuschen, der keineswegs einfach sein wird. Die große Zersplitterung, die in Italien zwischen den verschiedenen Gruppen besteht, die sich auf die Tradition der kommunistischen Bewegung berufen, lässt sich nicht mit einem "Wisch" und einem Händedruck beseitigen.

Die bestehenden Spaltungen sind nicht das Ergebnis von Persönlichem, sondern von tiefen politischen, ideologischen und strategischen Differenzen. Die offene, ehrliche und eingehende Auseinandersetzung mit diesen Differenzen ist eine notwendige Voraussetzung für jede Hypothese zur Überwindung der derzeit bestehenden Strukturen. In diesem Sinne wurde das vorliegende Dokument erstellt.

Zwei Klarstellungen verdienen es, gleich zu Beginn erwähnt zu werden, um den Charakter dieses Dokuments und des darin enthaltenen Vorschlags zu verdeutlichen.

Erstens ist die Bekräftigung der Notwendigkeit der Partei als politische Vorhut der Klassenbewegung eine inhaltliche Frage und nicht etwas, das rituell in Erinnerung gerufen wird, ohne seine Bedeutung zu verstehen. Deshalb steht unser Vorschlag in offenem Gegensatz zu der Haltung, die in den Jahren nach der Auflösung der PCI vorherrschte. Damals, aber auch in jüngster Zeit, wurde die Notwendigkeit des Wiederaufbaus einer kommunistischen Kraft damit begründet und unterstützt, dass es in Italien Tausende von Genossen gäbe, ein "kommunistisches Volk", das von der historischen Niederlage enttäuscht und vernalbt, aber bereit sei, den Kopf wieder zu erheben.

Diese Art von Erzählung ist heute völlig nutzlos, weil es kein "kommunistisches Volk" mehr gibt, das an einen Mitgliedsausweis und eine Identität gebunden ist. Es gibt einige wenige politische Avantgarden, die mehr oder weniger mit organisierten Bereichen der Klasse verbunden sind und bei denen man ernsthaft die Möglichkeiten einer Annäherung prüfen muss, die in einigen Fällen möglich sein wird und in anderen nicht. Jenseits dieses kleinen Kreises gibt es ein proletarisches Volk, das von der nationalistischen Rechten, den Liberalen, den alten und neuen sozialdemokratischen Optionen zurückerobert und bekämpft werden muss.

Das menschliche und kämpferische Erbe der PCI ist nicht nur in politischer und kämpferischer Hinsicht, sondern auch in demografischer Hinsicht fast endgültig erschöpft. Die neuen Generationen wachsen auf, ohne diese Partei je gekannt zu haben, geschweige denn, dass sie sich nach ihr sehnen. Die politische Klasse, die aus dieser Geschichte hervorging, hat in den letzten Jahrzehnten die treuesten Verwalter der Angelegenheiten dieses Systems hervorgebracht; die Versuche, Parteien aufzubauen, die umgekehrt die "kommunistische Frage" aufrechterhalten wollten, um weiterhin zu bewahren, was die PCI ihnen hinterlassen hatte, haben heute ihre Funktion erschöpft, wie das Szenario der Zersplitterung täglich zeigt. Was von der PCI übrig blieb und was sich zu ihrer Linken versammelt hatte, hat heute das Scheitern dieser Optionen vor Augen. An diesem Scheitern und den damit verbundenen Auswirkungen auf das kollektive Bewusstsein messen sich sowohl die FGC als auch die FC seit Jahren täglich.

Die zweite Frage, die unserer Meinung nach klar sein muss, ist das Verhältnis zwischen der kommunistischen Partei, die wir aufbauen wollen, und der italienischen Politik insgesamt.

Wir sind uns sehr wohl bewusst, dass der "äußere Kontext" und die historischen und politischen Entwicklungen insgesamt einen gewissen Einfluss darauf haben, ob sich günstige Bedingungen für das Entstehen neuer Parteien ergeben, insbesondere in Bezug auf Wahlen. Die Fünf-Sterne-Bewegung hat sich beispielsweise durchgesetzt, indem sie inmitten einer Wirtschaftskrise und in einer politischen Situation, in der Mitte-Rechts und Mitte-Links gemeinsam die "technische" Regierung von Mario Monti unterstützten, einen politischen, ja "antipolitischen" Oppositionsvorschlag vorlegte. In ganz Europa hatten im letzten Jahrzehnt sowohl die Kräfte der europäischen Linken als auch nationalistische, "euroskeptische" und "souveränistische" Kräfte die Möglichkeit, sich auf der Welle der Unzufriedenheit der Bevölkerung, die durch die sich zuspitzende Wirtschaftskrise ausgelöst wurde, einen eigenen Platz im politischen System Dutzender Länder zu erobern. Auch die politische Krise der 1990er Jahre in Italien führte dazu, dass alle politischen Parteien der "Ersten Republik" durch ein neues "Parteiensystem" ersetzt wurden.

Unsere Aufgabe als Kommunisten ist schwierig, denn während bürgerliche Parteien ihr Wesen verändern und sich chamäleonartig an historische und politische Konjunktionen anpassen können, mit dem vorrangigen Ziel, Kandidaten in Parlamente und Institutionen zu wählen, verlangt unser Wesen von uns, anders zu handeln. Die Herausforderung, vor der wir stehen, besteht gerade darin, das Wesen unseres Projekts, die politische Eigenständigkeit der Kommunisten und die revolutionäre Grundlage unseres Handelns zu verteidigen, ohne gleichgültig gegenüber den politischen Prozessen und Möglichkeiten zu sein, die sich uns durch die historischen Rahmenbedingungen bieten.

Die Kommunistische Partei ist dazu da, den Klassenkampf zu organisieren und zu führen, und nicht, um sich einen Platz im politischen System "zu sichern". Wir wären kurzsichtig, wenn wir nicht berücksichtigen würden, dass gerade angesichts der kapitalistischen Krise, des imperialistischen Krieges, der Unzufriedenheit des Volkes und des Scheiterns aller Veränderungsversprechen der politischen Kräfte, erst recht angesichts des Völkermords in Palästina und der Gefahr weiterer reaktionärer Verwicklungen, sich heute ein Raum für einen neuen Vorstoß der Kommunisten öffnet. Wenn wir es nicht schaffen, werden wir eine entscheidende Gelegenheit in der Geschichte verpasst haben.

Die Anforderungen sind dramatisch gestiegen. Der Kampf gegen die kapitalistische Barbarei kann ohne Umschweife als eine epochale Schlacht bezeichnet werden, denn von ihr hängt das Heil der Völker der Welt, des Planeten und der Menschheit selbst ab. Jeder kämpferische Kommunist muss sich dessen bewusst sein und alle damit verbundenen Verantwortungen übernehmen, in der Überzeugung, dass er oder sie die wichtigsten Kräfte des Fortschritts verkörpert, gegen die Kräfte der Reaktion, die die Menschheit in den Abgrund führen.

In den Überlegungen der letzten Jahre haben wir auf der Grundlage einer tiefgreifenden Selbstkritik an unserer Vergangenheit und aus dem Wunsch heraus, Selbstproklamationen und voluntaristische Impulse zu vermeiden, oft betont, dass kein kommunistisches Wiederaufbauprojekt ohne eine wirklich organische Beziehung zur realen Arbeiterbewegung konzipiert werden kann.

Wenn wir heute diese unsere Warnung bekräftigen, halten wir es für notwendig, die Bedeutung und die Notwendigkeit der Aktion einer Avantgardegruppe, der Willenskraft einer organisierten Gruppe zu bekräftigen, die eine führende Rolle bei der Wiederherstellung des Bewusstseins und der Organisation einer zerrissenen und geschwächten Klasse spielen kann. Diese beiden Überlegungen

sind nicht widersprüchlich, sondern ergänzen sich. Das eine schließt das andere nicht aus.

Den ersten Schritt zu tun, setzt immer einen starken Willen voraus; die Wahl des richtigen Weges erfordert gleichzeitig politische Klarheit.

Die Erfahrung dieser Jahre des Kampfes hat uns nur in unserer Überzeugung bestärkt, dass der kommunistische Wiederaufbau unverzichtbar ist und dass wir unsere gesammelten Kräfte in den Dienst dieses Prozesses stellen müssen. Ohne die Partei ist jeder andere Kampf verloren, und eine wirkliche Veränderung ist nicht möglich.

b. Der Kampf zur Bekräftigung des Marxismus

Wir bekräftigen die Notwendigkeit der kommunistischen Partei. Nicht allgemein eine antikapitalistische Partei, eine Partei der radikalen Linken, eine Partei der Kämpfe und der sozialen Bewegungen. Unter den heutigen Bedingungen des Kapitalismus des 21. Jahrhunderts und im Lichte der historischen Erfahrung gibt es keinen anderen Weg, um der Arbeiterklasse einen politischen Bezugspunkt zurückzugeben, der nicht letztlich dazu führt, dass die Hoffnungen auf Veränderung wieder auf den Boden der Vereinbarkeit mit diesem System gebracht werden.

Deshalb bestehen wir darauf, dass der Kampf für die Bekräftigung des Marxismus als unveräußerliche revolutionäre Theorie der Arbeiterklasse eine Voraussetzung und ein integraler Bestandteil des Kampfes für den Parteaufbau ist.

Wir nennen es nicht zufällig "Kampf", sowohl weil es unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht anders sein kann, als auch weil es in der Geschichte immer so war, dass es der Arbeiterbewegung erst nach einem dialektischen Prozess der Reifung, des Lernens und der Überwindung ihrer eigenen Grenzen gelungen ist, sich eine bessere Organisationsform zu geben.

Der Marxismus hat sich als Leitgedanke der Arbeiterbewegung und der sozialistischen Parteien etabliert, nachdem Karl Marx und Friedrich Engels selbst einen harten Kampf gegen Tendenzen geführt hatten, die Ausdruck eines unreifen, utopischen Sozialismus waren, der den Klassenkampf zugunsten eines abstrakten Ideals der Brüderlichkeit leugnete, das der Konkretheit der kapitalistischen Barbarei entgegengesetzt war.

Die Oktoberrevolution und die Entstehung der Kommunistischen Internationale wären nicht möglich gewesen ohne den Kampf für die Verteidigung der revolutionären Prinzipien, des proletarischen Internationalismus und der Autonomie der Arbeiterklasse, ohne den Kampf gegen den Opportunismus und die reformistischen Auffassungen, die in der Zweiten Internationale in der Mehrheit waren, und davor ohne eine Reihe harter theoretischer Kämpfe gegen die rückständigsten und dogmatischsten Tendenzen im russischen "Marxismus". Nach der "Bolognina" in Italien hat die Rifondazione Comunista selbst, wenn auch mit all ihren Beschränkungen, den Kampf gegen die endgültige Liquidierung der CPI von innen her übernommen, den Höhepunkt eines Prozesses der "Genveränderung", den viele schon seit einiger Zeit anprangerten.

In keinem der wichtigsten Momente war der theoretische Kampf lediglich ein Kampf zwischen Intellektuellen, die von der Arbeiterbewegung abgekoppelt waren. Im Gegenteil, es war ein Kampf, der sicherlich zwischen angesehenen Führern und Theoretikern stattfand und auch die

komplexesten Bereiche wie die Philosophie umfasste, dessen Ergebnisse sich jedoch vor der Arbeiterklasse unweigerlich in offen gegensätzliche und verständliche Vorschläge verwandelten. Utopie oder Wissenschaft, Idealismus oder Materialismus, soziale "Harmonie" oder Klassenkampf, Reform oder Revolution, Krieg oder internationale Solidarität.

Der Kampf, der heute notwendig ist, besteht leider nicht nur darin, einen Namen und ein Symbol zu verteidigen. So sehr wir auch weiterhin daran glauben, dass die Form auch die Substanz ist, sind der Name und das Symbol einer Partei heute vielleicht die am wenigsten relevanten Elemente im Hinblick auf den Stand der Debatte über die "Linke" in Italien.

Im Laufe der Jahrzehnte wurde die Gültigkeit des Marxismus und seiner Grundprinzipien systematisch in Frage gestellt und bekämpft, und zwar nicht nur von den offen antikommunistischen Ideologen, sondern auch von Theoretikern, die der mehr oder weniger radikalen "Linken" zugerechnet werden und von denen viele eine wenn nicht militante, so doch zumindest kommunistische Vergangenheit haben.

Ein Beispiel dafür ist der Einfluss der postmodernen Philosophie auf die weit gefasste "radikale" politische Linke. War die kommunistische Bewegung in ihrer Blütezeit auch ein Anziehungspunkt für "traditionelle" Intellektuelle aus akademischen Kreisen, so ist es seitdem so, dass dieselben Intellektuellen, die als Angehörige der marxistischen Bewegung wahrgenommen werden, Theorien und Ausarbeitungen hervorgebracht haben, die mit einem Klassenstandpunkt völlig unvereinbar sind, was zu einem konstanten und wachsenden Einfluss der bürgerlichen Ideologie auf dem Gebiet der Klassenkräfte führte. All dies in einem Kontext, in dem das Herzstück des Klassenbewusstseins, d.h. die Vorstellung, dass es ein "wir" und ein "sie", ein Lager der Unseren und ein Lager der Gegner gibt, einfach beseitigt wurde, wodurch die Erkenntnis in Vergessenheit geriet, dass auch Ideen niemals neutral sind, sondern ebenfalls dem einen oder anderen Lager angehören.

Der Marxismus wird heute nicht nur von seinen ältesten Gegnern angegriffen - darunter die "klassische" liberale Denkweise, die sich auch bei den jüngeren Generationen wieder dreist durchsetzt, oder der Nationalismus mit seinem ewigen Vorwurf an den Marxismus, "das Volk zu spalten" -, sondern er steht heute auch "links" zwischen zwei Feuern.

Einerseits stellen opportunistische Tendenzen in der kommunistischen Bewegung die Gründe in Frage, die historisch zum Bruch der Kommunisten mit der Sozialdemokratie geführt haben. Andererseits erzeugen neue Tendenzen wie die bereits erwähnten postmodernen Theorien neue ideologische Akzente, die insofern einen gewissen Einfluss ausüben, als ihr reaktionärer und antiwissenschaftlicher Charakter aufgrund der Einschränkungen, unter denen die Ausarbeitung des marxistischen Denkens im letzten halben Jahrhundert gelitten hat, nicht sofort wahrgenommen wird und sich erst jetzt dank der Bemühungen der internationalen kommunistischen Bewegung erholt, die von einigen wichtigen Parteien vorangetrieben wurde und darauf abzielt, eine jahrzehntelange Kluft zu überwinden.

Lenin war sich schon zu seiner Zeit darüber im Klaren, dass der ideologische Kampf der Kommunisten immer an zwei Fronten stattfindet: die "äußere" zur Klassenbewegung, in direkter und offener Konfrontation mit der bürgerlichen Ideologie, die als vorherrschendes Denken gewählt wurde, und die "innere", gegen die verschiedenen opportunistischen Tendenzen, die die Ideologie der gegnerischen Klasse innerhalb der Klassenbewegung reproduzieren.

Auf dem Terrain dieses Kampfes und gerade unter Bezugnahme auf postmoderne Konzepte und ihre politischen Übersetzungen - wie politische Identitäten und die Theorie der Intersektionalität,

die sogar in militanten Kreisen populär sind -, die die strukturelle und politische Dimension des Klassenkampfes leugnen und ihn zu einem der vielen Themen der Politik degradieren, steht die Möglichkeit auf dem Spiel, eine kommunistische Option als höchste Form der Organisation erneut vorzuschlagen.

Dieser Grundsatz, der auf bestimmte Bewegungen unserer Zeit angewandt wird - zum Beispiel die antirassistischen Bewegungen, die Frauenbewegung, die Umweltbewegungen usw. -, darf nicht dahingehend missverstanden werden, dass die Aufgabe der Kommunisten darin besteht, diese Bewegungen wegen ihres klassenübergreifenden Charakters in verächtlichem Ton abzutun. Vielmehr geht es darum, den Grundsatz zu bekräftigen, dass jeder Bereich der Massenmobilisierung, jeder Bereich des politischen Kampfes und der Debatte von den Kommunisten als ein Terrain begriffen werden muss, auf dem ein klassenspezifischer Kampf auf der Grundlage einer marxistischen Weltanschauung und revolutionären Theorie geführt werden muss, so dass der Kampf für die Emanzipation der Frau, für den Umweltschutz, gegen die Diskriminierung aufgrund der Rasse und der sexuellen Orientierung als aktiver Bestandteil des politischen Kampfes für den Sturz des kapitalistischen Systems integriert wird.

Es ist der Marxismus, und nur der Marxismus, einschließlich der leninistischen Auffassung des politischen Kampfes, der die Überwindung der Logik der Aufsummierung getrennter thematischer und branchenspezifischer Kämpfe durch die Integration der einzelnen Kämpfe in den allgemeineren Kampf der Arbeiterklasse für den Sturz des Kapitalismus und die Ergreifung der politischen Macht ermöglicht.

Heute die Gültigkeit und Relevanz des Marxismus zu bekräftigen und auf dieser Grundlage einen umfassenden Kampf gegen die gegnerische Weltanschauung zu führen, auch und gerade innerhalb unseres Lagers, ist ein integraler Bestandteil des Prozesses der Neudefinition eines Klassenlagers, eines "eigenen" Lagers, der Bekräftigung der politischen und ideologischen Eigenständigkeit der Arbeiterklasse.

In diesem Sinne halten wir es für notwendig, noch einmal zu betonen, dass für uns Marxismus im Wesentlichen Marxismus-Leninismus bedeutet. Es ist eine Klarstellung, die wir ohne Dogmatismus und ohne den bloßen Wunsch nach Abgrenzung vornehmen wollen, und zwar auf der Grundlage dessen, was für uns eine objektive Notwendigkeit ist: anzuerkennen, dass sich diese Theorie im 20. Jahrhundert auf der Grundlage der konkreten Erfahrungen der Arbeiterbewegung, der Analyse der neuen Entwicklungen des Kapitalismus in seiner imperialistischen Phase, im Zusammenhang mit der ersten Welle proletarischer Revolutionen, die zur Entstehung des ersten sozialistischen Staates in der Geschichte der Menschheit führten, aus der historischen Erfahrung des Aufbaus des Sozialismus heraus enorm entwickelt hat. In der Erkenntnis, dass eine Weiterentwicklung des Marxismus in unserer Zeit nur in Kontinuität mit dieser historischen Erfahrung erfolgen kann. Nur wenn wir in diesem Sinne arbeiten und uns nicht aus intellektuellen und "akademischen" Gründen von der realen Bewegung entfremden, können wir die Vitalität und die Antriebskraft des Marxismus im 21. Jahrhundert bekräftigen und stärken.

Lenins Aussage, dass "Marxist nur derjenige ist, der die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der Diktatur des Proletariats ausdehnt", soll vor allem bekräftigen, dass der Marxismus nicht nur eine Theorie zur Interpretation der Welt ist, sondern vor allem ein Leitfaden für die politische Aktion, ein wahrer "Werkzeugkasten", um die Realität nicht nur zu verstehen, sondern auch zu verändern; Marxist ist nur derjenige, der akzeptiert, in seiner eigenen politischen Aktion voll und ganz dazu zu gehören.

In diesem Sinne, wenn man den Marxismus richtig als höchsten Ausdruck des Reife- und Lernprozesses der Arbeiterklasse und damit ihrer Eigenständigkeit gegenüber dem gegnerischen Klassenlager und dessen Ideologie begreift, muss die von uns vorgeschlagene Partei genau dieser Eigenständigkeit den höchsten Ausdruck verleihen.

Der Parteaufbau war immer in erster Linie ein dialektischer Prozess: Er ist nicht nur ein Instrument des Kampfes, sondern selbst das Produkt des Kampfes. Als solcher kann er nur die dialektische Negation und Überwindung einer geringeren Bewusstseins- und Organisationsform sein. Dies ist der Kern unseres heutigen Kampfes.

c. Die Internationale Kommunistische Bewegung und die revolutionäre Erneuerung

Der Internationalismus ist der Lackmustest für jede kommunistische Kraft. Die Partei, die wir aufbauen wollen, muss sich auf die fortschrittlichsten Bereiche der internationalen kommunistischen Bewegung beziehen und zu den bereits bestehenden Bemühungen der Kräfte beitragen, die sich das Ziel gesetzt haben, einen revolutionären Pol innerhalb der kommunistischen Bewegung zu bilden.

Es geht darum, dem Internationalismus Substanz zu verleihen und ihn als integralen Bestandteil eines kommunistischen Vorschlags und einer kommunistischen Strategie zu begreifen. Der Internationalismus ist kein symbolischer oder nebensächlicher Appell, schon gar nicht in der Zeit des imperialistischen Krieges. Die kommunistischen Parteien sind als Sektionen einer Internationale entstanden, und in der Tat war es gerade die bahnbrechende Frage, ob man der Komintern beitreten sollte oder nicht, die als Wendepunkt wirkte. Seit der Zeit von Marx ist die internationale Dimension ein integraler Bestandteil der Organisation der Arbeiterbewegung.

Anders als es den Anschein hat, beeinflusst die heftige Auseinandersetzung innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung heute auch die politischen Entwicklungen der "Linken" in Italien. Die Zersplitterung, die in Italien zwischen den Formationen besteht, die sich auf den Kommunismus berufen, spiegelt in hohem Maße die Uneinigkeiten wider, die international bestehen.

Darüber hinaus verweisen selbst jene Linken, die Projekte anderer Art vorschlagen, stets auf internationale Erfahrungen. Es genügt zu sagen, dass es in Italien seit Jahren Versuche gibt, einen Bezugspunkt der Partei der Europäischen Linken aufzubauen, indem man Referenzen und Beispiele in Parteien wie Syriza, Unidas Podemos, Bloco de Esquerda, La France Insoumise ausmacht (alles Kräfte, die übrigens bereits für die Mitwirkung an den Regierungen ihrer eigenen Länder verantwortlich sind, mit Ausnahme der letzten)

Das, was heute als internationale kommunistische Bewegung bezeichnet wird, ist sicherlich etwas ganz anderes als das, was sie zur Zeit ihrer Entstehung war, und zwar nicht nur aus quantitativen Gründen - d.h. in Bezug auf die Größe und Bedeutung der kommunistischen Parteien in der Welt - sondern auch und vor allem aus qualitativen Gründen.

Der Begriff der kommunistischen Bewegung selbst entspricht nicht ganz der tatsächlichen Situation. Zwar gibt es Dutzende von Parteien, die sich auf die politische Tradition des

Kommunismus berufen, die bilaterale Beziehungen zueinander unterhalten und sich gegenseitig respektieren, die sich jährlich auf Veranstaltungen wie dem Internationalen Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien treffen und gemeinsame Erklärungen unterzeichnen. Eine "Internationale" im Sinne eines politisch-organisatorischen Zentrums der Parteiführung gibt es jedoch bis heute nicht, während es erkennbare Bestrebungen gibt, den Austausch und die Debatte zwischen den kommunistischen Parteien zu intensivieren und - und das ist eine wichtige Entwicklung, die hervorzuheben ist - die Koordination der Aktionen zwischen ihnen zu stärken.

Von einer echten internationalen Bewegung zu sprechen, würde vor allem voraussetzen, dass die Parteien, die sich als kommunistisch bezeichnen, zumindest in eine gemeinsame Richtung gehen, unbeschadet der internen Debatten und Differenzen.

Andererseits zeigt die Konfrontation, die heute innerhalb der kommunistischen Bewegung besteht, die sich zunehmend in verschiedene Tendenzen polarisiert, tiefe Unterschiede in allen grundlegenden Fragen unserer Zeit:

- Hinsichtlich des Charakters der kommunistischen Parteien und ihrer politisch-ideologischen Unabhängigkeit gibt es Spaltungen zwischen Parteien, die einerseits ein Klassenverhältnis verteidigen, das der Existenz der kommunistischen Parteien als autonome, unabhängige Kräfte gegenüber der bürgerlichen Politik zugrunde liegt, und die darauf abzielen, die organische Verbindung mit der Arbeiterklasse und den Volkssektoren zu stärken; andererseits Parteien, die sich als "linker" Flügel des bürgerlichen politischen Spektrums verstehen und daher bereit sind, sich in die breiten Bündnisse der "radikalen Linken" oder der "fortschrittlichen Linken" zu integrieren, und die es für akzeptabel halten, die Kommunisten in eine politische und kulturelle Tendenz innerhalb der linken "Fronten" zu verwandeln, wobei sie diese strategische Verschiebung als rein taktischen Schritt tarnen und auf den Aufbau einer Klassenpartei verzichten.

- Hinsichtlich der Ablehnung des Reformismus und des Kampfes gegen bürgerliche Regierungen gibt es große Unterschiede zwischen den Parteien, die die Reduzierung ihres Programms auf eine reformistische Perspektive akzeptiert haben, und denen, die den revolutionären Charakter der kommunistischen Bewegung verteidigen. Unter den ersteren gibt es jene Parteien, die bereit sind, sich an "linken", "fortschrittlichen" und "antiliberalen" bürgerlichen Regierungen in kapitalistischen Ländern zu beteiligen, indem sie diese entweder aktiv unterstützen oder "externe" Unterstützung leisten, und diese Entscheidungen mit der Strategie der "Etappen auf dem Weg zum Sozialismus" rechtfertigen, die den Kampf um die Eroberung der politischen Macht auf einen unbestimmten Zeitpunkt verschiebt und ihn durch die Festlegung einer Zwischenetappe (fortgeschrittene Demokratie, antimonopolistische Regierung, Rückeroberung der "Souveränität") ersetzt. Zu den letzteren gehören Parteien, die die Strategie der "Etappen" ablehnen, sich nicht an bürgerlichen Regierungen beteiligen und in ihrem Programm den Kampf für den Umsturz der kapitalistischen Verhältnisse und den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus als das aktuelle Ziel unserer Epoche anerkennen. Was den imperialistischen Krieg und die Verschärfung des Wettbewerbs zwischen den kapitalistischen Mächten betrifft, so gehen die bestehenden Spaltungen von unterschiedlichen Auffassungen der eigentlichen Definition des Imperialismus aus und führen heute zu gegensätzlichen Positionen zum imperialistischen Krieg. Dies wird im Hinblick auf den aktuellen Konflikt in der Ukraine immer deutlicher: Ein Teil der kommunistischen Bewegung prangert den Konflikt in der Ukraine als "imperialistischen Krieg auf beiden Seiten" an, während andere Parteien sich dafür entschieden haben, die eine oder andere Fraktion auf dem Feld zu unterstützen. Unter den

kommunistischen Parteien gibt es unterschiedliche Einschätzungen zur Charakterisierung des Imperialismus: Einige Parteien verstehen darunter die aggressive Außenpolitik der USA, der NATO und ihrer Verbündeten und betrachten daher die Außenpolitik der kapitalistischen Staaten, die in Opposition zu den USA stehen, als "antiimperialistisch"; andere Parteien verteidigen die Relevanz der leninistischen Konzeption des Imperialismus als die übergeordnete (und aktuelle) Phase der kapitalistischen Entwicklung, die durch die Bildung von Monopolen und den Zusammenstoß zwischen den kapitalistischen Mächte für eine neue Aufteilung der Welt. Infolgedessen gibt es gegensätzliche Ansichten über die so genannte "multipolare Welt", d.h. über das Entstehen neuer kapitalistischer Mächte und die Veränderung der internationalen Machtverhältnisse. Einige Parteien sehen in dieser Entwicklung ein "Gegengewicht" zu den USA und einen Vorboten neuer Friedensgarantien und erklären daher ihre Unterstützung für die Außenpolitik der "Schwellenländer" im Namen der "Demokratisierung der internationalen Beziehungen"; andere Parteien behaupten, dass das Entstehen neuer Mächte die imperialistische Konkurrenz und die Tendenz zum Krieg verschärft, und betonen die Unverzichtbarkeit einer von den widerstreitenden kapitalistischen Lagern unabhängigen Klassenpolitik.

- Was die wissenschaftliche Definition des Sozialismus selbst betrifft, so gibt es große Meinungsverschiedenheiten. Einerseits halten einige Parteien an der ideologischen Konstruktion des "Marktsozialismus" fest und betrachten China als ein Land, das "den Sozialismus mit chinesischen Merkmalen aufbaut", oder an der Theorie des "Sozialismus des 21. Jahrhunderts", die in Lateinamerika entstanden ist und die in Italien mehrere Parteien (PAP, PRC, Rete dei Comunisti) offen in ihr Programm aufnehmen. Jahrhunderts", die aus Lateinamerika stammt und die in Italien von mehreren Parteien (PAP, PRC, Rete dei Comunisti) offen in ihr Programm aufgenommen wurde. Andere Parteien hingegen verteidigen die wissenschaftliche Definition des Sozialismus auf der Grundlage der historischen Erfahrungen und Errungenschaften der UdSSR und der weltweiten Arbeiterbewegung, prangern die derzeitige absolute Vorherrschaft der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in China und die führende Rolle des chinesischen Staates und der Monopole im internationalen imperialistischen System an, in dem sie mit den USA um die Vorherrschaft ringen.

Die oben genannten Fragen machen bereits die wichtigste Tatsache deutlich: Die Widersprüche, die zwischen den Parteien bestehen, die sich auf den Kommunismus berufen, sind nicht unbedeutend, sondern haben mit der ideologischen Matrix der kommunistischen Parteien und ihrer historischen Funktion zu tun.

Unserer Ansicht nach kann die Zukunft des Kommunismus im 21. Jahrhundert nur durch eine Bekräftigung der revolutionären, marxistisch-leninistischen Matrix der internationalen kommunistischen Parteien und Bewegung erfolgen. Dies kann nur durch einen ideologischen Kampf zur Verteidigung der revolutionären Prinzipien geschehen, der Hand in Hand mit der Neugruppierung eines kohärenten marxistisch-leninistischen Pols innerhalb der IKM und der antiimperialistischen Bewegung geführt wird.

Die FC und die FGC waren in diesem Zusammenhang keine neutralen Akteure. Die Fronte Comunista beteiligte sich an der Gründung der Europäischen Kommunistischen Aktion (ECA), die am 18. November 2023 in Athen von 12 Parteien nach der Auflösung der Initiative der Kommunistischen und Arbeiterparteien Europas (ICWPE) gegründet wurde; sie hat brüderliche bilaterale Beziehungen zu zahlreichen kommunistischen Parteien entwickelt, darunter die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE), die Kommunistische Arbeiterpartei Spaniens

(PCTE), die Kommunistische Partei der Türkei (TKP), die Partei der Arbeit Österreichs (PdA) die Revolutionäre Kommunistische Partei Frankreichs (PCRf), die Union der Kommunisten der Ukraine (SKU), die Kommunistische Partei Schwedens (SKP), die Kommunistische Partei Mexikos (PCM), die Kommunistische Partei Venezuelas (PCV), die Revolutionäre Kommunistische Partei Brasiliens (PCBR).

Die Fronte della Gioventù Comunista ist seit Jahren eine aktive und anerkannte Kraft in der internationalen kommunistischen Jugendbewegung, sie ist Mitglied des Weltverband der demokratischen Jugend (WFDY) und nimmt regelmäßig am Europäischen Kommunistischen Jugendtreffen (MECYO) teil, das 2016 in Rom stattfand. Sie entwickelt brüderliche Beziehungen zu Dutzenden von Organisationen aus allen Kontinenten und beteiligt sich aktiv an der politisch-ideologischen Auseinandersetzung zur Verteidigung der revolutionären Matrix der kommunistischen Bewegung.

Die Gründung der Europäischen Kommunistischen Aktion ist ein wichtiger Schritt nach vorn, denn sie setzt sich das ehrgeizige Ziel, die Ausarbeitung gemeinsamer Positionen der kommunistischen Parteien zu fördern, die Bemühungen um eine kollektive Analyse und die wirksame Koordinierung von Kampf und politischer Aktion auf internationaler Ebene zu koordinieren. Dies ist noch keine neue kommunistische Internationale, aber ein wichtiger Schritt zur Überwindung der Logik, die den Internationalismus auf bilaterale/multilaterale Beziehungen und den bloßen Ausdruck von Solidarität beschränkt. Die Entscheidung, die Mitgliedschaft in der ECA von der Akzeptanz einer Reihe grundlegender politisch-ideologischer Prinzipien abhängig zu machen und die Unvereinbarkeit mit der Mitgliedschaft in Organisationen wie der Partei der Europäischen Linken oder der "World Anti-Imperialist Platform" zu sanktionieren, ist ebenfalls eine wichtige Entscheidung, die dieser Form der internationalen Koordination mehr Substanz und ideologische Festigkeit verleiht, nachdem die ICWPE gerade wegen der tiefen Divergenzen zwischen den ihr angehörenden Parteien, insbesondere nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine, gelähmt war.

Da wir in der italienischen Debatte von Nutzen sind, möchten wir mit Überzeugung feststellen, dass sich diese Entwicklungen innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung nicht nur quantitativ, sondern vor allem qualitativ von den Gräben unterscheiden, die die historische Kontingenz des Krieges in der Ukraine innerhalb "zusammenhängender" politischer Traditionen wie der maoistischen, trotzkistischen, so genannten "kommunistischen Linken" und ähnlicher Gruppierungen geöffnet hat. Wir erkennen an - und das ist eine objektive Tatsache -, dass es in all diesen Bereichen in den letzten Jahren zu Spaltungen und Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Haltung zum russischen Einmarsch in der Ukraine und dem anhaltenden Konflikt gekommen ist. Es wäre jedoch naiv zu glauben, dass sich daraus die Definition eines internationalen und "transversalen" revolutionären Lagers entwickeln kann. Wir sagen dies nicht aus reiner historischer Tradition, die uns in dieser Hinsicht wenig interessiert, sondern wegen des realen Charakters dieser Prozesse. In diesen Bereichen nimmt die Spaltung weder die Form noch die Prozesshaftigkeit einer revolutionären Gruppierung an; das Teilen einer Antikriegsposition in einer bestimmten Situation führt nicht per se zur Entwicklung einer gemeinsamen Konzeption der historischen und politischen Phase, noch zu einer gemeinsamen Lesart des Imperialismus und der internationalen Konkurrenz in der kapitalistischen Welt.

Ein wesentlicher Unterschied, der die Europäische Kommunistische Aktion so viel fortschrittlicher macht, ist jedoch gerade die Tatsache, dass sie eine wirkliche Verankerung einer gemeinsamen Position zum Imperialismus und zum Wesen der neuen kapitalistischen Mächte wie China, Russland und den "Schwellenländern" bescheinigt hat; eine gemeinsame Auffassung vom Charakter, den Grundprinzipien und der Rolle der kommunistischen Parteien; dass sie Parteien

zusammengebracht hat, die wirklich eine gemeinsame revolutionäre Strategie entwickeln und diese Kriterien als unabdingbar für die Mitgliedschaft in der ECA selbst festlegen. Diese gemeinsame Matrix, diese politisch-ideologische und programmatische Gemeinsamkeit, die einen Teil der internationalen kommunistischen Bewegung heute kennzeichnet, gibt es einfach nicht unter jenen einzelnen Gruppen trotzkistischer, maoistischer usw. Inspiration, die in einigen Fällen auch bemerkenswerte Positionen gegenüber dem Ukraine-Konflikt einnahmen. Diese objektive Tatsache muss in aller Deutlichkeit vor Augen geführt werden.

Auf der Grundlage der obigen Überlegungen und unter Bekräftigung der Notwendigkeit, die derzeitigen Parteistrukturen in ihrer jetzigen Form zu überwinden, bekräftigen wir, dass die Partei, die wir in Italien aufbauen müssen, notwendigerweise in Kontinuität zu den bisherigen Bemühungen stehen muss.

Wir bekräftigen, dass der politisch-ideologische Kampf zum Aufbau der Partei in Italien Hand in Hand mit dem auf internationaler Ebene geführten Kampf gehen muss, und schlagen daher eine kommunistische Partei vor, die integraler Bestandteil der internationalen kommunistischen Bewegung und ihrer Strukturen ist. Eine Partei, die Teil der Europäischen Kommunistischen Aktion (ECA) ist, die ihre Leitlinien und Funktionen als das fortschrittlichste Instrument anerkennt, das in der gegenwärtigen Situation möglich ist, um die revolutionäre Umgruppierung auf internationaler Ebene zu fördern, und in die sie alle ihre Bemühungen voll und ganz einbringen kann. Eine Partei, die mit der Internationalen Kommunistischen Zeitschrift zusammenarbeitet, indem sie deren Veröffentlichung in Italien aktiv unterstützt, und die brüderliche Beziehungen zu kommunistischen Parteien auf allen Kontinenten entwickelt, angefangen bei denen mit revolutionärer und marxistisch-leninistischer Ausrichtung, mit Unterstützung der FGC auf Jugendebene. Eine Partei, die am Internationalen Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien (IMCWP) und am SolidNet-Netzwerk teilnimmt und ihren Beitrag in diesen Kontexten leistet.

d. Die Haltung gegenüber dem Imperialismus und der imperialistischen Kriegsführung

Der Krieg ist der Moment der Wahrheit. Angesichts des Krieges spitzen sich bestehende Widersprüche, die latent geblieben und nur teilweise beigelegt waren, angesichts der Beschleunigung der Geschichte zu und polarisieren sich zu offen gegensätzlichen Positionen, die durch eine Bruchlinie getrennt sind, die sie unversöhnlich macht. Dies geschieht sowohl auf dem Gebiet der Kapitalisten und ihrer Bündnisse - wobei sich die kapitalistischen Staaten angesichts des Krieges gezwungen sehen, ihre Zugehörigkeit zu einem Lager zu formalisieren, wie es gerade in Europa geschah - als auch auf dem Gebiet der Klassenbewegung und ihrer politischen Organisationen.

Die Geschichte wiederholt sich nie zweimal auf dieselbe Weise. Aber es ist unbestreitbar, dass das, was sich heute in der "Klassenlinken" abzeichnet, ein schwer zu fassender Riss ist, der dieselben Prinzipien zum Ziel hat, für die die Kommunisten auf den Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal gekämpft haben, um die Positionen der Ablehnung des Krieges zu verteidigen, d.h. die Ablehnung einer Beteiligung zugunsten eines der Lager die Kriegsparteien des Ersten Weltkriegs. Der ideologische Kampf jener Jahre, an dessen Spitze die Bolschewiki Lenins und die deutschen Spartakisten unter der Führung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht standen, legte den Grundstein für die Entstehung der Kommunistischen Internationale und der kommunistischen

Parteien. Heute geht es darum, diese Prinzipien zu verteidigen.

Das Problem ist nicht doktrinär oder ideologisch, sondern rein politisch: keine Klassenposition zu Imperialismus und Krieg zu haben, bedeutet, die Klassenbewegung den Interessen der imperialistischen Zentren zu unterwerfen.

Wir brauchen nur zwei Fälle anzuführen, um zu verstehen, wie tragisch diese Entscheidung sein kann. Die Kommunistische Partei Spaniens (PCE), Erbe der Tradition des "Eurokommunismus", hat heute Minister in einer sozialdemokratischen Regierung, die tonnenweise Waffen zur Unterstützung des ukrainischen Regimes schicken, in Übereinstimmung mit den Strategien der NATO und der europäischen Bourgeoisien. In Russland hingegen unterstützt die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) offen die "spezielle Militäroperation" der Regierung von Wladimir Putin und seiner Oligarchen in der Ukraine und ruft sogar zu mehr Entschlossenheit und Aggression auf. Unter Missachtung des Internationalismus stehen zwei nominell kommunistische Parteien auf entgegengesetzten Seiten eines imperialistischen Krieges, in dem die Völker für die Profite ihrer Ausbeuter zur Schlachtbank geführt werden.

Genau auf diesem Boden, dem des Kompromisses mit den Kriegsplänen der eigenen Bourgeoisie, wurde seinerzeit der Grabstein der Zweiten Internationale gelegt. Wenn heute ein kommunistischer Vorschlag wieder auf das Feld gebracht werden kann und muss, dann nur außerhalb dieser Pläne, auf dem Terrain einer autonomen Klassenpolitik, die sich kohärent gegen den imperialistischen Krieg an all seinen Fronten stellt.

Nach der russischen Invasion in der Ukraine haben wir die von den kommunistischen Parteien Griechenlands (KKE), Spaniens (PCTE), der Türkei (TKP) und Lexikons (PCM) unterstützte und von 44 kommunistischen Parteien und 30 Jugendorganisationen (einschließlich der FC und der FGC) unterzeichnete Erklärung "Nein zum imperialistischen Krieg in der Ukraine", die am 3. März 2022 im SolidNet veröffentlicht wurde, begrüßt und von ganzem Herzen unterstützt. Diese Erklärung sowie die nachfolgenden Erklärungen ein Jahr nach dem Krieg und auf den internationalen Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien in Havanna (2022) und Izmir (2023) stellen eine wichtige Entwicklung dar, da sie die Existenz einer revolutionären Position und eine klare Opposition gegen die laufende Konfrontation zwischen den verschiedenen Fraktionen der kapitalistischen Welt, die nicht nur in der Ukraine, sondern in verschiedenen regionalen und geografischen Kontexten zum Ausdruck kommt, öffentlich formalisieren.

Der Krieg in der Ukraine markiert den Eintritt in eine neue historische Phase, in der der neue Wettbewerb um die Vorherrschaft im kapitalistischen Weltsystem zunehmend zu direkten oder indirekten militärischen Konfrontationen führt. Die Phase der unipolaren US-Dominanz, die auf das Ende des Kalten Krieges folgte, scheint nun endgültig vorbei zu sein. Für diejenigen, die im Gefolge von Toni Negri zu Beginn des neuen Jahrtausends über das Ende des Imperiums angesichts eines einzigen globalen "Imperiums" theoretisierten, ist das, was wir heute erleben, stattdessen die "Rückkehr" des Imperialismus. Nach der unipolaren "Klammer", nach dem Einfrieren der meisten interkapitalistischen Widersprüche während des Kalten Krieges aufgrund der weltweiten Konfrontation zwischen Kapitalismus und Sozialismus, kehrt die heutige Welt zur "natürlichen" Form des Kapitalismus auf seinem Höhepunkt zurück, die durch die Vorherrschaft der Monopole und des Finanzkapitals und den Zusammenprall der kapitalistischen Mächte gekennzeichnet ist.

Das ist das Wesen der "multipolaren Welt", die sich heute herausbildet. Das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus bedeutet, dass sich das Gleichgewicht der Kräfte zwischen den kapitalistischen Staaten und den Bourgeoisien der verschiedenen Länder ständig

verschiebt, dass neue kapitalistische Mächte auf Kosten anderer entstehen, die zwangsläufig ihren Einfluss schwinden sehen. Dieser Prozess führt zusammen mit den allgemeineren Gesetzen der kapitalistischen Entwicklung zu einer Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz. Der Rüstungswettlauf, der heute in der ganzen Welt wieder aufflammt, ist ein Weckruf, der uns dazu zwingt, uns auf die Möglichkeit neuer militärischer Ausschreitungen vorzubereiten.

In dem sich verschärfenden Kampf haben die Proletarier keine Freunde außerhalb ihrer eigenen Klasse. Der imperialistische Krieg ist ein Raub- und Aufteilungskrieg zwischen den Kapitalisten verschiedener Länder; seine Opfer sind die Völker und Arbeiter aller beteiligten Länder. Er ist ein imperialistischer Krieg auf beiden Seiten, denn sein Charakter wird nicht dadurch definiert, wer den ersten Schuss abgibt, sondern durch die Akteure, die im Spiel sind; er ist die "Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" und daher untrennbar mit der konkreten Realität der kapitalistischen Politik verbunden, d.h. mit eben jenen Bereichen, die die Kriegspläne vorantreiben.

Die Aufgabe der Kommunisten angesichts des imperialistischen Krieges besteht darin, die Arbeiterklasse und die Arbeiter zu einem Schulterschluss aufzurufen und eine maximale Mobilisierung der Arbeiter und des Volkes gegen den Krieg zu fördern, eine autonome Klassenpolitik, die nicht auf die Kriegspläne der bürgerlichen Fraktionen vor Ort reduziert werden kann, die Anprangerung und der Kampf gegen die imperialistischen Pläne des eigenen Landes und der Bündnisse, denen es angehört, das Bemühen, den Widerstand gegen den Krieg zu einem integralen Bestandteil des Klassenkampfes im eigenen Land zu machen, der Widerstand gegen die Kriegspropaganda und alle Formen der "Rekrutierung" der Völker für den Krieg der Monopole. Ein integraler Bestandteil dieses Kampfes ist auch die Verteidigung der leninistischen Konzeption des Imperialismus, sowohl gegenüber der Verwendung dieses Wortes in der Kriegspropaganda - in der jede der kriegführenden Fraktionen diesen Vorwurf gegen das gegnerische Lager verwendet - als auch in der Debatte zwischen den politischen Organisationen der "Linken".

Wenn in der italienischen Öffentlichkeit das Wort "Imperialismus" wieder aufgetaucht ist, weil es von den Regierungen der NATO-Länder heuchlerisch gegen die russische Regierung verwendet wurde, so wird auf der Linken die leninistische Konzeption des Imperialismus heute offen oder im Wesentlichen von jenen politischen Strömungen geleugnet, die das Wort "Imperialismus" als Synonym für die Außenpolitik der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten oder allgemeiner als Synonym für eine aggressive Außenpolitik betrachten, die Politik und Wirtschaft voneinander trennt. Auf diese Weise verkünden sie mehr oder weniger offen, dass die Außenpolitik und die militärischen Operationen von Ländern, die in Opposition zu den USA stehen, wie z.B. die Russische Föderation, einen "antiimperialistischen" Charakter haben würden.

Wenn in einem Land wie Italien, das Mitglied der EU und der NATO ist, diese Positionen dazu führen, dass ein imperialistisches Zentrum, das dem eigenen entgegengesetzt ist, "bejubelt" wird, so führen diese Positionen in anderen Ländern wie Russland selbst zu einer offenen Unterstützung der imperialistischen Pläne seiner Regierung und zur Einberufung von Tausenden von Proletariern, die an die Front geschickt werden, um in einem Krieg zu kämpfen und zu sterben, der für die Ambitionen und Interessen ihrer Ausbeuter geführt wird. Positionen zur Unterstützung kapitalistischer Staaten, die fälschlicherweise als "antiimperialistisch" bezeichnet werden, führen letztlich dazu, dass im Rahmen einer möglichen Neuordnung der Bündnisse Sektoren der nationalen Bourgeoisie unterstützt werden, die an der Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen mit dem aktuellen Gegner interessiert sind. In jedem Fall stehen diejenigen, die solche Positionen vertreten, am Ende von Sektoren, die unserer Bezugsklasse fremd und feindlich gegenüberstehen.

Die Position der Kommunisten zum Krieg muss sich auf die konkrete Realität stützen, ohne die

Illusion, mechanisch analytische Schemata anwenden zu können, die sich auf von der Geschichte überholte Situationen beziehen, wie zum Beispiel die Logik der "antiimperialistischen Kämpfe" und Konzepte, die in den antikolonialen Bewegungen des 20. Jahrhunderts.

Der imperialistische Wettbewerb unserer Zeit ist ein Prozess, der sich innerhalb des gesamten kapitalistischen Systems abspielt. Der Kapitalismus ist nicht mehr der einer Handvoll europäischer Länder, zu denen noch die USA und Japan hinzukommen, die eine imperial-koloniale Herrschaft über den Rest der nichtkapitalistischen Welt ausübten. Es gibt kein koloniales System mehr, es gibt keine antiimperialistischen Kämpfe, die "den Imperialismus schwächen" und sich an die treibende Kraft der UdSSR und des sozialistischen Lagers binden. Was heute existiert, ist ein kapitalistisches Weltsystem, eine imperialistische Pyramide, die aus ungleichen Machtverhältnissen und einem ständigen Wettbewerb um die Vorherrschaft besteht, in der die kapitalistischen Produktionsverhältnisse in allen Ländern vorherrschen, in der die Entwicklung von Monopolen vorherrscht, verallgemeinert ist und sich sogar in den rückständigsten Ländern entwickelt, wobei in einigen Fällen vorkapitalistische Formen kombiniert werden und koexistieren. Dies bedeutet keineswegs, dass die Entwicklung nationaler Befreiungskämpfe unter fremder Besatzung und Herrschaft unmöglich ist, wie die Realität in Palästina beweist. Es bedeutet jedoch, dass es unmöglich ist, die Länder der Welt mechanisch in "imperialistische Länder" und "unterdrückte Völker" aufzuteilen.

Es versteht sich von selbst, dass der Kampf gegen den Imperialismus in Italien keinesfalls als Kampf für die nationale Befreiung, als Kampf für die "Rückeroberung der Souveränität" der "Kolonie" Italien von den USA, der EU usw. bezeichnet werden kann. Dies aus zwei grundlegenden Gründen.

Die erste ist, dass die Existenz unterschiedlicher Machtverhältnisse zwischen verschiedenen Ländern, z.B. innerhalb der NATO oder der EU, zwischen Italien und den USA oder zwischen Italien und Deutschland, nicht die Tatsache aufhebt, dass diese Länder an diesen Bündnissen auf der Grundlage gemeinsamer Interessen ihrer jeweiligen Bourgeoisien (die neben der Konkurrenz bestehen) teilnehmen.

Zweitens ist Italien, wenn man die objektiven Daten betrachtet, sicherlich kein "unterdrücktes" Land. Trotz einiger Schwächen ist Italien eine führende kapitalistische Macht, das achtgrößte BIP der Welt, Mitglied der G7, mit einem massiven Kapitalexport und militärischen Missionen in Dutzenden von Ländern der Welt. Die imperialistischen Ambitionen des italienischen Kapitals werden von den Regierungen offen erklärt, die von Investitionen auf dem Balkan, "Plänen für Ostafrika" usw. sprechen.

Deshalb müssen die opportunistischen Theorien, die Italien als unterdrücktes Land oder als "Halbkolonie" der USA bezeichnen und den Imperialismus anderer Länder (USA, Frankreich usw.) verurteilen, während sie den italienischen Imperialismus schamlos leugnen, an den Absender zurückgeschickt und offen als Theorien angeprangert werden, die nur dazu dienen, das Festhalten an den internationalen Ambitionen des italienischen Monopolkapitals zu rechtfertigen.

In der heutigen imperialistischen Ära kann der antiimperialistische Kampf nicht getrennt vom Klassenkampf verstanden werden. Im Gegenteil, nur aus dem Kampf gegen die "eigene"-Bourgeoisie, "unsere" Regierung und ihre imperialistischen Pläne kann eine breitere antiimperialistische Bewegung in Italien ihre Schritte machen. Wenn man nicht auf diesem Boden steht, wenn man ideologische Zugeständnisse an die Unreduzierbarkeit des Charakters dieses Kampfes macht, landet man im Lager des Gegners.

Letztlich bleiben den Kommunisten unter den heutigen Bedingungen nur zwei Möglichkeiten. Entweder sie lassen sich in eines der kapitalistischen Lager einbinden, oder sie führen die Völker auf einen autonomen Weg, der unabhängig von den imperialistischen Plänen ist. Einen dritten Weg gibt es nicht.

e. Die Arbeiterklasse als politischer Akteur

Die Kommunistische Partei ist die Avantgardepartei der Arbeiterklasse. In dieser Aussage steckt eine inhaltliche Frage, die kein ritueller Aufruf ist und auch nichts damit zu tun hat, einfach ein Wahlbecken zu bestimmen, in dem man um Stimmen wirbt: die Bestätigung der Arbeiterklasse als kollektiver politischer Akteur, der in die Geschichte eingreifen kann.

Heute wird das Proletariat, obwohl es die Mehrheit der Gesellschaft darstellt, entmachtet und seines Bewusstseins beraubt, während es im politischen Diskurs sogar ausgeklammert oder unter nebulösen Formulierungen - der allgemeinen Definition des "Volkes" oder der allgegenwärtigen Dichotomie von "Familien und Unternehmen" - maskiert wird. Nichtsdestotrotz gibt es das Proletariat und es ist auch die Mehrheit der Bevölkerung.

Die Partei, die wir aufbauen wollen, ist avantgardistisch, weil sie sich aus den bewussten Elementen dieser Klasse, den politischen und gewerkschaftlichen Kadern, zusammensetzt; sie ist klassenbasiert, nicht nur aufgrund ihrer organischen Zusammensetzung, die sie zu einem Teil der Klasse macht, sondern auch, weil sie ihre Ansichten und strategischen Ziele zum Ausdruck bringt.

Diese Vorstellung von der heutigen Partei wird mit anderen Vorschlägen im Bereich der "Linken" konfrontiert, die sich als Neuerungen präsentieren, aber oft das genaue Gegenteil sind und in Wirklichkeit an Vorstellungen aus der Vergangenheit erinnern, die bereits mit dem Aufkommen der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert.

Es gibt keine Partei, die sich offen als Arbeiterpartei bezeichnet, während selbst bei den Abenteuern der selbsternannten "radikalen" Linken kein klassenkämpferischer Diskurs vorherrscht, sondern eher ein allgemeiner bürgerlich "fortschrittlicher".

Das erste Verfassungsdokument in Sowjetrußland auf dem Höhepunkt der proletarischen Revolution war die Erklärung der Rechte des werktätigen Volkes und des slawischen Volkes von 1918. Ein Dokument, das bereits in seinem Titel, der an den der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 erinnert, die umwälzende Wirkung der Arbeiterbewegung auf die Art und Weise zusammenfasst, wie sie die großen politischen Begriffe Gleichheit, Freiheit und Demokratie auffasst. Der Bürger der Französischen Revolution trat zur Seite und machte Platz für den Arbeiter als zentrales Subjekt des Aufbaus der neuen Welt. Denn gerade auf der formalen Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz, die das ideologische Instrument zur Abschaffung der Privilegien des Adels und der Feudalherrschaft gewesen war, hatte die bürgerliche Macht die kapitalistische Unterdrückung begründet und begründet sie noch immer, eine Ungleichheit, die der proklamierten Gleichheit faktisch entgegensteht, eine substantielle Ungleichheit, die die eigentlichen Bürgerrechte offen verweigert oder zumindest zunichte macht. Was die Oktoberrevolution zum Verfassungsprinzip eines neuen Staates erhob, war nicht mehr und nicht weniger als das, was die Arbeiterbewegung der europäischen politischen Debatte aufgezwungen hatte. Es war die eigentliche

Identität der "Linken", wenn man diesem Wort in der Ära der Konfrontation zwischen Kapitalismus und Kommunismus überhaupt noch einen Sinn geben wollte.

Indem die Klassenbewegung den Bürger durch den Arbeiter ersetzt hat, hat sie eine wichtige Seite im Buch der Geschichte aufgeschlagen. Heute wird diese Seite rückwärts geblättert.

In der Misere des heutigen Opportunismus wird die Offenheit der Linken für die "Zivilgesellschaft" als originelle und konsensbildende Neuerung dargestellt. Der Idee der Klassenpartei wird die Idee der "Pluralität" von Themen gegenübergestellt, als ob die Klasse nur eine der zu behandelnden Fragen wäre und nicht das eigentliche Wesen der Partei.

Von Seiten eines Teils der "Linken" werden zur Rechtfertigung dieser Positionen postmoderne bürgerliche Theorien über das "Verschwinden der Arbeiterklasse" herangezogen, während die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaften in der ganzen Welt einen immer größeren Teil der Bevölkerung aller Länder in das Lohnarbeitsverhältnis hineinzieht.

Diese Idee geht nämlich immer mit der Leugnung der organischen Verbindung zwischen der Partei und der Klasse und mit einer wahlpolitischen Wendung in der Konzeption der Partei einher: Von der Partei der Klasse, die ihr revolutionäres politisches Projekt und damit ihre Vision zu allen zentralen Themen der Politik und unserer Epoche vorstellt, gehen wir stattdessen zu der Partei über, die über Arbeit, Umwelt, Bürgerrechte, Legalität, Pazifismus "reden" muss, um den Konsens der Wählerschaft abzufangen. Alle Parteien der so genannten "radikalen Linken" in Europa sind im Grunde genommen dies, mehr als Klassenparteien, und darin unterscheiden sie sich sogar von den "traditionellen" Sozialdemokratien der Zweiten Internationale, obwohl ihre politische Funktion letztlich die gleiche ist. Mit anderen Worten, eine klassenübergreifende Konzeption der Partei geht immer mit der Rückgewinnung des citoyen als Paradigma ihrer Identität einher, in der der Arbeiter höchstens als Appell an ein anzusprechendes Segment der Wählerschaft zugelassen wird.

Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass es auf dieser Grundlage, d.h. auf der politischen Idee der Konsenspartei, die einer Wählerschaft von Bürgern, die an einer Reihe von Themen interessiert sind, "ein Produkt verkauft", nicht möglich ist, eine kommunistische Partei zu rekonstruieren. Nicht nur, weil der Verzicht auf ein klassenbezogenes Prinzip bereits der Verzicht auf den kommunistischen Charakter der Partei ist, sondern auch, weil sich kein kommunistisches Projekt darauf beschränken kann, sich einen Platz im bürgerlichen politischen System zu sichern, wenn man auf die Substanz dessen verzichtet, was dieser Name bedeutet.

Wir sagen dies in dem Bewusstsein, dass die heutige kapitalistische Gesellschaft durch die Zerschlagung sozialer Organisationen und zwischengeschalteter Instanzen und die starke Zunahme des Individualismus genau in die Richtung geht, die Politik auf die Logik des bloßen Konsens und des Meinungsaktivismus zu verflachen. Darüber hinaus darf nie vergessen werden, dass der kapitalistische Staat unter offenem Ausschluss der Massen entstanden ist; dass sich die Bourgeoisie historisch gesehen erst nach der Herausforderung durch die Arbeiterbewegung das Ziel gesetzt hat, "ihre" Massenparteien (in der europäischen Geschichte die christlich-populären oder faschistischen Parteien) aufzubauen. Es war in erster Linie der Rückfluss der Arbeiterbewegung selbst, der den Boden bereitete, nicht für die totale Umkehrung der Geschichte (die nicht möglich ist), sondern für die "Beschränkung" der Massen auf die passive Logik der Konsensmechanismen der bürgerlichen Demokratie.

Die Herausforderung der Kommunisten heute bewegt sich aufgrund der gegebenen Bedingungen innerhalb dieses Paradigmas der Politik und muss die Fähigkeit haben, sich daran zu messen, aber

sie ist in erster Linie eine Herausforderung für diese Art, Politik zu machen. Mit anderen Worten: Die Ambition der Kommunisten kann sich nicht darauf beschränken, eine Partei aufzubauen, die zur Arbeiterklasse spricht, ohne tatsächlich die Partei der Arbeiterklasse zu sein. In dieser scheinbar bloßen lexikalischen Nuance liegt das ganze Gewicht einer politischen Kultur, die es zu verteidigen und zurückzugewinnen gilt.

Es versteht sich von selbst, dass die als politische Partei organisierten Kommunisten in der Praxis alle Fragen der öffentlichen Debatte aufgreifen können und zwangsläufig auch müssen. Derjenige, der als Reaktion auf die opportunistische Strömung, die seinerzeit in der Wahl des Namens "Die Linke - der Regenbogen" treffend zusammengefasst wurde, meinte, dem die Idee entgegensetzen zu können, dass alles, was außerhalb des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit liegt, "den Kommunisten fremd" sein müsse, könnte nicht falscher liegen. Die größte Errungenschaft, die die Arbeiterklasse durch die marxistische Theorie erlangt hat, war im Gegenteil die Fähigkeit, in das Terrain des politischen Kampfes "einzudringen", die Vorstellung zurückzuweisen, dass sich der Klassenkampf in der Fabrik erschöpft, vom Kampf gegen die Ungerechtigkeit und die täglichen Misshandlungen durch die Bosse am Arbeitsplatz zum Kampf gegen das politische System der Bosse, ihre Regierungen, ihren Staat, ihre Parteien überzugehen.

Die leninistische Konzeption des politischen Kampfes ist in diesem Zusammenhang nach wie vor von großer Bedeutung: Das Bestreben der Arbeiterklasse, zur herrschenden Klasse der Gesellschaft aufzusteigen, geht von ihrer Fähigkeit aus, als Klasse ihre eigene Weltanschauung, ihren eigenen politischen Vorschlag in Bezug auf alle grundlegenden Fragen unserer Zeit zu entwickeln und zu fördern. Die kommunistische Partei ist das Instrument, das ihr genau diese eigene Vision liefert und es ihr ermöglicht, sich in ihre eigene Richtung zu bewegen. Die zu errichtende Hegemonie, wie Gramsci es ausdrückte, durchläuft ebenfalls diesen Prozess.

f. Kritik an opportunistischen Staatsauffassungen

Die Bekräftigung einer korrekten Auffassung vom Charakter des Staates ist eine der notwendigen Säulen für den Wiederaufbau einer kommunistischen politischen Kraft.

Ein Jahrhundert nach der Entstehung der kommunistischen Bewegung und der Trennung zwischen den Kommunisten und der Sozialdemokratie entstanden neue opportunistische Konzeptionen des bürgerlichen Staates, die sich auf die historisch-reformistische Position der "Neutralität" des Staates in Bezug auf den Klassenkonflikt stützten.

Diese Auffassungen, die heute selbst innerhalb der Arbeiterbewegung und der sich kommunistisch nennenden Formationen Einfluss haben, beruhen auf der Trennung der Analyse des Staates von der Analyse der wirtschaftlichen Realität und der herrschenden Produktions- und Ausbeutungsverhältnisse. Sie leugnen also, dass der Staat das Produkt des unversöhnlichen Antagonismus zwischen den Klassen und das Organ der politisch-rechtlichen Herrschaft einer Klasse über die anderen ist.

Ihre Befürworter leugnen den arbeiter- und volksfeindlichen Charakter des bürgerlichen Staates und bekräftigen die Vorstellung, dass die bürgerlichen Institutionen - Regierungen, Parlamente, Polizei, Armee - zugunsten des Volkes und der Arbeiter verwaltet, angepasst und umgelenkt werden können, sofern der Staat von "linken" oder "fortschrittlichen" Kräften geführt wird.

Auf diese Weise wird die Idee, dass der Klassenkampf der Arbeiter unter bestimmten Bedingungen den Ausbeutern Gewinne und mehr Rechte abtrotzen kann, willkürlich verzerrt und in eine Unterstützung für bürgerliche Regierungen durch politische Kräfte verwandelt, die - zumindest nominell - Ausdruck der Arbeiterbewegung sein sollten.

In den Programmen vieler Parteien kehrt die alte reformistische Position, dass die sozialistische Transformation durch eine schrittweise Reform des Kapitalismus und seiner politischen Institutionen erreicht werden kann, in Form einer Strategie von Zwischen-"Etappen" oder "Schritten" zum Sozialismus zurück.

Diese Positionen haben gemeinsam, dass sie in verschiedenen Formen die Aktualität des Kampfes für den Sozialismus leugnen und ihn durch Ziele der Reform der kapitalistischen Gesellschaft und des bürgerlichen politischen Systems ersetzen. In einigen Fällen machen sie sich die Idee zu eigen, dass der erste Schritt zur sozialistischen Transformation die lineare Ausweitung der bürgerlichen Demokratie ist, in anderen appellieren sie an die "Aufgaben der gegenwärtigen Phase", um den Kampf für die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft auf einen späteren, unbestimmten Zeitpunkt zu verschieben, oft mit der Vorstellung, dass sich die Aufgabe der Kommunisten in einer defensiven und rückständigen Phase auf die "Verteidigung" der bürgerlichen Demokratie beschränkt. Ausdrücke wie "fortschrittliche Demokratie", "antimonopolistische demokratische Republik" oder "demokratische nationale Revolution" werden häufig verwendet, um Strategien zu kennzeichnen, bei denen der Kampf für den Sozialismus in eine unbestimmte Zukunft verschoben wird.

Es ist bezeichnend, dass diese Positionen von den Parteien vertreten werden, die sie annehmen, um ihre Bereitschaft zur Beteiligung an den bürgerlichen Regierungen ihres Landes zu rechtfertigen. Die historische Erfahrung hat bewiesen, dass das Ergebnis dieses Verhaltens nicht der Aufstieg der Arbeiterklasse, die Eroberung fortgeschrittener Positionen und eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiter ist, sondern im Gegenteil die zunehmende Kompromittierung der "Kommunisten" bei der Verwaltung der bürgerlichen Macht, der wachsende Einfluss der bürgerlichen Ideologie in den Reihen der Arbeiterbewegung, die Verbreitung von Illusionen unter den Arbeitern über das Wesen der bürgerlichen Institutionen und die Notwendigkeit eines organisierten Kampfes gegen das kapitalistische System.

Der Gegenstand großer Missverständnisse ist also der Charakter der staatlichen Intervention in die Wirtschaft. Auch hier ist es überraschenderweise notwendig, daran zu erinnern, dass das Herzstück der kommunistischen Theorie die Klassenauffassung der Welt ist. Das Paradoxe heute ist, dass einige, sogar unter denen, die sich selbst als Kommunisten bezeichnen, akzeptieren, in die Karikatur des Kommunismus verwandelt zu werden, die von den Liberalen seit Jahren kunstvoll aufgebaut wird: die Idee, dass Kommunisten für eine Maximierung der staatlichen Intervention in die Wirtschaft eintreten, während sie für die Notwendigkeit einer "Minimierung" dieser Intervention eintreten. Slogans wie "mehr Staat, weniger Markt" sind nicht nur falsch, weil sie Illusionen verbreiten, sondern auch schädlich, weil sie zu einem völligen Missverständnis des Charakters der Politik des bürgerlichen Staates führen, insbesondere in Krisenzeiten wie der gegenwärtigen, und zur Identifizierung irreführender Schlagworte.

Marx selbst sagte zu seiner Zeit, dass es eine bestimmte Art von "Kommunismus" gibt, die tatsächlich eine Anziehungskraft auf die Kapitalisten ausübt: diejenige, bei der das öffentliche Vermögen der Gesellschaft dazu verwendet wird, ihre Verluste zu reparieren oder ihre Gewinne zu erhalten. Dies ist genau der Charakter, den die staatliche Intervention in die Wirtschaft heute in

allen kapitalistischen Staaten auf allen Kontinenten annimmt. Gerade deshalb muss man sich davor hüten, das Schlagwort von den "Verstaatlichungen" von Unternehmen allzu leichtfertig in den Mund zu nehmen und diesbezügliche Illusionen zu fördern. Unter den gegenwärtigen Bedingungen der Machtverhältnisse ist die Verstaatlichung eines kapitalistischen Unternehmens kein Schritt in Richtung auf die Bekräftigung der sozialen und der Arbeiterkontrolle über die Produktion, sondern die Übernahme eines Unternehmens durch einen Staat der Bosse, der bereit ist, es wieder an die Bosse zu übergeben, nachdem er es auf Kosten der Gemeinschaft saniert hat. Keine Politik ist gut, unabhängig davon, wer sie umsetzt, und bei Verstaatlichungen ist das nicht anders. Die Geschichte der IRI ist in dieser Hinsicht sehr lehrreich.

Eine in Italien besonders präzente Variante opportunistischer Staatsauffassungen ist schließlich diejenige, die auf einem qualitativen Unterschied zwischen den verschiedenen Ebenen des Staates besteht, insbesondere zwischen der Zentralregierung und den lokalen Behörden, einschließlich der Regionalregierungen. Im Allgemeinen haben die "radikalen" Linken, die dieses Argument im letzten Jahrzehnt verwendet haben, dies getan, um das zu rechtfertigen, was von der Mitbestimmung der Mitte-Links-Regierungen mit der Demokratischen Partei noch übrig war. Das eigentliche Problem mit dieser Behauptung liegt in den Gründen, aus denen sie aufgestellt wird. Was den Klassencharakter der Institutionen betrifft, gibt es keinen wirklichen qualitativen Unterschied zwischen den zentralen Strukturen des Staates (Ministerien, Polizeikräfte usw.) und seinen territorialen Verzweigungen, und auch das Argument, man müsse darauf abzielen, "die Realität zu beeinflussen", rechtfertigt nicht die Angemessenheit der Unterstützung der Mitte-Links-Partei in den Regierungen der Gebietskörperschaften. Diese Positionen sind praktisch auf nationaler Ebene übertragbar, und die ihnen zugrunde liegende Logik geht in jedem Fall nicht über die Idee der Mitwirkung an der politischen Verwaltung des Kapitalismus hinaus.

Etwas anderes wäre - qualitativ gesehen - die Idee, den bürgerlichen Staat auch aus den günstigen Machtverhältnissen heraus anzufechten, die in seinen peripheren Zweigen bestehen, gemäß der Logik des "Machtdualismus", oder auf jeden Fall die Idee, dass dort, wo die Machtverhältnisse es einer kommunistischen Kraft erlauben, in einer Stadt oder Hauptstadt zu regieren, dies unter Beibehaltung einer irreduziblen Klassenpolitik geschehen kann. Aber das ist natürlich nicht das, worüber wir sprechen, ebenso wenig wie die Theorien des "Kommunalismus" oder des "demokratischen Konföderalismus", die bei denjenigen Teilen der Linken beliebt sind, die ihre Entscheidung, sich gemeinsam mit der linken Mitte an der Regierung der lokalen Gebietskörperschaften zu beteiligen, theoretisch untermauern müssen.

Die Bekräftigung einer marxistischen Konzeption des Staates und unser Beharren auf diesem Punkt sollten nicht mit der Vorstellung gleichgesetzt werden, dass der Kampf der Kommunisten der Kampf "gegen den Staat" vor Gericht ist, in dem Sinne, wie dies von anarchistischen Tendenzen oder nach "antiautoritären" Paradigmen verstanden wird. Dies ist keineswegs der Fall. Wir betonen den Klassencharakter des Staates, weil hierin oder gerade darin der Unterschied zwischen einer reformistischen und einer revolutionären Politik, zwischen einer kämpferischen Klassenpolitik und einer Politik der Kompromisse und der Unterwerfung liegt.

Das politische Projekt der Kommunisten, d.h. der Sturz des Kapitalismus und die radikale Umgestaltung der Gesellschaft, kann sich nicht im Rahmen der Möglichkeiten des bürgerlichen Staates vollziehen, sondern setzt im Gegenteil auch den Staat und alle seine Institutionen voraus, wie die historischen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus im 20.

g. Der Kampf gegen die EU, für ein Europa der Arbeiter

Der Kampf gegen die Europäische Union ist ein unverzichtbarer Teil einer revolutionären Strategie in unserem Land. Es ist wichtig, dies zu bekräftigen und sollte nicht als selbstverständlich angesehen werden, denn im so genannten linken Lager und in der europäischen kommunistischen Bewegung selbst sind Theorien weit verbreitet, die in Bezug auf die EU die alten reformistischen Thesen über die Möglichkeit, die Institutionen des bürgerlichen Staates in einem fortschrittlichen Sinne umzugestalten, auf supranationaler Ebene neu aufstellen. Die Erben des Eurokommunismus und die jüngsten Tendenzen der opportunistischen "Linken" auf dem europäischen Kontinent vertreten nun offen die These von der Reformierbarkeit der EU, um ihre Unterstützung für den Prozess der europäischen (kapitalistischen) Integration zu rechtfertigen.

Insbesondere die Formationen, die der Partei der Europäischen Linken angehören (Syriza, Izquierda Unida, Linke, Bloco de Esquerda usw.), argumentieren, dass die EU "eines der Terrains ist, auf dem man fortschrittliche Kämpfe führen kann", mit Slogans über die Möglichkeit, "die EU der Banken in ein Europa der Völker zu verwandeln". Dies ist eine Position, die sich nicht auf die Realität stützt und die nur das Wesen dieser politischen Kräfte entlarvt, die sich in einigen Ländern - wie Griechenland, Spanien, Portugal - bereits bereit gezeigt haben, sich an der kapitalistischen Verwaltung und den imperialistischen Plänen zu beteiligen.

Die Europäische Union ist ein imperialistisches Bündnis, das den gemeinsamen Interessen des Großkapitals und der Bourgeoisien seiner Mitgliedsstaaten dient und gleichzeitig als Clearingstelle fungiert, in der Wettbewerb und Differenzen zwischen nationalen Lobbys und Monopolen vermittelt werden. Die Verteidigung des kapitalistischen Privateigentums und der Grundsätze des freien Marktes sind für die EU konstitutiv, seit die ersten Integrationsprozesse nach dem Zweiten Weltkrieg begannen.

Die Binnenmarkt ist das einigende Motiv der EU als imperialistisches Bündnis, das sie auch bei Widersprüchen und Divergenzen zwischen den Mitgliedstaaten in Bezug auf die zu verfolgenden Strategien in der internationalen Politik als solches kennzeichnet. Die Mitgliedstaaten beteiligen sich am Prozess der europäischen Integration, weil dies Vorteile und Nutzen für dominante monopolistische Sektoren bringt, deren Interessen in den Bemühungen jedes Staates zum Ausdruck kommen, die Politiken und Entscheidungen der EU zu ihren Gunsten zu lenken.

Die europäische Integration und die Schaffung eines gemeinsamen Raums mit freiem Waren-, Kapital- und Personenverkehr haben die Rechte der Völker und Arbeitnehmer nicht verbessert. Im Gegenteil, sie haben den Wettbewerb zwischen den Monopolen und zwischen den Arbeitnehmern selbst verschärft und eine Angleichung der Löhne und Arbeitsbedingungen in allen Ländern nach unten bewirkt. Die Integration der osteuropäischen Länder, die nach der Konterrevolution von 89-91 vom Kapital ausgeplündert wurden, hat diese Prozesse noch weiter verschärft. Ein großer Teil der sich verschlechternden Reformen der letzten Jahrzehnte in den Bereichen Arbeit, Bildung und soziale Rechte ist das Ergebnis von EU-Richtlinien und -verordnungen. Die Haushalts- und Verschuldungszwänge der EU-Verordnungen wurden als Druckmittel eingesetzt, um die Sozialausgaben zu kürzen und die Errungenschaften der Arbeiterkämpfe des letzten Jahrhunderts zunichte zu machen, wodurch der Weg für eine weitere Privatisierung wesentlicher Dienstleistungen geebnet wurde.

Die Merkmale der heutigen EU sind keine Zufälle, sondern Ausdruck der gemeinsamen Interessen, in denen sich die Bourgeoisien der Mitgliedstaaten bei der Bildung eines konsequenten europäischen imperialistischen Pols einig sind. Der derzeitige institutionelle Aufbau der EU mit der

Priorität, die dem Prozess der wirtschaftlichen Integration eingeräumt wird, entspricht genau dem Plan der europäischen Bourgeoisien und den Gründen für die Entstehung der EU selbst. Das "Demokratiedefizit", das einige in den begrenzten Befugnissen des Europäischen Parlaments sehen, sowie die Übertragung erheblicher Teile der staatlichen Souveränität stehen ganz im Einklang mit den kapitalistischen Interessen, die hinter der europäischen Integration stehen. Darüber hinaus sollte betont werden, dass die Überwindung dieses "Defizits", unter der Annahme einer künftigen Ausweitung der Vorrechte des Europäischen Parlaments, den Klassencharakter der EU auf keinen Fall ändern würde, so wie es auch nicht die Vorrechte der nationalen Parlamente sind, die den Klassencharakter der kapitalistischen Staaten bestimmen.

Der revolutionäre Kampf für den Sturz des Kapitalismus und den Aufbau des Sozialismus in Italien ist von Natur aus unvereinbar mit der Europäischen Union. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Ersetzung des bürgerlichen Staates durch den Arbeiterstaat und die zentralisierte Planung der Wirtschaft unter Kontrolle des Volkes sind unvereinbar mit dem europäischen Markt, mit der Unterordnung unter die Richtlinien der EU-Regierungsinstitutionen, mit den Verpflichtungen, die sich aus der Mitgliedschaft in der EU ergeben, mit der Aufrechterhaltung einer einheitlichen Währung, die von einer externen Zentralbank verwaltet wird und nicht unter der Kontrolle des Arbeiterstaates steht. Aus diesem Grund ist der Kampf der Kommunisten auch ein Kampf gegen die Europäische Union.

Die Losung des Austritts aus der EU muss als integraler Bestandteil eines revolutionären Programms verstanden werden, von dem sie nicht losgelöst werden kann. Aus diesem Grund sind alle Positionen abzulehnen, die von "links" die Möglichkeit eines kapitalistischen Austritts aus der EU als "fortschrittliche" Etappe zur "Rückgewinnung der Souveränität" propagieren. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, da der Brexit konkret gezeigt hat, dass der Austritt aus der EU unter bestimmten Umständen zu einer Perspektive werden kann, die von Sektoren des Kapitals erwogen und gewünscht wird, und dass dies an sich nicht zu Fortschritten, Eroberungen oder größerem Wohlstand für Arbeitnehmer und Volksschichten führt.

Klarheit in diesem Punkt ist heute umso notwendiger, als sich die internationale Konkurrenz verschärft und der Zusammenstoß zwischen den USA und China an der Spitze der kapitalistischen Welt sich in neuen Brüchen und Widersprüchen innerhalb aller imperialistischen Bündnisse, einschließlich der EU, niederschlägt. Die Hypothese eines zukünftigen und fortschreitenden Zerfalls der EU ist eine reale Möglichkeit, die angesichts der bestehenden großen Widersprüche zumindest in Betracht gezogen werden muss. Die sich zuspitzende Rezession in Deutschland, die Haltung Frankreichs, die sowohl die Hegemonie der USA in der NATO als auch die deutsche Hegemonie in der EU zunehmend in Frage stellt, und ganz allgemein die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Länder an der Entwicklung von Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit den neuen kapitalistischen Mächten könnten einen Punkt erreichen, an dem das Interesse an der Aufrechterhaltung eines gemeinsamen europäischen Marktes nicht mehr ausreicht, um die EU zusammenzuhalten. Umso wichtiger ist es, eine Strategie des Kampfes gegen die EU zu haben, die nicht auf die Pläne der Teile der Bourgeoisie reduziert werden kann, die die europäische Integration ablehnen.

Es ist kein Zufall, dass die Idee eines rein "souveränen" Bruchs mit der EU von jenen Parteien aufgegriffen wird, die in ihrem Programm offen oder faktisch die Vorstellung von "Zwischenetappen" oder "Schritten" zum Sozialismus übernehmen. Diese Konzeption preist die Machtergreifung und den Aufbau des Sozialismus in einer unbestimmten "langfristigen" Perspektive an, um die sofortige Unterstützung für bürgerliche Regierungen zu rechtfertigen, die als "links", "patriotisch" oder "antiimperialistisch" bezeichnet werden.

Eine Variante dieser Position ist die derjenigen in Italien, die sich gegen die Aussicht auf eine "euro-mediterrane ALBA" zur EU aussprechen, d.h. ein Bündnis für "Zusammenarbeit" zwischen den Ländern Südeuropas und/oder zwischen ihnen und den Ländern Nordafrikas. Diese Position wird nicht im Sinne einer Außenpolitik eines sozialistischen Italiens vorgeschlagen - über die zwar auch diskutiert werden sollte, die aber zumindest die Debatte auf eine andere Ebene heben würde -, sondern als eine Politik der Neupositionierung des kapitalistischen Italiens in dem neuen Szenario der "multipolaren Welt". Dies ist nicht nur unvereinbar mit einer revolutionären Perspektive, sondern auch erstaunlich kompatibel mit den imperialistischen Interessen und Ambitionen der großen italienischen Monopole (man denke nur an ENI), die die Länder Nordafrikas und des Mittelmeerraums schon immer als eines der Hauptinterventionsgebiete zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen und strategischen Interessen betrachtet haben.

Es ist notwendig, den internationalistischen Charakter des Kampfes der Kommunisten zu bekräftigen, der nicht im Widerspruch zum Kampf gegen die EU steht, gerade weil die internationale Union des Kapitals nicht mit dem Internationalismus der Arbeiter übereinstimmt - und sogar unvereinbar ist. Die Kommunisten sind sicherlich für die Idee eines "Europas der Völker" und ganz allgemein für die Brüderlichkeit und den friedlichen Zusammenschluss der Völker und Arbeiter in der ganzen Welt. Aber es muss klar sein, dass, wenn ein "Europa der Völker" entstehen kann, es sozialistisch sein wird und nur aus der Asche der EU entstehen kann.

h. Verteidigung des wissenschaftlichen Konzepts des Sozialismus

In den letzten Jahrzehnten haben politische Konzepte, die ihren Ursprung außerhalb der Arbeiter- und kommunistischen Bewegung haben, das Wort "Sozialismus" verwendet und seine Bedeutung verdreht, so dass es zu einer allgemeinen und nebulösen Kategorie wurde. Heute üben diese Theorien sogar unter denjenigen, die sich selbst als Kommunisten bezeichnen, einen ideologischen Einfluss aus.

Wir verteidigen die skizzenhafte Konzeption des Sozialismus als erstes und unreifes Stadium der kommunistischen Gesellschaft, das durch die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und die Ablösung der bürgerlichen Macht durch die revolutionäre Diktatur des Proletariats gekennzeichnet ist, durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel auf der Grundlage der Abschaffung des kapitalistischen Privateigentums und seiner Ersetzung durch Eigentum in den Händen des Arbeiterstaates, durch die zentralisierte wissenschaftliche Planung der Wirtschaft unter arbeiterdemokratischer Kontrolle und durch die Organisation der Verteilung nach dem Grundsatz "jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seiner Arbeit".

Der grundlegende theoretische Knotenpunkt, den wir verteidigen, ist die Unmöglichkeit einer zeitlichen und begrifflichen Trennung zwischen Sozialismus und Kommunismus. Es handelt sich um zwei Etappen in der Entwicklung ein und derselben sozioökonomischen Formation. Der Sozialismus kann nicht als ein unabhängiges, zwischengeschaltetes und drittes System zwischen Kapitalismus und Kommunismus verstanden werden. Diese Auffassung reduziert den Sozialismus unweigerlich auf eine Reihe von Grundsätzen für die wirtschaftliche Verwaltung der Gesellschaft und die kommunistische Perspektive auf eine unerreichbare Utopie. In diesem Sinne ist die Definition des Sozialismus-Kommunismus, die auch von der Europäischen Kommunistischen Aktion übernommen wurde, ungeachtet der kommunikativen Entscheidungen, die bei jeder Partei

verbleiben, theoretisch richtig.

Diese Merkmale der sozialistischen Gesellschaft sind universell und allgemein, so wie es eine universelle Tatsache ist, dass der Kapitalismus auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, der Ausbeutung der Lohnarbeit, der privaten Aneignung des aus der lebendigen Arbeit gewonnenen Mehrwerts und der Profitmaximierung beruht. Die grundlegenden Elemente der sozialistischen Gesellschaft können sich zwar ebenso wie die des Kapitalismus dialektisch mit den nationalen, historischen und kulturellen Besonderheiten eines jeden Landes vermischen, doch handelt es sich dabei um besondere Aspekte, die sich nicht gegen die allgemeinen Gesetze durchsetzen können, indem sie deren Substanz leugnen.

Heute wird die Theorie des "Marktsozialismus" oder "Sozialismus mit chinesischen Merkmalen", die von der Kommunistischen Partei Chinas propagiert wird, von einigen ihr nahestehenden Parteien ganz offen übernommen. Diese Theorie unterstützt die irreführende Vorstellung, dass ein "Sozialismus" mit Kapitalisten, Milliardären, großen Monopolen und der Ausbeutung von Millionen von Arbeitnehmern in privaten kapitalistischen Unternehmen existieren kann, die 80 % der städtischen Arbeitskräfte beschäftigen und 60 % des BIP des Landes erwirtschaften (offizielle Daten des Informationsbüros des chinesischen Staatsrats). Ein "Sozialismus" also, in dem die kapitalistischen Produktionsverhältnisse vorherrschen. Im Wesentlichen fördert diese Theorie die kapitalistische Entwicklung als eine spezifische und gültige Form des "Sozialismus" und rechtfertigt sie mit angeblichen "nationalen Besonderheiten". Auf der Grundlage dieser objektiven Überlegung und nicht aus dogmatischen Impulsen heraus widersetzen wir uns der Vorstellung, dass kommunistische Parteien in aller Welt diese Theorie akzeptieren und sich zu eigen machen, indem sie ihre revolutionäre Strategie zugunsten einer Politik der Teilhabe am kapitalistischen Management ändern.

In Lateinamerika förderte die politische Strömung des "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" die Idee, dass eine "sozialistische" Transformation der Gesellschaft durch den Wahlsieg der Linken ohne die effektive Eroberung der Arbeitermacht und die Auflösung der politischen Institutionen des bürgerlichen Staates möglich sei; dass der "Sozialismus" in der Verabschiedung einer sozialdemokratischen Sozialpolitik bestehe, die mit den Erträgen aus der Verstaatlichung von Natur-, Energie- und Bodenschätzen finanziert werde, ohne dass die kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse tatsächlich in Frage gestellt würden. Jahrzehnte später ist die faktische Realität des Fortbestands - und sogar der Stärkung - der kapitalistischen Verhältnisse in diesen Ländern sowie die Verschärfung der Angriffe eben dieser Regierungen auf kommunistische Parteien - darunter die venezolanische PCV - sollten Kommunisten zu tiefem Nachdenken veranlassen. Der Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert ändert an sich nicht die Gesetze des sozialistischen Aufbaus. Es ist erwähnenswert, dass in Italien mehrere Parteien wie die Rifondazione Comunista oder Potere al Popolo in ihren Programmen immer noch ausdrücklich auf den "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" verweisen, um Positionen zu vertreten, die im Wesentlichen sozialdemokratischen Charakter haben.

In der Vergangenheit, in der Ära der Entkolonialisierungsprozesse, führten der Kontext des Kalten Krieges und der politische Einfluss des sozialistischen Lagers zur Entstehung von Theorien wie denen des "arabischen Sozialismus" oder des "afrikanischen Sozialismus", die die Politik der ehemaligen Kolonialstaaten begleiteten, die auf der Förderung der kapitalistischen Entwicklung unter der Führung der nationalen Bourgeoisie dieser Länder mit starker staatlicher Intervention beruhte. Die kommunistischen Parteien außerhalb dieser Länder solidarisierten sich mit solchen Tendenzen und mit der Bewegung der Blockfreien, während innerhalb dieser Länder die kommunistischen Parteien, die diese Regierungen unterstützten, entweder völlig assimiliert wurden,

als bloße Hilfstruppe für die Verwaltung des Kapitalismus, oder verboten und verfolgt wurden.

Nebenbei bemerkt sollte man bedenken, dass die gleiche marxistische Methode, bei der es um die Substanz und nicht nur um die Form oder den Namen geht, auch auf die konkrete Realität der Staaten angewendet werden sollte. Wir sind der Meinung, dass der Name, die Symbolik oder die politischen Proklamationen, die von den kapitalistischen Staaten verwendet werden, auf keinen Fall die Beurteilung verdecken dürfen, die sich aus der tatsächlichen Analyse der konkreten sozialen und wirtschaftlichen Realität ergibt. Es ist zum Beispiel erwähnenswert, dass in Italien einige opportunistische Sektoren, die sich später offen zu 'sozialistischen' Projekten, sind so weit gegangen, Transnistrien als "den letzten sozialistischen Staat Europas" zu bezeichnen, weil auf seiner Flagge ständig Hammer und Sichel zu sehen sind. In ähnlicher Weise stützt sich das Urteil einiger über die Republiken Donezk und Lugansk im Donbass seit Jahren auf die Bezeichnung "Volksrepubliken", die diese staatlichen Gebilde angenommen haben, die sich im Lichte der historischen Beweise als Instrumente der Außenpolitik des kapitalistischen Russlands erwiesen haben, in denen die Kommunisten und die fortschrittlichsten Ränder des Aufstands gegen den Euromaidan in Kiew unterdrückt oder liquidiert wurden. Wir brauchen nur an die Existenz der "Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka" zu erinnern, in der Kinder in der Landwirtschaft oder in der Textilindustrie für die großen Monopole arbeiten, oder an die "Demokratische Republik Kongo", die für die Ausbeutung von Kindern in den Coltan- und Kupferminen bekannt ist.

Wir sind nicht der Meinung, dass die oben genannten Überlegungen eine Art Majestätsbeleidigung, einen Mangel an Respekt oder den Wunsch darstellen, "diejenigen zu belehren, die die Revolution gemacht haben, im Gegensatz zu uns", was von einigen immer als Argument vorgebracht wird, wenn sie Konzepte wie die genannten kritisieren.

In jedem Fall verdient das Prinzip der Möglichkeit gegenseitiger Kritik innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung und in den bilateralen und multilateralen Beziehungen zwischen den Parteien verteidigt und bekräftigt zu werden. Die Machtverhältnisse, das spezifische Gewicht jeder Partei und die unterschiedlichen Grade an Einfluss und Autorität, die sich daraus ergeben, sind objektive Tatsachen, die die Debatte unter Kommunisten weiterhin physiologisch beeinflussen werden. Aber selbst wenn man dies berücksichtigt, kann man ohne Furcht vor Irrtum sagen, dass die Logik der "führenden Partei", die heute nicht mehr nachvollziehbar ist, im letzten Jahrhundert ihre Grenzen gezeigt hat und ihren Tiefpunkt in der Unterstützung des Sekretariats von Michail Gorbatschow und der Perestroika "von Amts wegen" durch zahlreiche Parteien erreicht hat. Angesichts dieser Erfahrung sind wir der Meinung, dass heute Klarheit über die Versuche der chinesischen KPCh herrschen muss, die kommunistische Parteipolitik den außenpolitischen Interessen ihrer Regierung anzupassen.

i. Austritt aus der NATO oder "Auflösung" der NATO?

Die Opposition gegen die NATO in Italien muss sich offen für den einseitigen Austritt Italiens aus der NATO und die Schließung aller US- und NATO-Militärstützpunkte, die sich derzeit auf italienischem Staatsgebiet befinden, aussprechen, nach dem Motto "Italien raus aus der NATO, NATO raus aus Italia".

Wir halten es nicht für notwendig, in diesem Dokument ausführlich über den imperialistischen

Charakter der NATO und die schwere Verantwortung dieser Organisation in allen imperialistischen Konflikten der letzten Jahrzehnte (Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Libyen, Syrien, Ukraine...) zu diskutieren. Wir betrachten die NATO als den wichtigsten politisch-militärischen "Arm" des euro-atlantischen Imperiums, der zur Durchsetzung der Interessen der Monopole der Mitgliedsstaaten dient, nicht ohne Widersprüche innerhalb der Organisation. Die Bedeutung der NATO in den Plänen des US-amerikanischen und euro-atlantischen Imperialismus wurde durch das Entstehen neuer imperialistischer Bündnisse, die von den USA in einer antichinesischen Funktion gefördert werden, wie QUAD oder AUKUS, keineswegs geschmälert.

Stattdessen beharren sie auf dem eingangs erwähnten strategischen Knotenpunkt. Der Grund für ihr Beharren auf dieser Position ist, dass in der jüngsten Debatte innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung einige Parteien damit begonnen haben, die alternative Formulierung des Kampfes für die "Auflösung" der NATO zu unterstützen.

Es ist bezeichnend, dass diese Position, die versucht, sich als "radikaler" darzustellen als die "unzureichende" Perspektive eines Auseinanderbrechens durch ein einzelnes Land, nicht zufällig von jenen Parteien unterstützt wird, die aktiv an bürgerlichen Regierungen in "linken" Koalitionen beteiligt sind oder die anderweitig bereit sind, sich an der kapitalistischen Verwaltung ihres Landes zu beteiligen und Teil von parlamentarischen Mehrheiten zu sein.

Mit anderen Worten, die opportunistischen Sektoren verstecken sich hinter der Rhetorik der "Auflösung der NATO" - und dahinter eine angebliche Rückständigkeit der objektiven Bedingungen - ihre Weigerung, den Kampf für den Bruch ihres Landes mit der NATO aktiv zu unterstützen, als Voraussetzung dafür, dass sie sich an Regierungskoalitionen beteiligen können, oder weil sie dies anstreben. Oder schlimmer noch, sie sind gutgläubig gegenüber der US-Regierung und dem Weißen Haus sowie den dominierenden Sektoren des Kapitals ihres Landes, indem sie ihre Position "für die Auflösung der NATO, nicht für den sofortigen Austritt unseres Landes..." als Zusicherung darstellen.

Der aktive Kampf gegen die NATO und die imperialistischen Pläne verblasst damit zu einer abstrakten Feststellung. Die NATO wird sich nicht durch einen kollektiven Beschluss ihrer Mitglieder auflösen: ihre Auflösung geht notwendigerweise durch das Auseinanderreißen einzelner Länder. Deshalb lehnen wir die Positionen zur "Auflösung der NATO" ab, da sie den Kampf gegen diese kriminelle imperialistische Organisation eher schwächen als stärken.

Darüber hinaus ist es sicherlich notwendig, klarzustellen, dass wir die Losung des Ausstiegs aus der NATO nicht als eine einfache Frage der Neupositionierung des kapitalistischen Italiens im internationalen Bündnissystem verstehen, sondern als integralen Bestandteil eines revolutionären politischen Programms, das keine "Zwischenschritte" zulässt. Das imperialistische Verhalten des italienischen Staates hängt nicht einfach von der Mitgliedschaft in einem imperialistischen Bündnis ab, sondern von den konkreten Interessen der italienischen Monopole und unserer Bourgeoisie.

Die historische Erfahrung hat gezeigt, dass zwischenimperialistische Widersprüche einige Länder sogar dazu bringen können, sich vorübergehend aus der NATO zurückzuziehen: Frankreich zog sich 1966 aus dem militärischen Kommando der NATO zurück und trat ihr erst 2009 wieder bei, was jedoch nicht das Ende des französischen Imperialismus in den dazwischen liegenden Jahren bedeutete.

Als Kommunisten kämpfen wir gegen die Beteiligung Italiens an der NATO und an jedem anderen imperialistischen Bündnis, in dem Bewusstsein, dass nur die Macht der Arbeiterklasse den Rückzug

unseres Landes zugunsten der Interessen der Arbeiter und der Völker in der ganzen Welt und für eine Zukunft in Frieden garantieren kann, Solidarität und Brüderlichkeit unter den Völkern.

j. Die Herausforderung des Kommunismus an die bürgerliche Demokratie neu beleben

Die "Herausforderung" der Demokratie ergibt sich für uns aus dem historischen und politischen Kontext, in dem wir uns bewegen. Die Bourgeoisie der kapitalistischen Länder - zumindest der "westlichen" - arbeitet daran, ihre Vorstellung von der Gesellschaft und ihrem politischen System, der bürgerlichen Demokratie, zu verabsolutieren, zu verewigen und unveränderlich zu machen, die sie mit einer stark ideologischen Operation mit dem Konzept der Demokratie im Absoluten zu identifizieren behauptet.

Das Ergebnis ist, dass von der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute die aggressivsten antikommunistischen Kampagnen gerade im Namen der Demokratie geführt werden. Der Angriff auf den Kommunismus wird mit der ideologischen Konstruktion des "Totalitarismus" und der antihistorischen Gleichsetzung des Kommunismus mit dem Nationalsozialismus fortgesetzt; die Konterrevolution von 1989-91 wird vom herrschenden Denken als "Sieg der Demokratie" ausgegeben, während ganze Medien- und Kultureinrichtungen aktiv daran arbeiten, die Identifizierung des Begriffs "Demokratie" mit dem bürgerlichen politischen System zu fördern, das als die bestmögliche Gesellschaftsform dargestellt wird.

Zum Teil aufgrund dieser ideologischen Operation hat das Wort "Demokratie" in der heutigen Welt eine positive Legitimität auf Massenebene erlangt, die es in der Geschichte noch nie gegeben hat. Wenn Benito Mussolini 1940 den "plutokratischen Demokratien" in einer Rede den Krieg erklärte, in der "Demokratie" ein Wort mit einer äußerst negativen Konnotation war, so bemühen sich heute umgekehrt selbst die autoritärsten Regime in Dutzenden von kapitalistischen Staaten, sich "demokratisch" zu nennen und sich als solche zu erweisen.

Es handelt sich um einen Kontext, der sich im Vergleich zur Vergangenheit teilweise verändert hat und der von uns verlangt, nicht nur die bürgerliche Demokratie als politisches System der Bosse erneut herauszufordern, sondern dies mit dem größten Vertrauen in den Sozialismus als die höchste und fortschrittlichste Form der Demokratie, der Volksmacht, zu tun.

Den Kommunisten war die Frage der Demokratie als solche nie gleichgültig, und sie haben sie auch nie als eine absolute Kategorie betrachtet, die von ihrer Klassenkonnotation abgesehen hat. Die Arbeiterbewegung selbst hat, als sie sich als Partei organisierte, ihr Bewusstsein auch und vor allem dadurch entwickelt, dass sie sich mit den Grenzen der bürgerlichen Demokratie, mit der Diskrepanz zwischen den Proklamationen der Gleichheit und der Realität der Ausbeutung gemessen hat, bis hin zur Wahl des Namens "Sozialdemokratie", dann Sozialdemokratie. Die Zweite Arbeiterinternationale wurde in Paris am hundertsten Jahrestag des Sturms auf die Bastille gegründet und symbolisierte die Notwendigkeit, den Prozess der Bekräftigung der Demokratie fortzusetzen während die Kapitalisten sie mit der Abschaffung der Adelsprivilegien für vereinbar hielten. Dies ist kein neues Thema, sondern im Gegenteil eines der Themen, bei denen sich die Auseinandersetzung mit den opportunistischen Auffassungen immer und zu verschiedenen Zeiten in der Geschichte entwickelt hat und die eng mit der Frage des Staates und der revolutionären Perspektive verbunden sind.

Alle opportunistischen Tendenzen, die sich innerhalb der Arbeiterbewegung entwickelt haben, sind zu einem bestimmten Zeitpunkt dazu übergegangen, die Grenzen der bürgerlichen Demokratie und ihrer Institutionen als den Rahmen zu akzeptieren, innerhalb dessen sie ihre politische Aktion entwickeln können. Dies geht einher mit der Akzeptanz der Identifizierung zwischen Demokratie und bürgerlicher Demokratie oder mit der Reduzierung der sozialistischen Perspektive von einem Produkt eines revolutionären Bruchs auf das Endergebnis eines Prozesses der linearen Entwicklung der (bürgerlichen) Demokratie, gemäß einer schrittweisen und mechanistischen Konzeption, die die Notwendigkeit eines Moments des Bruchs und der radikalen politischen Transformation leugnet.

Diese Vorstellungen werden heute von der gesamten "Linken" und von einem großen Teil derjenigen, die sich "Kommunisten" nennen, übernommen, und zwar genau in einer Zeit, in der die bürgerliche Demokratie enorme Grenzen aufzeigt; Grenzen, die sich nicht aus der Tatsache ergeben, dass es "weniger" Demokratie gibt, sondern im Gegenteil das Produkt der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft und ihres politischen Systems selbst sind, mit der Umsetzung von schweren repressiven Maßnahmen, die sogar vom Standpunkt des "demokratischen" Rechts aus gerechtfertigt sind!

Die bürgerliche politische "Wissenschaft" ist so weit gegangen, ein hohes Maß an Wahlenthaltung als physiologisch und in der Tat als typisch für die so genannten "Natur-Demokratien" zu betrachten, d.h. diejenigen, die sich der "systemfeindlichen Kräfte" (der kommunistischen Parteien) entledigt haben. Die Explosion der Massenpolitik, die für das 20. Jahrhundert charakteristisch war, wurde, zumindest in Europa, von den kapitalistischen Staaten wieder aufgenommen und in eine Politik des Konsenses umgewandelt. Sie preist den "demokratischen" Charakter der politischen Systeme der kapitalistischen Staaten, die (zumindest in Westeuropa, zu dem auch Italien gehört) auf Wahlmechanismen beruhen, die in Wirklichkeit das alleinige Vorrecht der Parteien sind, die in ihren Wahlkampagnen von großen Wirtschaftskonzernen sowie von Kommunikationsapparaten und Verlagskonzernen unterstützt werden, die auf der Grundlage einer monopolistischen Macht, die täglich die proklamierte "Pressefreiheit" verweigert, aktiv einen Konsens zugunsten der bürgerlichen Parteien herstellen. Einen entscheidenden Beitrag dazu leisten Wahlgesetze, die das Recht auf politische Vertretung vor der Wahl untergraben, indem sie beispielsweise eine unverhältnismäßig hohe Zahl von Unterschriften erzwingen, von denen die bereits im Parlament vertretenen Parteien ausgenommen sind, nach der Wahl mit den Sperrklauseln und dem Mehrheitskriterium und nach der Wahl mit Mehrheitsprämien, die die Ergebnisse verfälschen und den tatsächlichen Ausdruck des Wählerwillens verfälschen. Ganz allgemein wird die Evidenz der politischen Partizipation geleugnet, die durch die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten enorm komprimiert wird und deren Effektivität durch die enormen Machtunterschiede in der Gesellschaft pulverisiert wird, wie im Übrigen die totgebliebenen Volksabstimmungen wie die über das öffentliche Wasser in den letzten zehn Jahren gezeigt haben.

Sie bezeichnen die Diktatur der Bourgeoisie als "Demokratie", während sie den "diktatorischen" Charakter des Sozialismus postulieren, der, wie die Erfahrung Kubas noch heute zeigt, selbst unter den Bedingungen der Einkreisung weitaus fortschrittlichere Formen der wirklichen Beteiligung des Volkes zu gewährleisten vermag.

Auch auf diesem Terrain, dem der Infragestellung der bürgerlichen Demokratie und der Anprangerung ihrer Diktatur durch die herrschende Klasse, müssen die Kommunisten heute den Kapitalismus herausfordern, indem sie das "Spiel" des Kampfes für eine fortschrittlichere, moderne Form der Demokratie, die die Menschheit auf eine höhere Stufe der menschlichen Beziehungen bringt, frontal spielen.

Es stimmt zwar, dass der Slogan des "demokratischen" Sozialismus in der Vergangenheit oft ein einfacher antikommunistischer Slogan war, der das Wort Demokratie benutzte, um alle Prinzipien des sozialistischen Aufbaus anzugreifen, aber umgekehrt ist es ebenso wahr, dass der Kampf für den Sozialismus der Kampf für eine höhere Form der Demokratie ist und sein muss, die auf der kollektiven Beteiligung der Mehrheit der Gesellschaft an der Verwaltung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens beruht.

Abschließend muss auch auf die dialektische Beziehung hingewiesen werden, die von Anfang an zwischen der bürgerlichen Demokratie, dem Monopolkapital und den faschistischen oder offenreaktionären Regimen bestand. Wie sehr auch heute mehr oder weniger alle danach streben, "demokratisch" zu sein oder sich als "demokratisch" zu präsentieren, so ist die wirtschaftlich-soziale Formation, in der wir leben, immer noch der Monopolkapitalismus, das Imperialismus, d.h. dieselbe, die unter bestimmten Bedingungen auch den Faschismus hervorgebracht hat.

In diesem Sinne darf nicht unterschätzt werden, wie sehr das massenhafte antifaschistische "Vorurteil", das sich aus den Erfahrungen der Widerstandsbewegungen in Europa ergab, wie im italienischen Fall, geschwächt wurde. Eine Schwächung, die im Wesentlichen durch die ständige Instrumentalisierung des Antifaschismus als Wahlkampfthema durch Mitte-Links-Parteien genährt wird, die sich in keiner Weise von der italienischen Rechten auf dem Gebiet der kapitalistischen Verwaltung und des Angriffs auf die Rechte und materiellen Lebensbedingungen der Arbeiter unterscheiden. Genauso wenig sollten wir die legitimierende Wirkung der reaktionärsten Impulse im Zusammenhang mit der wahltaktischen Verwendung der faschistischen Symbolik unterschätzen, die von den gegenwärtigen Regierungskräften ausgeübt wird, indem sie einen Raum der Verbreitung für faschistische Gruppen und Organisationen ermöglichen, die keine andere Funktion haben als die, die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen anzugreifen, gegen die wir ein hohes Maß an Wachsamkeit und antifaschistischem Kampf aufrechterhalten müssen, um ihre wahre Natur vor den Arbeitern zu entlarven.

Deshalb glauben wir, dass es wichtig ist, die Räume der demokratischen Beweglichkeit, die durch die Errungenschaften der Kommunisten und der Arbeiterbewegung geschaffen wurden, mit Kampf zu verteidigen, da sie ein günstigeres Terrain für Aktionen darstellen als ein Zustand ihrer Abwesenheit. So wie man innerhalb der bürgerlichen Institutionen arbeiten muss, um sie zu stürzen, so muss man die Bedingungen größerer Beweglichkeit für den Kampf der Arbeiterbewegung verteidigen, nicht um die bürgerliche Demokratie zu bewahren, sondern um sich nicht vor ihr zurückzuziehen, sondern um sie zu überwinden. Die historische Erfahrung zeigt, dass nur die Kräfte der Arbeiter- und Volksbewegung und der kommunistischen Partei in der Lage sind, nicht nur jede reaktionäre oder faschistische Strömung zu besiegen, sondern auch die strukturellen Ursachen wiederzubeleben, die sie heute noch möglich machen, und so zu verhindern, dass die Welt in die schmerzhaftesten und dunkelsten Seiten ihrer jüngsten Vergangenheit zurückfällt.

k. Die Strategie der Kommunisten in der Gewerkschaftsarbeit

Partei und Gewerkschaft sind zwei unterschiedliche Ebenen der Klassenorganisation. Es wäre ein Fehler, sie zu überlappen oder sie als austauschbar zu betrachten. Dennoch ist die syndikalistische Frage bei der Definition einer gemeinsamen Strategie für den kommunistischen Wiederaufbau nicht vertretbar. Im Gegenteil, wir glauben, dass die Festlegung der Grundprinzipien einer

kommunistischen Strategie gegenüber den bestehenden Gewerkschaften eine der notwendigen Voraussetzungen für die Entstehung einer soliden und zukunftsfähigen Klassenpartei ist.

Im Kontext der italienischen Gewerkschaftswelt scheint uns die einzige Strategie, die vorgeschlagen werden kann, wie folgt zusammengefasst zu werden: Die Kommunisten müssen sich in allen Gewerkschaften übergreifend einsetzen, die Annäherung immer breiterer Sektoren der Arbeiter fördern, unabhängig von der Gewerkschaft und der Kategorie, der sie angehören, und auf der Grundlage einer kämpferischen und antikapitalistischen Gewerkschaftsplattform versuchen, die Verbindung der aktivsten und fortschrittlichsten Kämpfe und Auseinandersetzungen zwischen ihnen zu fördern; all dies, indem sie in jedem Kontext die Losung des Aufbaus einer einzigen Klassengewerkschaft fördern.

Gleichzeitig sind wir der Meinung, dass es unter den heutigen Bedingungen nicht möglich ist, mit der Vorstellung zu agieren, dass es eine Gewerkschaft gibt, die als Referenz zu wählen ist und deren lineare Ausdehnung mit dem Prozess des Aufbaus einer Klassengewerkschaft zusammenfallen kann. Diese Position ist nicht das Ergebnis einer simplifizierenden, liquidierenden Haltung gegenüber den bestehenden Gewerkschaftsorganisationen, sondern das genaue Gegenteil: sie beruht auf der Anerkennung der Komplexität der Situation, die wir in unserem Land haben.

Die historischen Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL haben seit langem den sozialen Frieden als obersten Horizont ihres Handelns akzeptiert. Selbst die CGIL-Führung hat längst eine Haltung des Kompromisses mit den Bossen und den Plänen des italienischen Kapitals eingenommen, die weit schlimmer ist als die konzertierte Aktion der 1980er Jahre. Seit Jahren vollzieht sich der endgültige Übergang dieser Gewerkschaften von der konzertierten Aktion zu einer offenen Kollaboration mit dem kapitalistischen Mehrebenenmanagement. All die sich verschlechternden Reformen der Arbeitswelt, all die Angriffe auf die Rechte der Arbeiterklasse sind an der CGIL vorbeigegangen, ohne dass sie sich zu echter Kampfbereitschaft entschlossen hätte. Die wenigen Streiks, zu denen in diesen Jahren aufgerufen wurde, haben nie den Wert eines wirklichen Generalstreiks angenommen, vor allem, was das Engagement der Gewerkschaftsstrukturen betrifft, um sie in allen Betrieben aufzubauen und ihnen ihren politischen Charakter und die grundlegende Rolle, die sie bei der Steigerung und Verallgemeinerung des Kampfes gegen die Bosse als Klasse spielen, klar zu machen. Im Gegenteil, diese Streiks wurden oft als "Fahnenstreiks" proklamiert und als bloßes Ventil für den Druck und die Unzufriedenheit der Basis verstanden oder bestenfalls auf die Funktion einer gewerkschaftlichen Krücke für die Frontopposition der linken Mitte reduziert. Ein Verhalten, das nach und nach zu einer Entkopplung, einem Vertrauensverlust in die Gewerkschaften und - was vielleicht noch schlimmer ist - zu einer Arbeiterklasse führt, die zunehmend ungebildet und nicht an Kämpfe am Arbeitsplatz gewöhnt ist. In einigen Sektoren, wie z.B. der Logistik, ist leider bekannt, dass das Verhalten der CGIL auch zu einem Plan der Unterstützung und Mitwirkung an Maßnahmen der Arbeitgeber gegen die Kämpfe der Arbeitnehmer führt.

Gleichzeitig kam es innerhalb der CGIL selbst zu bedeutenden Arbeiterkämpfen und kämpferischen Beispielen wie dem der ehemaligen GKN-Beschäftigten, und die interne Opposition gegen die Linie des "sozialen Friedens" der Führung blieb bestehen. Die organisierten nationalen Demonstrationen der CGIL, auch wenn sie vom Aufbau eines Streiks losgelöst und in ihrer politischen Leistung kritisierbar sind, zeigen, dass sie vielleicht die einzige noch existierende wirkliche Massenorganisation in Italien ist. Und das ist eine Tatsache, die Kommunisten nicht ignorieren können, wenn es stimmt, dass alle großen Arbeiter- und Volkskämpfe der letzten Jahre in Europa (Frankreich, Griechenland, England...) sich quer zu den großen Gewerkschaftsbünden und auf keinen Fall unabhängig von ihnen entwickelt haben.

Die gewerkschaftliche Basisbewegung, die historisch aus dem Versuch entstanden ist, sich dem Abdriften der CGIL zu widersetzen, war die Wiege bedeutender und konfliktreicher Arbeiterkämpfe, die in den letzten zehn Jahren im Logistiksektor stattgefunden haben, doch heute ist sie mit einer Reihe von Einschränkungen konfrontiert, die mit dieser Erfahrung einhergehen. Zu diesen Einschränkungen kommen die Angriffe der Bosse gegen die Gewerkschaftsorganisation als Ganzes hinzu, wie z.B. der Angriff auf die Vertretung.

Ausgehend von einer sakrosankten Kritik an der Kapitulation und den Kompromissen der konföderalen Gewerkschaften haben die Basisgewerkschaften stets im Verhandlungsmechanismus agiert und die Idee genährt, dass die unwirksame Komprimierung der Reformspielräume und die Zugeständnisse, die das Kapital heute zu machen bereit ist, einfach durch eine "ehrliche" und ehrlich "kämpferische" Gewerkschaft kompensiert werden könnten, die in der Lage ist, bessere Vereinbarungen zu erzielen. Dieser Mechanismus, der an sich nicht zu verurteilen ist, wenn er in der Sphäre des reinen Wirtschaftskampfes verbleibt, ist unweigerlich dazu bestimmt, in eine Krise zu geraten, sobald diese Räume schrumpfen. Ein Beweis dafür ist die "Ausnahme" des Logistiksektors, des einzigen Sektors, in dem es kontinuierliche Kämpfe und Auseinandersetzungen gab, in denen das Lohnniveau angehoben und bessere Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden konnten, auch weil die hohe Rentabilität, die diesen Sektor kennzeichnet, diese Errungenschaften relativ schnell ermöglichte.

Wie die beiden wichtigsten Akronyme der Basis- und Realgewerkschaften in Italien - USB und SI Cobas - zeigen, sind die gewerkschaftlichen Fragen in diesem Bereich nicht mechanisch vom politischen Bereich zu trennen, denn jedes Akronym einer Basisgewerkschaft hat an seiner Spitze eine Führung, die im Wesentlichen politisch ist. Diese Tatsache führt zu zwei Problemen: a) Elemente, die der politischen Auseinandersetzung inhärent sind, werden häufig auf die Ebene der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung/des gewerkschaftlichen Kampfes übertragen, was die effektive Einheit der bewussten Arbeiter zumindest zu den Zeitpunkten der Mobilisierung und des Streiks erschwert, für die es bereits genügend objektive Hindernisse gibt; b) Unter den heutigen Bedingungen der politischen Rückständigkeit verbreiten sich bewegungsorientierte und "pansyndikalistische" Theorien, die letztlich die eigentliche Kampfkraft dieser Gewerkschaften und ihre organisatorische Konsolidierung schwächen und sich auch als kontraproduktiv für das eigentliche Ziel der Politisierung der gewerkschaftlichen Avantgarde erweisen.

Wenn die Existenz und das Gewicht der CGIL nicht aus den Überlegungen zu den gewerkschaftlichen Perspektiven ausgeklammert werden können, so gilt letztlich auch, dass der Prozess der Gründung einer Klassengewerkschaft nicht mit der bloßen Einheit der gewerkschaftlichen Basiskräfte einhergehen kann. Im Gegenteil, ohne ein Überdenken der Art und Weise, wie Basisgewerkschaftlichkeit verstanden wird, kann diese nur in viel engerer Form die gleiche Dynamik wie die konföderalen Gewerkschaften wiedergeben, wie bereits in vielen Zusammenhängen zu beobachten ist.

Das Leitprinzip der kommunistischen Aktion ist die Einheit aller Arbeiter, angefangen bei den bewussten Sektoren. Die Kommunisten können nicht an die Stelle der Gewerkschaften treten und voluntaristisch die Beschränkungen der Gewerkschaftsorganisationen kompensieren. Sie können jedoch von vielen Seiten aus in dieser Richtung arbeiten, indem sie auf der Losung der Einheit aller Arbeiter bestehen und versuchen zu verhindern, dass die politischen Differenzen zwischen den Führungen der Gewerkschaftsstrukturen zu einem weiteren Hindernis für die Einheit der Arbeiterbewegung werden, selbst wenn die Bedingungen es ihnen zumindest erlauben würden, geteilt zu marschieren und loszulegen. Sie können dazu beitragen, als Scharnier zwischen

konfligierenden Klassensektoren mit unterschiedlichen Gewerkschaftsstandorten zu fungieren, und zwar dort, wo die Einheit durch gewerkschaftliche Beschränkungen verhindert wird. Sie können sich bemühen, das Niveau der Debatte und der politischen Konfrontation anzuheben, indem sie die grundlegenden politischen Fragen beleuchten, die bestimmten bestehenden Spaltungen innewohnen, und verhindern, dass alles die für die meisten unverständliche Form des innergewerkschaftlichen Streits annimmt, mit dem Ziel, die Existenz einer Konfrontation zwischen verschiedenen politischen Optionen mit der Vorstellung zu verbinden, dass diese Konfrontation offen vor der Arbeiterbewegung stattfindet.

Darüber hinaus dürfen wir diesen Plan nicht als den einzigen oder gar den wichtigsten betrachten, auf dem die Kommunisten eine angemessene Strategie zur Neuzusammensetzung der Gewerkschaften und der Arbeiterklasse aufbauen müssen. Das Bemühen, die bestehenden Kämpfe und Konfliktherde der Arbeiter sichtbar und verständlicher zu machen, die vorbildlichsten Beispiele zu verallgemeinern, auch durch die Förderung der Einheit der Arbeiter auf antikapitalistischer Grundlage im Rahmen der bestehenden Gewerkschaftsorganisationen, muss immer als ein Instrument zur Unterstützung unserer aktiven Arbeit zur Förderung der gewerkschaftlichen Organisierung und der Förderung von Formen der konsequenten Arbeiterorganisation in einem Kontext des anhaltenden Rückgangs der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften verstanden werden. Der Einbruch der Mitgliederzahlen und des Vertrauens der Arbeitnehmer in die Gewerkschaften im Allgemeinen, der durch die Schlichtungspositionen und die volle Mitverantwortung der Gewerkschaftsführung an den Niederlagen und dem ideologischen Angriff auf das Konzept der Gewerkschaften selbst verursacht wurde, konnte nur zu einem sehr geringen Prozentsatz durch die Bemühungen der Basis- und Konfliktgewerkschaften aufgefangen werden. Das zahlenmäßig konsequenteste und daher relevanteste Ergebnis ist der Rückzug selbst der grundlegendsten Formen der Arbeitnehmerorganisation am Arbeitsplatz und die Zunahme kategorischer Gewerkschaften mit korporatistischem Charakter, die ihrerseits dazu beitragen, unter den Arbeitnehmern ein regressives, klientelistisches und egoistisches Konzept der Gewerkschaft zu verankern. Angesichts dieser Situation und der ständigen Angriffe auf die Idee der Gewerkschaften und des Streikrechts, die uns daran erinnern müssen, dass die Kapitalisten in jedem Fall "keine Gewerkschaft" bevorzugen, sogar gegenüber einer Gewerkschaft, die sich auf der Ebene der Klassenkollaboration bewegt, da sie selbst auf diese Weise spielerisch Embryonen der Arbeitnehmerorganisation darstellt, ist es von zentraler Bedeutung, den nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken.

Dies hat auch nichts mit dem Prozess der Parteibildung zu tun, der als Prozess der Bewusstseinsbildung zu einer Partei der Klassenavantgarde verstanden wird. Ganz im Gegenteil.

Je mehr wir in der Lage sind, eine kämpferische, kämpferische Klassenbewegung zu vereinigen, die in der Lage ist, über die bestehenden gewerkschaftlichen Spaltungen hinweg geschlossen zu mobilisieren, desto fruchtbarer wird der Boden sein, um die bewusstesten Elemente der Arbeiterklasse für den politischen Kampf zu rekrutieren, so dass die Losung "die Partei in der Klasse aufbauen" nicht nur in bescheidener Weise wiederholt wird, sondern sich tatsächlich im Wachstum einer lebendigen Kraft materialisiert.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass unsere Intervention in den Gewerkschaften und in der Klasse im weiteren Sinne in der regelmäßigen und kohärenten Anwendung einer einheitlichen Linie bestehen muss, die darauf abzielt, einen neuen und unvermeidlichen Klassenprotagonismus zum Ausdruck zu bringen, der sowohl für die Eröffnung einer noch nie dagewesenen Phase der Arbeiterbewegung, ausgehend von ihren fortgeschrittensten Punkten, als auch für die Stärkung der Aussicht auf den Aufbau einer revolutionären Partei notwendig ist, die in der Lage sein muss, die

führende Kraft dieser Bewegung zu werden. Dieses Element muss mit dem ständigen Streben nach der Einheit der gesamten Klasse einhergehen; dies ist das grundlegende Merkmal dessen, was man als "Einheitsfront der Klasse" bezeichnen kann: keine einfache Parole, sondern die eigentliche Substanz, die grundlegende Basis der Aktion der Kommunisten.

I. Soziale Bündnisse heute und die sozialen/revolutionären Blöcke

Nach der Herangehensweise an die Arbeit in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ist die Frage des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und anderen nicht-proletarischen Gesellschaftsschichten wirklich eine der wichtigsten Fragen, mit denen sich eine kommunistische Partei befassen muss.

Im italienischen Kontext wird die Dringlichkeit der Entwicklung eines zeitgemäßen taktischen Ansatzes durch den beträchtlichen Aktivismus des Kleinbürgertums, durch das periodische Wiederauftauchen von Protestbewegungen der kleinbürgerlichen Sektoren: Händler, Kleinbauern, autonome landwirtschaftliche Erzeuger usw. angemahnt.

Theoretisch gesehen handelt es sich um ein Problem, das sehr weit zurückliegende Wurzeln hat. Das Symbol von Hammer und Sichel selbst entstand vor einem Jahrhundert aus dem Bündnis der industriellen Arbeiterklasse mit den großen Bauernmassen, die in Ländern wie dem zaristischen Russland, Spanien und Italien selbst unter den Bedingungen einer rückständigen kapitalistischen Entwicklung und dem Fortbestehen halbfeudaler Verhältnisse die Mehrheit des Volkes bildeten. Die Fähigkeit der Kommunisten, ein strategisches Bündnis des revolutionären Proletariats mit anderen sozialen Klassen zu fördern und zu leiten, war ausschlaggebend für den Sieg der Oktoberrevolution, die in den beiden großen Arbeiterzentren Moskau und Petrograd entstand und dank des Beitritts der Bauernmassen zur Mehrheit wurde. Gleichzeitig war der Sieg des Faschismus in Italien in den 1920er Jahren gerade auf die reaktionäre Mobilisierung der kleinbürgerlichen Massen gegen die Arbeiterbewegung unter der strategischen Leitung der dominierenden Sektoren des Großkapitals zurückzuführen.

Es liegt auf der Hand, dass die Frage heute nicht mehr in der gleichen Weise angegangen werden kann, weil die Welt heute nicht mehr dieselbe ist wie vor hundert Jahren. In Italien und in ganz Europa sind die kapitalistischen Produktionsverhältnisse voll entwickelt; das Gewicht der kleinen unabhängigen Produzenten ist durch die große kapitalistische Konzentration stark reduziert, und das Proletariat stellt die Mehrheit der Bevölkerung dar (dies war vor einem Jahrhundert nicht in allen Ländern der Fall). Die Produktion ist fast ausschließlich eine kapitalistische Produktion, in der das Lohnarbeitsverhältnis vorherrscht, manchmal getarnt durch juristische Kunstgriffe, die nichts an der Substanz der Ausbeutung ändern, wie im Fall so vieler Arbeiter, die unter falscher Mehrwertsteuerregistrierung arbeiten.

In Bezug auf all dies gibt es in Italien heute ein Zusammentreffen von zwei Elementen.

Der erste ist der erwähnte Aktivismus des Kleinbürgertums, eine Folge der Konzentrations- und Zentralisierungsprozesse des Kapitals und der daraus resultierenden Vorherrschaft der großen kapitalistischen Monopole, die die kleinen unabhängigen Produzenten, die kleinen Händler, die Handwerker, die Kleinbauern usw. unterdrücken. Diese Sektoren sind in regelmäßigen Abständen in Aufruhr und mobilisieren sich, um ihre wirtschaftliche und soziale Position zu verteidigen,

getrieben von der Angst, ihr Geschäft zu verlieren und somit proletarisiert zu werden. Von der "Heugabelbewegung" über die Bauernbewegung gegen die Gemeinsame Agrarpolitik bis hin zu den Bewegungen gegen die Betriebsschließungen während des sanitären Notstands - abgesehen von den Unterschieden zwischen ihnen - zeigt sich, dass seit Jahren kleinbürgerliche Bewegungen mit unterschiedlichem politischem Charakter entstehen, erlöschen und wieder auftauchen.

Das zweite Element ist die Schwäche der Arbeiterbewegung und ihrer organisierten Strukturen, weshalb sie nicht in der Lage ist, eine Hegemonialfunktion auszuüben und auf die Bewegungen des Kleinbürgertums einzuwirken. In der Tat geschieht genau das Gegenteil. Den Agitationen des Kleinbürgertums gelingt es oft, die Agenda der politischen Debatte des Landes durchzusetzen und sogar auf breitere Sektoren der Arbeitnehmer und Volksschichten Einfluss zu nehmen.

In Bezug auf diese Probleme gibt es eine strategische und eine taktische Frage.

Auf der strategischen Ebene halten wir das leninistische politische Prinzip für richtig, das sich wie folgt zusammenfassen lässt: Angesichts des Prozesses der Proletarisierung des Kleinbürgertums, d.h. der "Überführung" der von der Konkurrenz erdrückten Elemente, die nach und nach vom kapitalistischen Markt verdrängt werden, in das Proletariat, muss die Arbeiterklasse verhindern, dass dies zu einem "Überschwappen" der kleinbürgerlichen Ideologie in ihr eigenes Lager führt. Im Gegenteil, sie muss diese Elemente für den Klassenkampf gewinnen, damit sie nicht für ihren eigenen Vorteil kämpfen, d.h. um ihren verlorenen Status als Unternehmer zu verteidigen oder wiederzuerlangen, sondern sich ihrer veränderten Lage voll bewusst werden und gemeinsam mit der Arbeiterklasse für die einzig mögliche Zukunft jenseits des Kapitalismus kämpfen.

Dieser Grundsatz muss, insbesondere in einer Zeit der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, in eine Strategie umgesetzt werden, die unserer Zeit angepasst ist.

Wir sind daher der Meinung, dass die kommunistischen Parteien dort, wo es unter den konkreten Bedingungen ihres Landes möglich ist - und das ist in Italien der Fall -, eine moderne Taktik antikapitalistischer und antimonopolistischer sozialer Bündnisse entwickeln müssen, die es ihnen ermöglicht, um die Arbeiterklasse und ihre Avantgarde herum den Zusammenschluss von Arbeitslosen, Studenten, Landwirten, selbständigen Produzenten, Handwerkern, Kleinunternehmern und vom Wettbewerb erdrückten Ladenbesitzern zu organisieren, um einen Block sozialer Kräfte zu bilden, der in der Lage ist, den Kapitalismus durch den Sturz der bürgerlichen Macht zu stürzen. Dies ist unserer Meinung nach das strategische Ziel, auf dem wir bestehen müssen.

An dieser Stelle stellt sich die Frage nach der Umsetzung der Taktik, die zur Erreichung dieses strategischen Ziels im italienischen Kontext notwendig ist, der durch ungünstige Machtverhältnisse für die Arbeiterklasse und - als Folge davon - durch eine starke nationalistisch-reaktionäre Hegemonie gekennzeichnet ist, die in den kleinbürgerlichen Bewegungen an Boden gewinnt.

Die erste betrifft den spezifischen Charakter jeder Bewegung, - die zweite die Rolle und Bedeutung des politischen Angebots, das eine kommunistische Partei einer Bewegung machen und an sie richten kann.

Was den ersten Punkt betrifft, so ist darauf hinzuweisen, dass es kleinbürgerliche oder klassenübergreifende Bewegungen gibt, die in Bezug auf die Interessen, die sie zum Ausdruck bringen, und die Fragen, die sie aufwerfen, ein mögliches Terrain der Annäherung an die Interessen der Arbeiterklasse eröffnen. Innerhalb dieser Bewegungen kann man intervenieren und sie politisch ansprechen, indem man die fortschrittlichsten Positionen und die Annäherung an die Arbeiterklasse

fördert, während man die rückständigsten und reaktionärsten Positionen anprangert und isoliert. Ein Beispiel dafür waren die jüngsten Proteste der landwirtschaftlichen Erzeuger gegen die Gemeinsame Agrarpolitik der EU und gegen die Monopole der Agrarindustrie und die dem Agrarsektor vor- und nachgelagerte Großverteilung. In Italien gab es weder die Möglichkeit noch die Fähigkeit, das Potenzial dieser Bewegung zu erfassen, die an dem Kompromiss zwischen Coldiretti und der Regierung Meloni scheiterte, während die Rechten alles taten, um die Aufmerksamkeit auf groteskere und rein identitätsbezogene Themen wie die Insektenmehlfrage zu lenken. In der Frage der Preise gab es jedoch möglicherweise eine objektive Grundlage für eine Annäherung.

In anderen Fällen gibt es reaktionäre kleinbürgerliche Bewegungen, bei denen diese Intervention in dieser Form und mit den gleichen Zielen einfach nicht möglich ist, weil es aufgrund ihres Entstehungsprozess, ihrer Entwicklung und der Inhalte, die sie ausdrücken, nicht möglich ist, ihren reaktionären Charakter zu ändern. Eine Intervention der Kommunisten mit dem Ziel, eine fortschrittliche Richtung in ihrer Gesamtheit zu vermitteln, wäre zum Beispiel bei den Anti-Impf- und Anti-Hygiene-Bewegungen im Namen der "Freiheit" nicht möglich gewesen, wo neben Verschwörungstheorien, die die Existenz von Covid-19 und der Pandemie leugnen, offen faschistische Kräfte volle Legitimität hatten.

Zweitens darf nicht vergessen werden, dass die politische Rolle einer kommunistischen Partei unabhängig von dem unmittelbaren Element, ob sie Teil einer Bewegung ist oder nicht, zum Ausdruck kommen kann. Hier müssen wir den großen Wert des leninistischen Prinzips bekräftigen, dass der politische Kampf ein Kampf ist, der in der Arena der politischen Konfrontation des Kampfes zwischen allen sozialen Klassen stattfindet, jenseits der Unmittelbarkeit des Kampfes in der Wirtschafts- und Produktionssphäre. Selbst unter ungünstigen Machtverhältnissen, die die es ihnen nicht erlauben, die politische Richtung einer Bewegung maßgeblich zu beeinflussen, ist es möglich, ja sogar angebracht, dass Kommunisten ihre Positionen und Vorschläge vorantreiben und öffentlich präsentieren, auch im Rahmen der spezifischen Forderungen einer Bewegung.

m. Massenbewegungen und Identitätspolitik

Ein weiterer wichtiger Knoten, den es zu lösen gilt, ist die Frage nach dem Charakter der politischen Intervention der Kommunisten in Bezug auf die Massenbewegungen unserer Zeit.

Das Problem stellt sich heute in dieser Hinsicht aus mehreren konkreten Gründen. Erstens aufgrund der historischen Bedingungen, die gleichzeitig mit der Krise der Arbeiterbewegung zur Entstehung von Bewegungen mit einer klassenübergreifenden Matrix geführt haben, die außerhalb der traditionellen Strukturen der Arbeiterklasse und oft in offener Opposition zu ihnen stehen. Zweitens aufgrund der Tatsache, dass es in der Linken eine Debatte zu diesem Thema gibt, die durch die Durchlässigkeit für die Zwänge der bürgerlichen Ideologie stark verschmutzt ist.

Neben Bewegungen mit einer ausgeprägteren sozialen und politischen Identität, wie der Antiglobalisierungs- oder der Austeritätsbewegung, sind Meinungsbewegungen entstanden, die sich auf einzelne Themen beziehen und oft Träger politischer und ideologischer Konzepte sind, die den Klassenkampf offen leugnen und das kapitalistische System als einzig mögliches Terrain für die Förderung und Durchsetzung ihrer Forderungen akzeptieren. Während die Theoretiker des herrschenden Denkens das Ende der Arbeiterklasse, das "Ende der Ideologien" und des

Klassenkampfes postulieren, verwirft die institutionelle "Linke" jeden - wenn auch formalen - Bezug zum Klassenkampf und baut ihre neue politische Identität auf den Forderungen der Bürgerrechtsbewegungen, der Umweltbewegung, der transfeministischen Bewegungen, der antirassistischen Bewegungen und der LGBT-Bewegung auf. Einige Bewegungen, wie die der "Sardinen", kombinieren die Dynamik der spontanen Beteiligung eines "fortschrittlichen" Volkes mit derjenigen der geschickten Auslösung durch bestimmte politische Parteien - in diesem Fall die Mitte-Links-Bewegung -, die sie als Teil ihrer Strategien zur Konsensbildung bei Wahlen einsetzen.

Die kommunistische Bewegung in Italien hat sich bisher als unzureichend für die Herausforderungen und Forderungen dieser Bewegungen erwiesen. Insbesondere haben sich in den letzten Jahrzehnten drei unterschiedliche, aber gleichermaßen schädliche Trends durchgesetzt.

Die erste ist die "bewegungsorientierte", die sich während Bertinottis Führung der Rifondazione Comunista durchsetzte und die sich in verschiedenen Formen bis heute hält: die Idee, dass Bewegungen sich selbst genügen und dass Kommunisten einfach "in Bewegungen aufgehen", sich an ihre Fersen heften und an ihnen teilnehmen sollten, ohne den Ehrgeiz, eine Rolle der politischen Leitung, des Einflusses, geschweige denn der Führung auszuüben, sondern vielmehr das Programm der betreffenden Bewegungen als ihr eigenes zu akzeptieren, in der Hoffnung, dass dies zu einem Wahlkonsens führen wird.

Die zweite ist die sektiererische Abschottung im Namen der Reinheit der Prinzipien, die beschworen wird, um auf die Einmischung in die Massenmobilisierung im Vorfeld zu verzichten, wobei deren Grenzen und Unzulänglichkeiten betont werden. Diejenigen, die diese Position vertreten, begreifen ein hohes politisches Bewusstsein der Massen nicht als ein Ziel, das sie mit ihrer organisierten Aktion anstreben, sondern im Gegenteil als eine notwendige Voraussetzung für ihre Intervention, was in der Tat zu einer Theorie und Praxis der Bewegungslosigkeit führt, da es für eine Massenbewegung materiell unmöglich ist, spontan ein fortgeschrittenes politisches Bewusstsein zu entwickeln. Diese Position übte trotz all ihrer Einschränkungen eine gewisse Faszination auf die wenigen verbliebenen kommunistischen Aktivisten aus, die sich dem Bertinottismus im Namen der identitätsbasierten Bekräftigung der Rolle der Partei widersetzen und sich nur wenig darum kümmern, diese mit einer realen, nicht selbst proklamierten Fähigkeit zur Führung zu verbinden.

Der neueste Trend, der in Italien erst vor kurzem in strukturierter Form aufkam und sehr schnell populär wurde, ist die postmoderne Theorie der Intersektionalität von Kämpfen und Unterdrückungen. Dieser Gedanke, der sich aus der Identitätspolitik der nordamerikanischen Matrix entwickelt hat, wurde von linken politischen Gruppen in Italien in vermittelter Form als eine Art aktualisierte Version der ursprünglichen Bertinottischen Theorie rezipiert. Das grundlegende Postulat dieser Theorie ist, dass jede soziale Identität - Rasse, Geschlecht, sexuelle Orientierung, soziale Klasse, Behinderung - entspricht einer "Achse der Unterdrückung", auf der sich am einen Ende ein Unterdrücker befindet, der durch die Kategorie "Privileg" definiert wird, und am anderen Ende die Unterdrückten. Diese Theorie greift den Marxismus offen mit dem Vorwurf des "Klassenreduktionismus" an; sie leugnet in der Tat den Klassenkampf, indem sie die Klasse auf eine Identität unter vielen reduziert, die oft nur und fälschlicherweise in Form des Einkommens aufgefasst wird, und leugnet die Substanz der sozialen Produktionsverhältnisse.

Von diesen drei Theorien ist die Theorie der Intersektionalität besonders heimtückisch, weil sie sich als Lösung für das Problem der Konvergenz verschiedener Kämpfe darstellt, während sie in Wirklichkeit das genaue Gegenteil ist: Sie ist eine Theorie der Fragmentierung, völlig nutzlos und in der Tat schädlich für die Reorganisation der Klassenbewegung. Die politische Konsequenz dieser

Theorie ist, dass nur die "Unterdrückten" für sich selbst sprechen können. Jeder Versuch eines dialektischen Gesprächs, der dieser Logik nicht entspricht, wird automatisch als "Paternalismus" gebrandmarkt: Die politischen Kräfte, die als "Verbündete" einer unterdrückten Kategorie gelten, werden aufgefordert, ein für alle Mal "en bloc" die Instanzen und Theorien zu akzeptieren, die von den Sektoren hervorgebracht werden, die sich als Vertreter dieser Kategorie und ihrer Bewegung ausgeben. Mehr oder weniger implizit werden die Kommunisten aufgefordert, auf die Beeinflussung von Bewegungen zu verzichten und sich darauf zu beschränken, ihr eigenes politisches Programm zu erstellen, indem sie Forderungen aufnehmen, die zwangsläufig nicht über die Grenzen der Kompatibilität mit dem Kapital hinausgehen, da nichts anderes spontan innerhalb einer Bewegung der Kategorie entstehen kann.

Die Intervention der Kommunisten in Bezug auf die Massenbewegungen unserer Zeit muss als die Aktion einer Avantgardegruppe definiert werden, die darauf abzielt, Bewusstsein zu schaffen, in jeder Bewegung eine klassistische Tendenz und Option zu fördern, d.h. eine, die den Interessen der Arbeiterklasse entspricht, und die fortgeschrittensten und bewusstesten Elemente jeder Bewegung für den Klassenkampf und die kommunistische Organisation zu rekrutieren.

Diese Leitlinie ist kein allgemeiner Grundsatz, der für alle Jahreszeiten gilt, sondern muss je nach den materiellen Gegebenheiten des jeweiligen Kontextes in die Praxis umgesetzt werden, mit der Fähigkeit, die eigene Taktik an die Situation und die tatsächlichen Möglichkeiten, Fortschritte zu erzielen, anzupassen. Die Bewegung "Fridays for Future", in der sich Millionen von Jugendlichen gegen den Klimawandel mobilisiert haben, ist zweifellos das Produkt einer riesigen Medienoperation, die darauf abzielt, die von den großen Monopolen geförderten Strategien der "ökologischen Umstellung" zu unterstützen, aber gleichzeitig hat sie eine wichtige Arena für die Politisierung von Tausenden von jungen Proletariern geschaffen, für die die Kommunisten die Pflicht, als Alternative eine Idee von aktiver Militanz vorzuschlagen, die sich von dem "Aktivismus" der Meinung unterscheidet. Die relative Hegemonie der bürgerlichen Strömungen des Feminismus stellt heute die Dringlichkeit dar, eine Klassentendenz in der Frauenbewegung zu bekräftigen, ein Prozess, der nicht freiwillig stattfinden kann, ohne die materielle Kraft von Tausenden und Abertausenden von proletarischen und Arbeiterfrauen, die in den Reihen der Klassenbewegung marschieren und sich einer Perspektive des Kampfes für Emanzipation und Gleichheit entgegenstellen, die radikal derjenigen der bürgerlichen Vorstellungen der Frauenfrage entgegengesetzt ist.

Ein weiterer relevanter und gemeinsamer Aspekt in diesen Bewegungen ist die individuelle Auffassung von Partizipation, die systematisch nicht nur von einer Ablehnung, sondern gerade von einem Frontalangriff auf das Konzept von Organisation und Partei begleitet wird. Die Beteiligung an der Bewegung und an Momenten der Mobilisierung wird nicht als Moment der Bewusstseinsverfestigung, als Ausdruck des politischen Kampfes innerhalb einer Strategie verstanden, sondern als Moment des individuellen Ausdrucks, ganz im Sinne der "alten" Idee des "Kulturkampfes", der in Form von "Aktivismus" in den sozialen Netzwerken neu präsentiert wird. Dieser Vorstellung muss stets der ideologische Kampf um die Notwendigkeit der Organisation entgegengesetzt werden.

Das Grundthema bleibt weiterhin die Subsumierung der besonderen Kämpfe unter den allgemeinen Kampf. Im Gegensatz zu dem, was die Theoretiker der Intersektionalität behaupten, ist der Klassenkampf nicht einer von vielen Identitätskämpfen, weil er nicht eine einfache "Identität" betrifft, sondern die gesamte kapitalistische Gesellschaft in all ihren Aspekten, in ihrer ökonomischen Struktur, wie auch in ihrem politisch-rechtlichen, ideologischen und kulturellen Überbau. Während in einigen Ländern Ungleichheiten und Diskriminierungen aufgrund von

Faktoren wie Geschlecht oder Rasse integraler Bestandteil der politisch-rechtlichen Konstruktion geblieben sind und formalisiert bleiben, bleibt es unbestreitbar wahr, dass in den meisten westlichen kapitalistischen Gesellschaften die allgemeine Tendenz besteht, diese im Namen der Gleichheit aller Bürger formal zu beseitigen, mit dem Ergebnis, dass sie gerade als neue Formen der Klassenunterdrückung, der substantiellen Ungleichheit angesichts ihrer formalen Auslöschung wiedergeboren werden. Auch aus diesem Grund bleibt es für Kommunisten unverzichtbar, in jedem Kontext den Klassenkampf um die politische Macht als den Kampf zu bekräftigen, der wirklich alle Fahnen des menschlichen Fortschritts hochhalten kann.

n. Über eine revolutionäre Partei in einer revolutionären Phase

Die erneute Bekräftigung der revolutionären Matrix der Kommunistischen Partei entbindet nicht automatisch von der Notwendigkeit, darüber nachzudenken, was dies in einer nicht-revolutionären Phase wie der gegenwärtigen konkret bedeutet.

Die heutige Situation unterscheidet sich zweifellos stark von dem historischen Kontext, in dem die kommunistischen Parteien auf dem Höhepunkt eines Arbeiter- und Proletarieraufstandes auf dem europäischen Kontinent entstanden: der Revolution Oktober, die Arbeiteraufstände in Deutschland und Ungarn, die Biennio Rosso in Italien. Damals bedeutete Kommunist zu sein, den reformistischen Führungen die Führung der Arbeiterbewegung streitig zu machen - das heißt, einer bestehenden Bewegung, die als lebendige und erkennbare Kraft organisiert und an Mobilisierung und Kampf gewöhnt war - und die Verantwortlichkeiten, Unzulänglichkeiten und den Verrat der Führungen der sozialdemokratischen Parteien anzuprangern.

Ebenso unzweifelhaft unterscheidet sich die Phase, in der wir uns heute befinden, von jenen historischen Momenten, in denen bestimmte kommunistische Parteien in der Lage waren, sich einen eigenen politischen "Raum" im bürgerlichen System zu schaffen, indem sie sich in eine de facto sozialdemokratische Kraft verwandelten und eine Phase des Wachstums und der Expansion der kapitalistischen Wirtschaft mitverwalteten, die - zugegebenermaßen Hand in Hand mit der Zunahme der sozialen Ungleichheiten - eine wesentliche Verbesserung der Lebensbedingungen der Volksschichten und den Ausbau von Rechten dank der Kämpfe der Arbeiter ermöglichte.

Die Spirale der kapitalistischen Krise, die in den 1970er Jahren begann und sich in den letzten Jahrzehnten zyklisch wiederholte, hat gezeigt, dass in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern - wie heute in Italien - die Spielräume des Reformismus zunehmend erschöpft sind. Wenn es einen Rückzug auf dem Terrain der sozialen und demokratischen Rechte gibt, wenn der in jahrelangen Kämpfen gewonnene Boden verloren geht, dann nicht nur wegen der Schwäche des politischen Subjekts, sondern auch, weil es die Gesetze der kapitalistischen Entwicklung selbst sind, die mit der Verschärfung des internationalen Wettbewerbs und dem Zusammenbruch der Rentabilität des Kapitals den möglichen Handlungsspielraum innerhalb der Pflöcke dieses Systems auf ein Minimum reduzieren.

Auch aus dieser Überlegung heraus argumentieren wir für die Notwendigkeit, die Identität der Kommunisten als revolutionäre Kraft zu bekräftigen. Dies ist notwendiger denn je, nachdem der Opportunismus jahrzehntelang die Wiedereinführung eines sozialdemokratischen Konzepts offen legitimiert hat, das im Großen und Ganzen die eigentlichen Gründe für die Existenz der Kommunisten als autonome Kraft der "Linken" ablehnt.

In der heutigen Debatte wird das Argument, das am häufigsten zur Legitimierung der Einnahme von Rückwärts- und Nachhutpositionen verwendet wird, gerade auf die Existenz objektiver Bedingungen und ungünstiger Machtverhältnisse zurückgeführt: "Die Situation ist rückwärtsgewandt, also müssen wir uns rückwärts bewegen". Mit diesem Argument wird seit Jahren argumentiert, dass es in der gegenwärtigen Phase notwendig ist, Umgruppierungsprozesse, insbesondere Wahlprozesse, der mehr oder weniger radikalen fortschrittlichen "Linken" zu unterstützen, in ihnen "als Kommunisten" zu arbeiten, um "Hegemonie zu erlangen", bis die Bedingungen günstiger sind, um die Latte wieder höher zu legen. Diese Position offenbart zwar den Opportunismus jener führenden Gruppen, die versuchen, die Suche nach einem Parlamentssitz theoretisch zu veredeln, ist aber, wenn sie in gutem Glauben geäußert wird, zumindest antidialektisch, weil sie nicht einmal auf die Idee kommt, die historische Reifung der Arbeiterbewegung als eine erworbene Erfahrung zu betrachten, sondern glaubt, mechanisch dieselben Phasen und oft sogar dieselben Fehler "nachvollziehen" zu müssen, die die kommunistische Bewegung hinterlassen hat.

Viel nützlicher und aktueller ist hingegen das Nachdenken über die tatsächlichen Aufgaben der Kommunisten in einer Phase wie der jetzigen, darüber, wie man sich nicht auf Propaganda und maximalistische, realitätsferne Proklamationen beschränken kann. Wie man im Gegenteil eine revolutionäre und kämpferische Perspektive in jedem Kontext des unmittelbaren Kampfes vorantreiben kann, indem man stets die inneren Widersprüche dieses Systems, die Verantwortung der Regierungen und der bürgerlichen Parteien anprangert und jede Form des Opportunismus bekämpft.

In diesem Sinne finden sich nützliche Werkzeuge für die Entwicklung einer modernen revolutionären Strategie in Italien in den Überlegungen von Antonio Gramsci zum - damals so definierten - Problem der "Revolution im Westen", d.h. in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, wo die Konsolidierung der Kapitalmacht die Strukturen der reinen Herrschaft mit einer Zivilgesellschaft flankiert, die aus konsensbildenden Apparaten und kultureller und politischer Hegemonie besteht.

Es ist kein Zufall, dass so viele revolutionäre Prozesse seit der Oktoberrevolution in sehr unterschiedlichen Kontexten versucht haben, die leninistische Taktik weiterzuentwickeln und ihre Bedeutung und Implikationen über die unverzichtbare Lehre von der Kunst des Aufstands hinaus zu erweitern. Wenn Gramscis Überlegungen jahrelang verzerrt und als vulgäre Rechtfertigung für den Reformismus benutzt wurden, muss heute die Idee eines "Stellungskrieges", der auf die Eroberung der "Kasematten" der Zivilgesellschaft abzielt, als Funktion des "Bewegungskrieges" gegen die herrschende Klasse - und nicht als Ersatz für eine schrittweise Perspektive, die das Problem der Eroberung der Macht ausklammert - in genau diesem Sinne wiedergewonnen werden.

Dieselbe leninistische Reflexion über die Dualität der Macht ist weit davon entfernt, nur in ihrer maximalen Form in einer revolutionären Situation anwendbar zu sein, und stellt ein politisches Prinzip dar, das im Kleinen reproduziert werden kann, wo die Machtverhältnisse es ermöglichen, die gleichen institutionellen und politischen Architekturen des Kapitalismus zu erzwingen.

Diese Überlegungen, die sicherlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, sollen vor allem eine Arbeitsrichtung zum Ausdruck bringen, eine Richtung aufzeigen, die unserer Meinung nach von jedem eingeschlagen werden muss, der eine revolutionäre Perspektive im 21. Jahrhundert wiedereröffnen will, und daher umso mehr von einer Partei, die sich dieses Ziel setzt. Diese Aufgabe, die in der Epoche der Erschöpfung der "Ränder des Reformismus" im Rahmen der

kapitalistischen Krise umso wichtiger ist, steht im Einklang mit einem der wichtigsten Grundsätze der kommunistischen Organisation: "Man wartet nicht auf die "Stunde X", man bereitet sich auf sie vor".

Teil II

DER ROTE FADEN.

FÜR EINEN RÜCKBLICK AUF DIE GESCHICHTE DER KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG

a. Warum sich mit der Geschichte auseinandersetzen

Die Weitergabe einiger grundlegender Leitlinien für einen Rückblick auf die Geschichte der Arbeiterbewegung, der kommunistischen Parteien, der Sowjetunion und der Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus im 20. Jahrhundert ist eine unausweichliche Notwendigkeit, um einen kommunistischen Vorschlag heute zu bekräftigen.

Erstens, weil gerade auf der historischen Ebene die heftigsten antikommunistischen Angriffe heute stattfinden. Infolge des Sieges der kapitalistischen Konterrevolution in den Jahren 1989-91 hat das ideologische Narrativ des Antikommunismus mit einer Ungestümtheit Einzug in den gesunden Menschenverstand gehalten, die in der Geschichte nur selten vorkommt.

Die antihistorische Gleichsetzung von Nazifaschismus und Kommunismus wird heute von den kapitalistischen Regierungen und ihren ideologischen und kulturellen Produktionsapparaten offen propagiert; sie wurde als offizielle Ideologie der Europäischen Union übernommen und schleicht sich sogar in Ländern wie Italien durch die an die neuen Generationen gerichtete Propaganda voran. Jede/r Aktivist/in misst sich in seiner/ihrer eigenen politischen Erfahrung täglich an einem Substrat des Misstrauens gegenüber jeder Hypothese eines Bruchs des gegenwärtigen Zustands, dem Endprodukt dieser Narrative.

Das Urteil über die Geschichte der Arbeiterbewegung ist auch einer der Trennungsgründe zwischen den verschiedenen Ausrichtungen der Kräfte, die sich auf den Kommunismus berufen. Wenn wir die makchietisierenden Formen und die dekontextualisierte Reproduktion von Positionen und Auseinandersetzungen aus der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts ausklammern, sind diese Spaltungen real und alles andere als bedeutungslos. Nicht nur, weil sie sich oft in sehr scharfen Spaltungen zu hochaktuellen Themen widerspiegeln - man denke nur an den Krieg -, sondern auch, weil das Gleichgewicht und die Lehren aus der historischen Erfahrung bei der Artikulation einer gemeinsamen Vision keineswegs gleichgültig sind. Vorschlag für heute. Im Gegenteil, sie tragen auch zur Definition des revolutionären Programms bei, um das sich die Kommunisten in Italien gruppieren können.

Gerade an der Fähigkeit, nützliche Schlussfolgerungen für die Weiterentwicklung des Bewusstseinsstandes und der politischen Organisation der Arbeiterbewegung zu ziehen, misst sich unserer Meinung nach der Wert einer historischen Bilanz.

b. Zu den Begriffen des "Scheiterns" und des "Verrat" des Sozialismus

Wir halten es für notwendig, das Feld von einigen der am weitesten verbreiteten Paradigmen zu räumen, sowohl in der "linken" Debatte als auch im breiteren öffentlichen Diskurs, die völlig nutzlos, ungenau und für einen Reifungs- und Entwicklungsprozess wenig hilfreich erscheinen.

Der erste ist der des angeblichen "Scheiterns" des Kommunismus. Hinter der vorgetäuschten Objektivität derjenigen, die die Niederlage des ehemaligen sozialistischen Lagers in Osteuropa und die Restauration des Kapitalismus in diesen Ländern am Ende des 20. Jahrhunderts mit der Kategorie des "Scheiterns" lesen wollen, verbirgt sich eine nicht unbedeutende ideologische Operation: Sie wollen die Unmöglichkeit bekräftigen, den Kapitalismus in Frage zu stellen und durch ein neues System der sozialen Beziehungen zu ersetzen. Das Paradigma des "Scheiterns" hat keinen wirklichen Interpretationswert, sondern eine enorme politische Funktion; es trägt nicht dazu bei, die Gründe für die Niederlage der Vergangenheit zu erklären, sondern dient dazu, jedes auf die Zukunft ausgerichtete Projekt von vornherein zu verpfänden. Es ist kein Zufall, dass die Rhetorik des "Scheiterns des Kommunismus" jahrelang als Knüppel nicht nur von der Rechten, sondern auch und vor allem in der Debatte auf der Linken von denjenigen benutzt wurde, die die Rückverwandlung der PCI und der Kommunisten in eine Verwaltungs- und Regierungstruppe des Kapitalismus unterstützten und dann auch durchführten, weil "nichts anderes zu machen ist".

Die Kategorie des Scheiterns ist umso schädlicher, als sie dem kollektiven Bewusstsein die Vorstellung entzieht, dass es einen harten Kampf zwischen den sozialen Klassen gibt (und im 20. Jahrhundert gab), bei dem heute offensichtlich die "Reichen" als Sieger gegen die "Armen" dastehen, der aber dennoch ein Kampf bleibt, der aus Vorstößen und Rückzügen, Momenten des Stillstands, Siegen und Niederlagen besteht, wie der, mit dem wir uns heute befassen. Stattdessen wird unter dem Vorwand der Objektivität der Klassenkampf zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten aus dem historischen Bewusstsein gestrichen und die Bilanz des 20. Jahrhunderts auf eine Reihe von Experimenten im Reagenzglas reduziert, von denen einige scheiterten und eines erfolgreich war: bürgerliche "Demokratie" in Verbindung mit dem kapitalistischen Markt. Das uns vertraute Narrativ, dass die "Demokratie" aus der Konfrontation mit dem kommunistischen und nazi-faschistischen "Totalitarismus" siegreich hervorging, hat mit der Realität nur wenig zu tun. Nicht nur mit der historischen Realität, sondern auch mit der Entwicklung des modernen, klassenbasierten Konzepts der Demokratie selbst.

Der Kommunismus und die Arbeiterbewegung haben ein solches Gewicht, dass sie die Realität der kapitalistischen Gesellschaften und die Errungenschaften der Grundrechte, die wir heute als solche betrachten, stark beeinflusst haben unveräußerlich. Es wird allzu oft vergessen, dass der frühe liberale Staat, d. h. der Staat, den die Kapitalisten nach der Abschaffung des Feudalsystems für ihre eigenen Interessen schaffen konnten, zunächst etwas ganz anderes war als das, was man heute mit gesundem Menschenverstand "Demokratie" nennt. Es war ein ultra-elitärer Staat, maßgeschneidert für die Bosse, der die große Mehrheit der Menschen, über die er Macht ausübte, offen von den Bürgerrechten ausschloss: die arbeitende Bevölkerung unterhalb einer bestimmten Zählungs-/Einkommensgrenze, alle Frauen, die unterdrückten Völker in den Kolonien und manchmal sogar im "Heimatland", wie im Fall der Afroamerikaner.

Ohne die Arbeiterbewegung und ohne den historischen Prozess, der mit der Oktoberrevolution auf globaler Ebene begann, hätte es keine allgemeine MaSchile und kein Frauenwahlrecht, keinen so genannten "Wohlfahrtsstaat", keinen Emanzipationsprozess der Frauen in der ganzen Welt, keine

Befreiung von der Kolonialherrschaft mit der Ausweitung der Bürgerrechte auf Millionen von Menschen gegeben. Während die vorherrschende ideologische Konstruktion in fiktionaler Form vom angeblich unaufhaltsamen Vormarsch der Demokratie erzählt, die sich gegen "Totalitarismen" zur Wehr setzt und schließlich mit dem Scheitern des Kommunismus siegreich hervorgeht, legt die historische Realität etwas ganz anderes nahe: Ohne den Kommunismus als internationalen historischen Akteur des 20. Dieser Prozess von epochalem Ausmaß lässt sich natürlich nicht mit der Kategorie des Scheiterns erklären, die ihn nicht nur nicht erklärt, sondern geradezu verschleiert. Das zweite Paradigma, von dem wir es für notwendig halten, den Boden der historischen Bestandsaufnahme zu räumen, ist das des "Verrats" an der ursprünglichen kommunistischen Idee bei dem Versuch, sie anzuwenden. Das zweite Paradigma ist häufig eine komplexere Version des ersten Paradigmas und tritt in mehreren Varianten auf, die einige grundlegende Elemente miteinander teilen. Allen Varianten, die unter dieses Dachparadigma fallen, ist ein gewisser Grad an parareligiöser "Kanonisierung" des klassischen marxistischen Denkens gemeinsam.

Die "mildere" und am weitesten verbreitete Variante, die komplexere Theorien in eine populäre und popularisierte Form übersetzt, ist diejenige, die das Problem mit Behauptungen wie "das war nicht der wahre Kommunismus" vereinfacht ausräumt. Die berühmte Aussage von Karl Marx, dass der Kommunismus kein abstraktes Ideal ist, das auf die Realität angewandt werden soll, sondern eine reale Bewegung, die den gegenwärtigen Zustand abschafft, ist sehr nützlich, um unmittelbar auf diese Art von Einwand zu reagieren, der als Verrat eines utopischen Ideals in dem Moment verstanden wird, in dem der Versuch unternommen wurde, es auf die Realität anzuwenden.

Die ausgefeilteren Varianten sind mehr oder weniger starke Umarbeitungen der "Theorie der schiefen Ebene", nach der, wenn man anfängt, nach unten zu rollen, der Abstieg unaufhaltsam ist und man erst am Ende stehen bleibt. Dieses Schema erfasst sicherlich einen realen und beobachtbaren Aspekt d e r historischen Entwicklung des Opportunismus innerhalb der kommunistischen Parteien, aber es ist von geringem Nutzen, wenn nicht sogar verhängnisvoll, wenn

man vorschlägt, es zu benutzen, um eine vollständige historische Bilanz zu ziehen. Dies, weil es unweigerlich dazu führt, dass die Überlegungen auf der Suche nach einzelnen Momenten des Bruchs verflachen, dem Moment, in dem sich der "Verrat" vollendet, verstanden als moralische Kategorie noch mehr als eine politische.

Die Methode der Suche nach dem Moment des Verrats, die wir als wenig oder gar nicht interessant erachten, wenn man sie so versteht, vereint in Italien alle Identitäts- und "Gruppen"-Konstruktionen, die sich im Bruch mit den opportunistischen Positionen der PCI in den 1970er Jahren entwickelt haben. Dies gilt sowohl für die der so genannten "M-L"-Matrix als auch für die der "Linken" (Trotzkismus, Bordighismus usw.), die sich in Bezug auf die kämpferische Praxis und die organisatorische Konzeption oft weitgehend überlagern, auch wenn sie sich in Bezug auf die Bestimmung des genauen Zeitpunkts des Verrats voneinander unterscheiden.

Wir leugnen nicht die Tatsache an sich, dass es Wendepunkte gibt. Dies zu verstehen, ist Teil einer korrekten dialektischen Geschichtsauffassung. Marx schrieb zu Recht, dass "zwanzig Jahre für einen Tag in den großen stOrischen Entwicklungen zählen, aber es kann Tage geben, die zwanzig Jahre in sich selbst konzentrieren". Kongress der PCUS, die "Salerno-Wende" der PCI, der 7. Kongress der Internationale waren zweifelsohne entscheidende Momente, die als solche verstanden und in ihrer Komplexität untersucht werden müssen. Was wir kritisieren, sind die Lesarten, die diesen oder jenen Wendepunkt mit einer Art Erbsünde metaphysischer Natur gleichsetzen, während das Verständnis der materiellen Gründe, warum die historische Entwicklung der kommunistischen Parteien und der sozialistischen Länder in die eine und nicht in die andere Richtung ging, in den

Hintergrund tritt.

Ohne den Anspruch zu erheben, die Debatte zu diesem Thema abzuschließen, möchten wir einen Vorschlag für einen "gemeinsamen" historischen Rückblick unterbreiten, der sich auf drei grundlegende Punkte stützt:

- die Verteidigung der Geschichte der italienischen und internationalen kommunistischen Bewegung, der Sowjetunion und der Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus im 20. Jahrhundert;
- eine kritische Bewertung dieser historischen Erfahrung, die sich nicht auf die sterile Formulierung positiver oder negativer Urteile über bestimmte historische Abschnitte oder einzelne Persönlichkeiten beschränkt, sondern darauf abzielt, die Gründe für die Niederlage zu verstehen und daraus die notwendigen Lehren zu ziehen, um dem Klassenkampf im 21. Jahrhundert;
- die Zusammenfassung dieser beiden Momente im Konzept eines historischen Reife- und Lernprozesses der Arbeiterklasse als politischer Akteur, der im 19. Jahrhundert begann und sich noch immer entwickelt.

Allen diesen Konzepten liegt notwendigerweise ein Gefühl der Klassenzugehörigkeit zugrunde. Für uns ist die Verteidigung der Geschichte des Kommunismus die Verteidigung eines "roten Fadens", der sich durch die letzten Jahrhunderte auf dem Weg der Arbeiterklasse zu ihrer Befreiung zieht.

c. Die kritische Bilanz dient dazu, Lehren zu ziehen für die revolutionäre Perspektive

Die politische Aktion der Arbeiterbewegung, die mit der Gründung der ersten Gewerkschaften vor zwei Jahrhunderten begann, führte zur Pariser Kommune, zu den Arbeiterparteien, zur Oktoberrevolution und zu Aufständen in ganz Europa sowie zur Sowjetunion als erstem Arbeiterstaat der Menschheitsgeschichte. Indem die Arbeiterklasse in Russland die Macht eroberte und sich als fähig erwies, sie zu verteidigen, d. h. dort zu siegen, wo die Pariser Kommune besiegt worden war, baute sie, organisiert und geführt von ihrer Avantgardepartei, eine völlig neue Gesellschaft und einen völlig neuen Staat auf, führte einen beispiellosen Kampf für den Fortschritt und die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und erreichte dabei für ihre Zeit beispiellose Errungenschaften wie die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und Analphabetismus.

Die Sowjetunion war zusammen mit der von Lenin gegründeten Kommunistischen Internationale jahrzehntelang ein Antriebszentrum der weltrevolutionären Bewegung, Heimat und sicherer Hafen für fortschrittliche und revolutionäre Kämpfer aus aller Welt. Das sozialistische System, das in den Jahren der politischen Führung Stalins auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln und der zentralisierten Planung der Wirtschaft unter der Kontrolle der Arbeiter durch die Sowjets und ihre Kontrollorgane aufgebaut wurde, führte in relativ kurzer Zeit zur Etablierung der UdSSR als zweite Weltmacht. Sie leistete einen enormen Beitrag zur Emanzipation der Frauen, indem sie unermüdlich für die Beseitigung der Ungleichheit zwischen Männern und Frauen in der sozialistischen Gesellschaft kämpfte und als erstes Land in der Geschichte die Abtreibung und als eines der ersten die Scheidung anerkannte. Sie gab den wichtigsten Anstoß zum Kampf für die Befreiung der durch das Kolonialsystem unterdrückten Völker und zur Niederschlagung des Nazifaschismus. Um die UdSSR herum entstand ein System sozialistischer

Länder, das mehr als ein Viertel der Welt der direkten Herrschaft des Großkapitals entzog. Auf die UdSSR blickten die Arbeiter und Unterdrückten der ganzen Welt voller Hoffnung.

Die herrschende Arbeiterklasse stellte unter den Bedingungen der Einkreisung, des wirtschaftlichen und militärischen Drucks offen die Vorrangstellung des Kapitalismus in allen Bereichen der Produktion, des sozialen Lebens und des Fortschritts in Frage. Die Kapitalisten in aller Welt zitterten vor der Herausforderung, die die UdSSR, das Land der Arbeiter, für ihre Macht darstellte.

Dieser Geschichte fühlen wir uns zugehörig. Wir verteidigen sie, weil sie in erster Linie unsere Geschichte ist: Es ist die Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse und der Unterdrückten für ihre Emanzipation. Die Oktoberrevolution, die Sowjetunion und alles, was aus ihr hervorgegangen ist, sind ein integraler und unerschütterlicher Teil von ihr.

Wenn man sich darauf einlässt, dann ist die Kritik, verstanden als kritische Auseinandersetzung mit unserer Geschichte, das unverzichtbare Instrument, um sie zu verwirklichen und in ihrer Gesamtheit zu respektieren. Es ist ein Prinzip, das wir in den letzten Jahren in den engen Debatten, die im kommunistischen Bereich geführt wurden, gegenüber denjenigen verteidigt haben, die umgekehrt glauben, dass jede kritische Bewertung an sich ein Mangel an Respekt für die Geschichte des Kommunismus und der PCI ist. Wir halten es für grundlegend, zu wiederholen, dass die Methode der kritischen Aufarbeitung nicht darin besteht, nach den Verantwortlichen für Fehler und - genau - "Verrat" zu suchen, um sie mit Anathema und "Exkommunikation" zu überziehen, als wäre es ein Familienfotoalbum. Vielmehr geht es darum, nützliche Lehren aus der historischen Erfahrung zu ziehen. Wenn dieser Grundsatz klar ist, ist es beispielsweise möglich, eine kritische Bilanz der Erfahrungen der "neuen Partei" im Stile Togliattis zu ziehen, wie wir es heute für notwendig halten, ohne dass dies in die Logik der "Verwerfung" oder in oberflächliche Urteile mündet, die den historischen, politischen und sozialen Kontext, in dem bestimmte Entscheidungen gereift sind, außer Acht lassen.

In dieser Methode der kritischen Analyse der Geschichte ist kein Platz für die Tabus und Formalismen der eigenen politischen Tradition, wenn diese verhindern, dass man zum Kern der Sache vordringt. Seit Jahren werden wir, wenn auch von verschiedenen Seiten, gleichzeitig des "Stalinismus" und des "Trotzkismus" bezichtigt, fast immer wegen unserer Bewertungen der Geschichte. Das ist eben das Ergebnis eines formalistischen Kriteriums, das heute ausgedient hat. Es ist kein Widerspruch, wenn man z.B. die Erfahrungen des Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR in den 20er und 30er Jahren unter Stalins politischer Führung grundsätzlich positiv bewertet und gleichzeitig eine kritische Bilanz der Erfahrungen der Kongresse der Kommunistischen Internationale und ihrer Auflösung oder des Prozesses der Formalisierung der sowjetischen Verfassung von 1936, der Linie der Volksfronten, der allgemeineren Probleme der sozialistischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts im Lichte ihrer historischen Niederlage. Dies erscheint nur denjenigen widersprüchlich, die heute die historischen Spaltungen innerhalb der kommunistischen Bewegung instrumentalisieren und in völlig karikierter Form wiedergeben wollen.

Anstatt die Geschichte des Kommunismus in eine ununterbrochene Abfolge von "Verrat" zu verwandeln, ist es weitaus produktiver zu verstehen, dass die Reifung der politischen Erfahrung der Arbeiterklasse ein historischer Lernprozess ist, der auf der Grundlage von Versuch und Irrtum stattfindet, von Versuchen, die Realität zu verändern, die dann, gemessen an den Ambitionen der großen revolutionären Prozesse, unter den Bedingungen, die zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt materiell gegeben sind, in die Tat umgesetzt werden - und die daher im Nachhinein nicht einfach mit abschätzigen Urteilen abgetan werden können, ohne dass man sich bemüht, die Gründe zu verstehen - für Erfolge und Misserfolge, für Siege und Niederlagen.

Die Kommunisten müssen all diese Erfahrungen schätzen und sie zur Stärkung ihrer politischen Theorie und Praxis nutzen. In diesem Sinne denken wir, dass eine der Aufgaben und theoretischen Ziele einer kommunistischen Partei darin bestehen sollte, eine historische Analyse und Bilanz zu vertiefen und zu formalisieren, beginnend mit einer Entschließungsbilanz über die historischen Erfahrungen des gesellschaftlichen Aufbaus der UdSSR und der proletarischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts, die die Grundlage für eine gemeinsame historische Vision bilden würde, um der bürgerlichen Ideologie entgegenzutreten und die notwendigen politischen Schlussfolgerungen für den heutigen Kampf zu ziehen.

Auf der Grundlage dieser Orientierung wird es dann notwendig sein, das Studium aller Themen zu vertiefen, die für die Verfeinerung einer modernen revolutionären Strategie und die umfassende Reaktion auf die antikommunistische Propaganda wesentlich sind. Viele dieser Themen sind noch wenig erforscht: die Erfahrungen der Komintern, die Probleme des Übergangs zum Sozialismus in Osteuropa mit dem Aufbau des COMECON und des Warschauer Paktes, die Spaltung der kommunistischen Bewegung zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China, die Strategie der Volksfront und der antiimperialistischen Fronten usw.

Heute, da der mit der Oktoberrevolution begonnene Prozess der großen politischen und sozialen Umwälzungen zu einer vorübergehenden, aber folgeschweren Niederlage geführt hat, zielen alle Waffen des Kapitals darauf ab, diese Geschichte als eine Abfolge unaussprechlicher Schrecken zu verurteilen, um sicherzustellen, dass die Bedrohung durch den Kommunismus - jedenfalls für sie - nie wieder in der Arena der Geschichte erscheint. Die Waffen der Propaganda und der Konsensbildung verwenden enorme Energie darauf, in den Arbeitern und Völkern die Überzeugung zu wecken, dass der Kampf aussichtslos ist, dass keine Alternative zum Kapitalismus und zur bürgerlichen Macht zu etwas Gutem führen kann. Die Vorstellung, dass die Arbeiter die Kapitalisten an der Spitze der menschlichen Gesellschaft ersetzen können, muss aus dem Bewusstsein der Völker der Welt entfernt werden.

Diesem Versuch muss heute mit einer Welt- und Geschichtsauffassung begegnet werden, die, ohne zu verkennen, was zu kritisieren und sogar zu verurteilen ist, eine Hypothese der Veränderung der Realität offen hält und es den Kommunisten ermöglicht, erhobenen Hauptes zu gehen.

d. Zur Geschichte der PCI und des italienischen Kommunismus

Die Partito Comunista Italiano war eine große Partei. "Ein 'sauberes Land in einem schmutzigen Land', um Pasolinis Worte zu zitieren, war die PCI eine Realität von Millionen von Männern und Frauen, die die besten Seiten der Geschichte Italiens und des Kampfes der Arbeiterklasse unseres Landes geschrieben haben; eine Partei, die den Partisanenkampf für die Befreiung vom Nazifaschismus anführte und sich später als die größte und einflussreichste kommunistische Partei der westlichen Welt etablierte.

Dreißig Jahre nach der Auflösung der PCI, nachdem die Funktion der Führungsgruppen, die aus dieser Geschichte hervorgegangen sind, zunehmend erschöpft ist, erleben wir neue und schamlose Versuche, die Geschichte und die Rolle der PCI zu revidieren, zu verzerren und zu kriminalisieren, sowohl von rechts als auch von "links". Gegen diese Versuche ist es notwendig, ohne zu zögern Partei zu ergreifen und die Verantwortung zu übernehmen, die Geschichte der PCI gegen jeden

Angriff der Widersacher der Arbeiterklasse zu verteidigen.

Dies vorausgeschickt, bekräftigen wir, dass der beste Weg, die Geschichte der PCI zu würdigen und zu verteidigen, darin besteht, sie zu analysieren, um eine ehrliche Bilanz zu ziehen, die Fehler und Entscheidungen, die zu den Rückschlägen und Niederlagen geführt haben, offen zu kritisieren und Schlussfolgerungen zu ziehen, die für den Kampf unserer Zeit nützlich sind.

Andererseits ist es falsch zu glauben, dass die kritische Bewertung der Geschichte des italienischen Kommunismus durch nostalgische und parareligiöse Verehrung ersetzt werden kann, oder dass der kommunistische Wiederaufbau in Italien als "Wiederaufbau der PCI von Gramsci, Togliatti, Longo und Berlinguer" dargestellt werden kann, wobei man vorgibt, nicht zu wissen, dass diese Namen sehr unterschiedlichen und sogar widersprüchlichen Phasen der politischen Strategie einer Partei entsprechen, die dann, gerade als Folge des eingeschlagenen Weges, Occhetto, D'Alema und Napolitano hervorgebracht hat.

Wenn die Kategorie des Verrats nicht hilfreich ist, um die Gründe für die Konterrevolution in der UdSSR zu erklären, so ist sie auch nicht hilfreich, um zu erklären, wie die Partei von Gramsci und der Partisanenkampf einige der loyalsten Verwalter des italienischen Kapitalismus hervorbringen konnten, von Massimo D'Alema, dem Regierungschef, der sich an der imperialistischen Aggression gegen Jugoslawien beteiligte, bis hin zu Giorgio Napolitano, dem Garanten für die Loyalität Italiens gegenüber der NATO und der EU und sogar dem Präsidenten der italienischen Republik.

Der erste entscheidende theoretische Knotenpunkt, zu dem heute eine kritische historische Bewertung erforderlich ist, ist der "italienische Weg des Sozialismus". Historisch gesehen entspricht er dem Zeitfenster zwischen dem "Wendepunkt von Salerno" 1943 und der vollendeten Theoretisierung des italienischen Weges zum Sozialismus auf dem 8. PCI-Kongress 1956. In diesen Jahren wurde die Akzeptanz des parlamentarischen und institutionellen Horizonts als einzige oder wichtigste Kampffront der Kommunisten durch die PCI immer mehr abgenutzt und eine revolutionäre Perspektive wurde aufgegeben.

Wir wissen, dass es sehr leicht ist, im Nachhinein politische Vorwürfe zu erheben, eine Methode, von der wir uns fernhalten möchten. Wir sind davon überzeugt, dass eine historische Bestandsaufnahme nicht nur bedeutet, die Endergebnisse eines politischen Prozesses festzuhalten, sondern auch zu verstehen, wie dieser Prozess entstanden ist. In den Jahren des Partisanenkampfes - der gleichzeitig ein nationaler Befreiungskrieg, ein demokratischer antifaschistischer Krieg und ein Klassenbürgerkrieg war - machte es durchaus Sinn zu versuchen, die Bestrebungen der Demokratie und des Fortschritts mit denen der sozialen Emanzipation zu verbinden, als gemeinsame Teile eines einzigen Kampfes breiter Teile des italienischen Volkes, an dessen Spitze die Kommunisten standen. Eugenio Curiel theoretisiert in diesem Sinne die "fortschrittliche Demokratie" als einen Prozess, der mit der Beteiligung der breiten Massen am politischen Leben eines befreiten Italiens verbunden ist, Togliatti bekräftigt die Notwendigkeit, "das nationale Problem in den Mittelpunkt der Politik der Arbeiterklasse zu stellen, deren Interessen mit denen der großen Mehrheit des italienischen Volkes identifiziert werden", gemäß der Logik des Hissens der Fahnen, die die Bourgeoisie fallen lässt.

In der Linken war es immer eine umstrittene Frage, ob die "Wende von Salerno" und die Politik der nationalen Einheit, die von der PCI angenommen wurde, damals ein richtiger taktischer Zug war, oder ob es Bedingungen für einen Aufstand in Italien gab, eine Frage, die die PCI immer verneint hat, indem sie einen regelrechten "negativen Mythos" auf der Erfahrung des DSE-Aufstandes in Griechenland aufbaute.

Was jedoch ein taktischer Wendepunkt hätte sein sollen, entpuppte sich als strategischer Wendepunkt. Die PCI verzichtete auf die Existenz des CLN als Faktor des Machtdualismus, akzeptierte die Demobilisierung der Partisanenarmee und führte in ihren eigenen Reihen eine Kampagne zur Absetzung und Entfernung der aus dem Partisanenkampf hervorgegangenen Führer. Die fortschrittliche Demokratie verwandelte sich in die uneingeschränkte Akzeptanz der bürgerlichen Demokratie und in die Vorstellung, dass man mit der vollständigen Umsetzung der republikanischen Verfassung von 1948 und ihrer fortschrittlicheren Inhalte schrittweise zum Sozialismus gelangen könne; die Einheit des italienischen Volkes um die Arbeiterklasse durch die Politik der nationalen Einheit wurde in die Forderung umgekehrt, dass die Arbeiterklasse die Sache der nationalen Einheit als ihren eigenen Aktionsrahmen akzeptiert, auf den Klassenkampf und die Aussicht auf politische Macht verzichtet und die Anstrengungen für den Wiederaufbau nach dem Krieg und die Steigerung der Produktivität akzeptiert. Die Situation wurde durch Pietro Secchias Satz "Zwischen dem Aufstand und dem Nichtstun liegt ein weiter Weg" gut beschrieben. Auf dieser schiefen Ebene entwickelte sich die PCI im Laufe der Jahre immer mehr zu einer institutionellen Partei, bis ihre Überreste nach ihrer Liquidierung zu einer der Säulen des kapitalistischen Italiens wurden.

Entgegen der in der bürgerlichen Geschichtsschreibung und einigen "linken" Lesarten verbreiteten Vulgata, wonach diese strategische Wende von der Sowjetunion gewollt war, ist bekannt, dass die PCUS diese Strategie und das übermäßige Vertrauen der PCI in den Parlamentarismus und die Institutionen wiederholt kritisiert hat, bis hin zu Stalins Versuch, Togliatti an die Spitze des Kominform zu "befördern", um eine andere Ausrichtung der PCI in Italien zu begünstigen.

Andererseits stimmt es, dass 1956 die Theorie des "italienischen Weges zum Sozialismus" auf dem 8. PCI-Kongress mit Zustimmung der PCUS aufgestellt wurde. Die neue Führung unter Nikita Chruschtschow hatte auf dem 20. Parteitag der Sowjetunion nicht nur den so genannten "Entstalinisierungsprozess" eingeleitet, sondern auch die Theorie der friedlichen Koexistenz zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern ausgearbeitet, mit der die Möglichkeit einer "friedlichen Koexistenz" zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern geschaffen wurde. - Die Theorie der friedlichen Koexistenz, die durch die historische Erfahrung des Sieges der sozialistischen Revolution in einem einzigen Land und dann in einer Gruppe von Ländern selbst unter den Bedingungen der kapitalistischen Einkreisung bestätigt wurde, wurde bis zur Akzeptanz der bestehenden internationalen Machtverhältnisse verzerrt; mit anderen Worten, die Theorie der friedlichen Koexistenz sanktionierte den Verzicht auf die volle Förderung des Kampfes der Klasse in den kapitalistischen Ländern und der Weltrevolution. In diesem Zusammenhang legitimierte die sowjetische Parteiführung die Idee der verschiedenen möglichen Wege zum Sozialismus, einschließlich der "friedlichen", auf der Grundlage der nationalen Besonderheiten eines jeden Landes, indem sie eine schrittweise und parlamentarische Konzeption zuließ und die Frage des gewaltsamen Umsturzes des bürgerlichen Staates ausklammerte.

Dieses Konzept hat sich mit wenigen Änderungen und Ergänzungen bis in die Gegenwart erhalten und ist in der internationalen kommunistischen Bewegung heute sehr lebendig. Die Kritik an der Idee der "nationalen Wege zum Sozialismus" wird oft vulgär als Leugnung der nationalen Besonderheiten der einzelnen Länder karikiert. Wir sind der Meinung, dass die Frage im Gegenteil genau umgekehrt gestellt werden muss: Die Herausforderung für die Kommunisten in jedem Land besteht darin, die revolutionäre Strategie unter den spezifischen Bedingungen des eigenen Landes zu entwickeln, was sicherlich etwas ganz anderes ist, als den Vorrang der allgemeinen Gesetze vor den besonderen Aspekten zu leugnen und sich auf nationale Besonderheiten zu berufen, um das Festhalten an einer sozialdemokratischen und versöhnlichen politischen Linie zu rechtfertigen. Es

ist kein Zufall, dass die Vorstellung von nationalen Wegen zum Sozialismus heute von denjenigen Parteien vertreten wird, die am ehesten bereit sind, sich an der Verwaltung des Kapitalismus und der Regierung ihres Landes zu beteiligen. Die Folgen sind für alle sichtbar.

Eine Weiterentwicklung dieses Konzepts, die jedoch aufgrund ihrer Besonderheit besondere Erwähnung verdient, war in Italien die Theorie des Eurokommunismus, die von der PCI in den Jahren des Sekretariats von Enrico Berlinguer zusammen mit der französischen PCF und der spanischen PCE (deren Sekretär Santiago Carrillo der Haupttheoretiker dieser Tendenz war) gefördert wurde und der sich andere Parteien in Europa und Lateinamerika und sogar die Kommunistische Partei Japans anschlossen.

Die Kritik am Eurokommunismus in Italien muss Schwierigkeiten überwinden, die auf der Linken keineswegs gleichgültig sind, denn sie muss sich notwendigerweise mit der tiefen menschlichen und moralischen Achtung auseinandersetzen, die es für die Figur des Enrico Berlinguer gab - und gibt. Millionen von kommunistischen Aktivisten in Italien ließen sich in jenen Jahren von einer Theorie verführen, die die Suche nach einem "neuen" Sozialismus versprach und die sogar behauptete - wie Santiago Carrillo in seinem Buch "L'eurocomunismo e lo Stato" -, dass es an der Zeit sei, dass die kommunistischen Parteien der fortgeschrittensten kapitalistischen Länder die Führung in der kommunistischen Bewegung übernehmen und die "Anomalie" überwinden, die den Sieg der sozialistischen Revolution in einem rückständigen Land wie Russland mit all seinen Beschränkungen gesehen hatte. So "suggestiv" die Rhetorik auch war, mit der die "betörenden" Absichten präsentiert wurden - auch weil sie auf der Ebene des ideologischen Kampfes nachgaben -, so muss diese Strategie heute auch an ihren Ergebnissen gemessen werden.

Die Proklamationen über den "Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft mit dem Beitrag verschiedener politischer Kräfte, Organisationen und Parteien" mit der schrittweisen Einführung von "Elementen des Sozialismus", über die Möglichkeit für die Arbeiterklasse, "ihre historische Funktion in einem pluralistischen und demokratischen System zu bekräftigen", sowie die Idee der NATO als "Schutzschirm", um den italienischen Weg zum Sozialismus zu garantieren, führten dazu, dass die PCI den Kapitalismus als den einzig möglichen Horizont und das Vorzimmer zu ihrer Selbstauflösung als kommunistische Partei vollständig akzeptierte. Außerdem wäre es nicht schwer gewesen, das mögliche Ergebnis theoretischer Prämissen von solchem "Gewicht" vorherzusagen.

In den Jahren des Eurokommunismus und des Berlinguer-Sekretariats akzeptierte die PCI, die 1957 als einzige Partei gegen die Ratifizierung der Römischen Verträge zur Gründung der EWG gestimmt hatte, ihre Beteiligung am Aufbau dessen, was später die Europäische Union werden sollte. Es ist kein Zufall, dass der Eurokommunismus heute ein Bezugspunkt sowohl für die linke Mitte als auch für jene Kräfte ist, die sich auf die europäische Linke berufen und die Möglichkeit einer Reform der EU zugunsten der Völker predigen.

Auch in jenen Jahren sagte sich die eurokommunistische Führung der PCI ausdrücklich vom Marxismus-Leninismus und der betrieblichen Zellenorganisation los; diese Führung reagierte auf den reaktionären Staatsstreich in Chile, indem sie nicht die richtigen Schlussfolgerungen über die Grenzen der bürgerlichen Demokratie und den Irrtum der Theorie der "Eroberung des Staates" zog, wonach der bürgerliche Staat reformierbar sei, wenn er von "fortschrittlichen und demokratischen" Mehrheiten regiert würde. Im Gegenteil, Berlinguer schlug den "historischen Kompromiss" mit der DC vor und führte die PCI zu der katastrophalen Erfahrung der externen Unterstützung für die Regierung der "nationalen Solidarität" und der Umsetzung der "Sparpolitik" in den 70er Jahren. In diesen Jahren wurde die herrschende Klasse gewählt, die die PCI auf der Bologna auflöste und die PDS hervorbrachte.

Man versuchte zu leugnen, dass der eingeschlagene Weg in Wirklichkeit bereits die Sozialdemokratie war, wie sogar von Journalisten und Kommentatoren außerhalb der Partei und der Linken berichtet wurde. Man sprach weiterhin von einer demokratischen "Alternative", aber es war bereits alles vorbereitet, um aus dieser Kraft die Partei der Mitte-Rechts-Allianz zu machen. Die historische Konstellation von 1989-91 bot dafür "nur" einen fruchtbaren Boden. Wenn man diesen Prozess nicht versteht und den Bolognina auf einen großen Verrat reduziert, beraubt man sich der Antikörper, die notwendig sind, um heute voranzukommen, ohne in bereits gemachte Fehler zurückzufallen.

Eine echte Bilanz der Geschichte des italienischen Kommunismus ist nicht vollständig ohne eine Analyse dessen, was links von der PCI als Reaktion auf die Kapitulations- und Mäßigungspolitik ihrer Führer in den Jahren der Arbeiterkämpfe der 1960er bis 1970er Jahre und der Protestbewegungen der neuen Generationen entstanden ist.

Die Komplexität dieser Jahre ist nicht zu unterschätzen, wenn man bedenkt, dass die große politische und jugendliche Bewegung, die eine neue Phase sozialer Kämpfe in Italien begleitete, mit dem internationalen Kontext verflochten war, mit dem Bruch im sozialistischen Lager zwischen China und der UdSSR und dem Einfluss der maoistischen Theorien, den revolutionären Prozessen in Kuba und Vietnam, die zusammen mit den antikolonialen Kämpfen Anziehungskraft und Einfluss auf junge Menschen in der ganzen Welt ausübten und auch konkrete Beispiele für bewaffnete Kämpfe lieferten, die in der Lage waren, den Sieg zu erringen.

Lassen Sie uns versuchen, drei wesentliche Überlegungen zusammenzufassen.

Die erste ist, dass die Entfremdung zwischen der PCI und den neuen Generationen in den 1960er und 1970er Jahren, die Kurzsichtigkeit der PCI, die, abgesehen von ihren Proklamationen, die Jugend- und Studentenbewegung als etwas der Linken Fremdes betrachtete, ohne wirklich den Versuch einer Interaktion zu unternehmen - mit Ausnahme eines Pietro Secchia, der bereits politisch an den Rand gedrängt worden war - das Schicksal dieser Partei stark geprägt hat. Die Absetzung von Luciano Lama an der Sapienza war der traurige Schlusspunkt einer Periode, in der die PCI zunehmend als Partei der "Ordnung" angesehen wurde.

Die zweite notwendige Überlegung ist, dass keine der Organisationen und politischen Tendenzen, die links von der PCI entstanden sind, jemals eine glaubwürdige Alternative zu dem aufgebaut hat, was die PCI repräsentierte. Die operaistischen (ersten) und post-operaistischen (späteren) Gruppen und generell die Kräfte der außerparlamentarischen Linken in ihren verschiedenen Inkarnationen waren die Wiege von Analysen, die sich immer weiter vom Marxismus entfernten, bis hin zur offenen Ablehnung desselben, ohne auch nur den Anschein seiner "Aktualisierung". Alle "M-L"-Gruppen einer eher "ideologischen" Matrix blieben immer von den Massen entfremdet und in einem verzweifelten Sektierertum gefangen, das eine Kritik politisch entfremdete und selbstmarginalisierte, die seinerzeit sogar in den Reihen der PCI und der CGIL, die bis in die 1980er Jahre die Organisationen mit der größten Konzentration der Arbeiterklasse in ganz Westeuropa blieben, auf einen breiten Massenkonsens hätte stoßen können.

Schließlich bestehen heute die Voraussetzungen für eine ehrlichere Bewertung der Erfahrungen des bewaffneten Kampfes, der sich in den 1970er Jahren entwickelte.

Die Organisationen, die in jenen Jahren den Weg des bewaffneten Kampfes wählten, waren NUR Teil der Arbeiterbewegung in Italien. Es ist ein Irrtum zu glauben, dass die Frage des bewaffneten

Kampfes abgetan werden kann, indem man sich auf eine völlige Fremdheit dieser Kräfte zur "Linken" beruft oder, wie es viele getan haben, das Gespenst ihrer Fremdbestimmung durch Elemente des Geheimdienstes heraufbeschwört, mit dem Ziel, eine Regierungsbeteiligung der PCI zu verhindern. Organisationen wie die Brigade Rosse oder Prima Linea entstanden im Rahmen und auf der Welle der großen Volksbewegung der 1960er und 1970er Jahre in den Fabriken und Universitäten. Darin unterschieden sie sich von anderen europäischen Erfahrungen, die von den Massen völlig isoliert waren, wie etwa die RAF in Westdeutschland. Ohne die Spaltungen und sogar die Momente des Gegensatzes und des Zusammenstoßes mit wichtigen Teilen der Arbeiterbewegung zu unterschätzen - zum Beispiel nach der Ermordung von Guido Rossa -, muss diese grundlegende Tatsache immer im Hinterkopf behalten werden.

Wir glauben, dass eine tiefgreifende Kritik an diesen Erfahrungen unvermeidlich und notwendig ist, aber jede Kritik, die nicht von der Anerkennung dieser Realität ausgeht, ist von vornherein fehlerhaft. Wir sind jedoch der Meinung, dass eine romantische Sichtweise, die einzelne Personen und Erfahrungen jener Jahre idealisiert, den Kommunisten ebenso fremd ist wie eine institutionelle und juristische Verurteilung im Namen der "Gewaltlosigkeit". Bei allem Respekt für diejenigen, die in jenen Jahren des Konflikts im Kampf gefallen sind, muss man die Offenheit haben, zu sagen, dass die Entscheidung für den bewaffneten Kampf in den 1970er Jahren ein abenteuerlicher und voluntaristischer Weg war, der auf einer falschen Einschätzung der Entwicklungen jener Jahre beruhte und sich als erfolglos erwies, da er die Ausbreitung eines revolutionären Bewusstseins in der Arbeiterklasse schwächte und nicht stärkte und sogar eine reaktionäre Reaktion erleichterte. Die Idee der "bewaffneten Propaganda", wie die Brigaden selbst ihre Strategie definierten (in dem Bewusstsein, dass sie unter den gegebenen Bedingungen keinesfalls die Machtergreifung anstreben konnten), bezieht sich direkt auf Lenins Kritik am russischen "Terrorismus", gegen die Vorstellung, dass ein Massenaufstand durch das Beispiel und die Aktion einer kleinen Gruppe erzeugt werden könnte. Diejenigen, die in dem in jenen Jahren praktizierten bewaffneten Kampf ein potentiell revolutionäres Ventil sehen wollten, haben die Analyse der Phase krass missinterpretiert, indem sie eine aufsteigende Phase des Klassenkampfes für das hielten, was in Wirklichkeit ein Höhepunkt war, der aber einen unaufhaltsamen Abstieg ausschloss. Einfacher ausgedrückt, sie verwechselten den Sonnenuntergang mit dem Sonnenaufgang. Es handelt sich um ein hartes, aber notwendiges politisches Urteil, das den Respekt vor dem Leben und dem Tod von Menschen nicht aufhebt, die an eine Sache geglaubt haben und die, um einen Ausdruck zu gebrauchen, der damals so viel Aufsehen erregte, Teil des "Familienalbums" des italienischen Kommunismus und seiner historischen Erfahrung sind.

In der Arbeiterbewegung ist es üblich, dass eine opportunistische Wendung bis zu einem gewissen Grad von einer extremen Wendung seitens der Gegner begleitet wird. Im Großen und Ganzen ist dies eine gute Zusammenfassung der Ereignisse nach dem Zweiten Weltkrieg. Aber wie sehr man auch beide Verzerrungen kritisieren mag, im Hinblick auf die heute zu klärende Frage bleibt der Dreh- und Angelpunkt jeder kritischen Bewertung der Erfahrungen der kommunistischen und Arbeiterbewegung in Italien der Verzicht der PCI auf die Perspektive der Machtergreifung. Dies war in erster Linie die Entscheidung, die das Schicksal der Arbeiterklasse in Italien und letztlich die heutige Situation der Rückständigkeit bestimmt hat.

Das Hissen dieser gefallenen Fahne und das Aufbauen auf allen gesammelten historischen Erfahrungen sind die notwendigen Voraussetzungen für einen neuen Vorstoß der Kommunisten in diesem Land.

Teil III

ORGANISATION UND PARTEIFORM

a. Die Partei als die wichtigste Form der Klassenorganisation

Welche Partei soll aufgebaut werden und welche Form soll sie haben? Die Herausforderungen sind vielfältig, aber wir fangen nicht bei Null an. Die historische Erfahrung der Arbeiter- und kommunistischen Bewegung stellt ein wichtiges Erbe dar, das man kennen und studieren muss, um die notwendigen Lehren zu ziehen. Einige der wichtigsten geben uns genau den Prozess vor, der zur Definition der kommunistischen Partei als dem höchsten Punkt der Organisation, den die Arbeiterklasse erreicht hat, führte.

Ein gängiger Slogan lautet heutzutage: Wenn die "klassischen" Formeln nicht funktionieren, muss man experimentieren, "neue Formen" und neue Praktiken finden - eine Rhetorik, die vielen bekannt vorkommen wird. Das Problem mit diesen Theorien liegt meist darin, dass sie in Wirklichkeit dazu neigen, alte Irrtümer und Vorstellungen, die seit mehr als einem Jahrhundert überholt sind, in scheinbar neuen Formen neu zu formulieren. Die soziale Partei auf Gegenseitigkeit, die "denkende Kommune" als Alternative zur nationalen Parteistruktur, die Koalition der Kämpfe - all das sind Varianten von Konzepten, die bereits existierten und mit denen Revolutionäre in der Geschichte des Klassenkampfes der letzten zwei Jahrhunderte bereits konfrontiert wurden - dies ist an sich schon ein Beweis dafür, wie wichtig eine ernsthafte historische Bestandsaufnahme der Arbeiterbewegung ist.

Man kann über die Partei auf viele Arten diskutieren, die alle miteinander verbunden sind. Die erste besteht darin, wie wir es teilweise im ersten Kapitel getan haben, den politischen Charakter - im engeren Sinne - der Partei zu diskutieren, die man aufbauen will: Wahlpartei oder Partei des Klassenkampfes? Reformistische Partei oder revolutionäre Partei? Eine andere Diskussion betrifft die Partei als solche, d.h. die Organisationsform: "schwere" zentralisierte Partei oder fließende, dezentralisierte, "leichte" Partei?

Wie wir wissen, kämpfen wir seit Jahren für den Wiederaufbau einer starken, kämpferischen, revolutionären kommunistischen Partei in Italien, die nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus und der leninistischen Organisation organisiert ist. In den folgenden Abschnitten werden wir die Notwendigkeit des Aufbaus dieser Art von Partei - und nicht einer anderen - anhand einiger grundlegender Fragen, die wir für wichtig halten, darlegen.

b. Klassenbewusstsein und politische Führung

Eine korrekte Konzeption der Partei, ihrer Funktion und des Verhältnisses zwischen Partei und Klasse muss von der Anerkennung einer grundlegenden Tatsache ausgehen: Es gibt unterschiedliche Bewusstseinsstufen innerhalb der Klasse und innerhalb der Arbeiterbewegung, und ein revolutionäres politisches Bewusstsein innerhalb des Proletariats entsteht nicht spontan.

Angesichts der Debatte der letzten Jahrzehnte in der Linken und der Wiederkehr alter Vorstellungen in scheinbar neuem Gewand erscheint uns die Polemik gegen das, was Lenin "die Unterwerfung unter die Spontanität" nannte, tatsächlich grundlegend und aktuell.

Die erste Form des Nachgebens gegenüber der Spontanität ist eine, die die Bedeutung der politischen Führung unterschätzt und das Vertrauen in die Stärke der Massen mit einer Überschätzung der spontanen Bewegung der Massen und ihres politischen Bewusstseins verwechselt.

Die historische Erfahrung der Arbeiterbewegung in allen Ländern hat gezeigt, dass das einzige Bewusstsein, das auf dem Terrain des unmittelbaren und spontanen Kampfes entstehen kann, das gewerkschaftliche Bewusstsein ist, d.h. das Bewusstsein der Notwendigkeit, sich zu organisieren, um gegen die Bosse zu kämpfen, seine Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern usw. Es kann sogar einen notorischen Kampf geben, in dem Sinne, dass es eine reformistische und sozialdemokratische Politik gibt. Aber nur in der Dialektik zwischen der Klasse und einer organisierten Avantgarde kann ein revolutionäres, kommunistisches Bewusstsein wachsen und sich weiterentwickeln, d.h. eines, das die Frage der Umgestaltung der Gesellschaft auf das Terrain des allgemeinen, allumfassenden politischen Kampfes stellt, vor die ganze Gesellschaft.

Eine revolutionäre Avantgarde ist eine solche, wenn sie mit einer revolutionären Theorie ausgestattet ist, wenn sie von einem bedeutenden Teil der Klasse und ihren bewussten und kämpferischsten Elementen tatsächlich als Avantgarde anerkannt wird, wenn sie in der Lage ist, den Klassenkampf zu organisieren, zu leiten und politisch zu führen; wenn sie organisch mit der Klasse verbunden ist, d.h. wenn sie einen Konsens um ihre Interessen herum aufbaut und verwaltet, indem sie sie als die Interessen aller Ausgebeuteten und Unterdrückten verallgemeinert, um die Hegemonie der Klasse zu bestätigen. Proletariats innerhalb des revolutionären sozialen Blocks und innerhalb der Gesellschaft; wenn es ein Teil der Klasse und gleichzeitig ihre fortgeschrittenste Spitze ist; wenn es - wie Gramsci es ausdrückte - einen für das gegnerische Lager unzugänglichen Gipfel darstellt.

Die Aufgabe einer Avantgardepartei gegenüber der Klasse und dem spontanen Kampf besteht gerade darin, eine Rolle der Leitung, der Erziehung und der organisatorischen Unterstützung auszuüben, die niemals zu einem Exekutivkomitee am Ende des spontanen Kampfes herabsinkt.

Eine logische Folge dieser leninistischen Lehre ist, dass, da es keine neutralen und vom Klassenkampf losgelösten Ideen gibt, die Unterwerfung unter die Spontanität immer den Weg für das Eindringen der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologie unter den Arbeitern ebnet, weil dies die einzigen Ideen sind, die sich spontan verbreiten, umso mehr unter den heutigen Bedingungen der überwältigenden Macht des Kapitals und seiner absoluten kulturellen Hegemonie.

Heute erleben wir das Paradoxon, dass in der "Klassenlinken" selbst diese Auffassung von der Rolle der Partei von vielen als überholt angesehen wird, während die Tatsachen und Entwicklungen vor unseren Augen dies jeden Tag in immer größerem Maße bestätigen.

Die Schwächung nicht nur der kommunistischen Parteien, sondern auch der Arbeiterbewegung im

Allgemeinen, hat zum Entstehen von klassenübergreifenden Bewegungen geführt, die mit spezifischen Themen oder Forderungen verbunden sind (von der Umweltfrage bis zu den Bürgerrechten, um nur einige zu nennen), die die Abschottung und Trennung zwischen den einzelnen Kämpfen und dem allgemeinen Kampf gegen das kapitalistische System stark verstärken. In keiner der Bewegungen unserer Zeit ist eine Klassentendenz spontan entstanden, und es könnte auch gar nicht anders sein, ohne das Eingreifen von Kommunisten in diese Zusammenhänge.

Die Entwicklung der Debatte unter Kommunisten geht heute so weit, dass, während man vor einem Jahrhundert die Möglichkeit hatte, darüber zu diskutieren, wie man der bürgerlichen Ideologie innerhalb einer ansonsten klassengebundenen Bewegung wie der Gewerkschaftsbewegung entgegentreten kann, es heute Genossen gibt, die sogar die klassenübergreifende Bewegung der Zivilgesellschaft als "modernes" Surrogat und Ersatz für die Klassenbewegung theoretisieren und nicht als einen gegebenen Kontext, in dem Kommunisten arbeiten sollten, um eine Klassenposition voranzubringen.

Theorien wie Bertinottis "Bewegung der Bewegungen" oder die neuere Theorie der Intersektionalität leugnen offen die Funktion der revolutionären Avantgarde und theoretisieren stattdessen die Notwendigkeit, sich passiv an die von spontanen Bewegungen produzierten Parolen zu halten, mit Theorien, die kaum von der bekannten Rhetorik der "Bürokratie" abweichen, die nach dem Gesetz der Geschichte die Kraft und Vitalität einer Bewegung ersticken wird, die "von unten" entsteht.

Der zentrale Punkt unserer These ist doppelt mit den Überlegungen verbunden, die zu Beginn dieses Dokuments über den Kampf für die Bestätigung des Marxismus in allen Bereichen als Grundpfeiler für den kommunistischen Wiederaufbau angestellt wurden: Der Kampf für die Bestätigung einer revolutionären Theorie kann nur durch die Initiative einer klassenbewussten und organischen politischen Vorhut vorangetrieben werden, durch eine Arbeit, die gerade die der Erziehung und der Orientierung ist. Der Verzicht auf diese Vision bedeutet, in vielen Fällen ihre eigene politische Initiative aufgeben und sich letztlich der Rückständigkeit und Feigheit beugen.

Die Entwicklung, die wir vorschlagen, ist in jeder Hinsicht ein Paradigmenwechsel in der politischen Kultur, die heute in der "radikalen" Linken vorherrscht. Ein wesentlicher Bestandteil dieses qualitativen Sprungs ist die Bekräftigung des grundlegenden Konzepts, wonach der Prototyp des Kommunisten der Volkstribun ist, der in jedem Kontext in der Lage ist, bestimmte Tatsachen und Kämpfe zu verallgemeinern und sie mit dem Kampf für den Sozialismus zu verbinden, und nicht der "ausführende" Kader, der sich einfach an die Spitze - oder schlimmer noch an das Ende - der Organisation eines bestimmten Kampfes für Forderungen stellt, und zwar in einer Art und Weise, die sich nicht von dem unterscheidet, was ein Gewerkschaftsführer tut.

Letzteres ist eine Mahnung, die wir in erster Linie selbst im Auge behalten müssen. Die Erfahrung der FGC selbst wurde von Genossen aufgebaut, die in den Kämpfen der Studentenbewegung rekrutiert wurden und aufgewachsen sind, und genau aus diesem Grund mit einem starken Fokus auf den partikularen und sektoriellen Kampf, der sich nicht spontan in eine Fähigkeit zur allgemeinen politischen Ausrichtung umwandelt, ohne eine ständige Anstrengung der Jugendorganisation - die auch ein Ausbildungsweg ist -, um jeden Kämpfer wirklich in einen Kommunisten oo im eigentlichen Sinne des Wortes zu verwandeln.

c. Über die Parteistruktur

Eine andere Form der "Unterwerfung unter die Spontanität" ist die Kultur der territorialen Kreise. Dies ist ein altes Thema, das in der Arbeiter- und kommunistischen Bewegung diskutiert wird, das mehr Bereiche betrifft, als es auf den ersten Blick scheinen mag, und das heute sehr aktuell ist.

Die derzeitige italienische Situation der Zersplitterung und Spaltung führt, im Vergleich zu einer Handvoll kommunistischer Parteien, die relativ isoliert von den Massen und der Arbeiterbewegung sind, zu einem Mosaik kleiner Organisationen, Gruppen, Kollektive, sozialer Zentren, die sich durch eine große politische und ideologische Heterogenität auszeichnen.

Historisch gesehen entstanden die ersten sozialistischen Organisationen in den europäischen Ländern auf lokaler Ebene, in Form von territorialen Zirkeln, die sich der Diskussion und Propaganda sozialistischer Ideen widmeten. Später entstanden die Arbeiterparteien in den europäischen Ländern, selbst dort, wo sie eine nationale Struktur hatten, im Wesentlichen in Form eines Zusammenschlusses von Dutzenden oder Hunderten von territorialen Vereinen, ohne dass sich diese Art von Struktur wirklich geändert hätte.

Wenn Lenin zu Beginn des 20. Jahrhunderts die deutsche Sozialdemokratie und ihre nationale Struktur als wünschenswertes Organisationsmodell im Vergleich zur russischen Situation darstellte, dann war es nach der Erfahrung der Bolschewiki die konkrete Entwicklung des Klassenkampfes, die Überprüfung der Unzulänglichkeit der sozialistischen Kreise diesen Kampf tatsächlich über die bloße Propaganda hinaus zu führen und die entstehende kommunistische Bewegung über diese Organisationsform hinaus zu bringen. Es wurde deutlich, dass die Form der Parteien, die aus territorialen Kreisen bestehen, viel besser geeignet war - und in der Tat beibehalten wurde - für jene Parteien, die nicht darauf abzielten, den Klassenkampf auf den Sieg der proletarischen Revolution auszurichten, sondern durch Verflachung auf die parlamentarische Perspektive eine Anpassung an das bürgerliche System anstrebten und oft zu einem bloßen Anhängsel ihrer eigenen Abgeordnetengruppe wurden.

Heute ist die "Klassenlinke" in Italien in kleine Parteien und kleine, von den Parteien losgelöste territoriale Kreise aufgeteilt, doch alle wichtigen politischen Optionen in diesem Gebiet weichen nicht von im Wesentlichen föderalen Vorschlägen ab: Parteien, die sich ausdrücklich in territorialen Kreisen organisieren, oder "Bottom-up"-Vorschläge von Zusammenschlüssen oder "nationalen Netzwerken" zwischen den Realitäten der verschiedenen Gebiete.

Als Kommunisten sind wir davon überzeugt, dass die Frage, wenn es um die revolutionäre politische Organisation geht (die Formen der Koordinierung der Arbeiterkämpfe auf der Ebene der gewerkschaftspolitischen Konfrontation sind eine andere), nicht anders gestellt werden kann als mit der Notwendigkeit einer nationalen Kaderpartei, zentralisiert, mit zentralen und peripheren Strukturen, ausgestattet mit Berufsrevolutionären, die auf Kosten der Partei leben, organisiert in Basiszellen in den Betrieben mit einer herausragenden strukturellen Rolle gegenüber den eisernen Sektionen.

Es ist von entscheidender Bedeutung, die Idee einer "schweren" und nicht einer "leichten" Partei zu bekräftigen, im Gegensatz zu dem Trend, der heute in den bürgerlichen politischen Systemen zu beobachten ist. Die Kommunisten brauchen eine Partei mit einer nationalen Organisationsstruktur, einem Zentralkomitee als Organ der politischen Leitung, Garnisonen an den Arbeitsplätzen, im sozialen Leben und im Territorium, einem hohen Grad an ideologischem Zusammenhalt, Parteidisziplin und einer politischen Theorie, die nicht der Jagd nach öffentlicher Kommunikation

durch die Medien untergeordnet ist. Der Prozess der Personalisierung der Politik, der in Italien seit einiger Zeit zu beobachten ist, sowie die damit einhergehende "Amerikanisierung" der Parteien, die sich in bloße Wahlausschüsse verwandeln, die in den Dienst der zu wählenden Kandidaten gestellt werden, ist für Kommunisten unbrauchbar, die eine Partei brauchen, deren einziges Ziel nicht die Maximierung der Effizienz bei der Wahl ihrer Kandidaten ist, sondern vor allem die Organisation des Klassenkampfes und seiner Vorhut.

Eine Partei mit diesen Merkmalen kann ihre Aufgaben im Klassenkampf erfüllen, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Organisationsstruktur einer Partei immer auf der Grundlage strategischer politischer Ziele gewichtet werden muss. Es ist kein Zufall, dass historisch gesehen die Notwendigkeit einer starken zentralen Führung in der Debatte innerhalb der sozialistischen Parteien gerade in den Jahren, in denen die Frage der Revolution konkret gestellt wurde, in den Vordergrund trat.

d. Zum demokratischen Zentralismus

Der Zweite Kongress der Kommunistischen Internationale hielt den demokratischen Zentralismus für so wichtig, dass er in die berühmten "21 Punkte", d.h. die notwendigen Bedingungen für die Aufnahme einer Partei in die Internationale, aufgenommen wurde: "Die Kommunistische Partei kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie möglichst zentral organisiert ist, wenn in ihr eine strenge, an militärische Disziplin grenzende Disziplin herrscht und wenn die Parteizentrale ein autoritäres Machtorgan mit vollen Befugnissen ist und das allgemeine Vertrauen der Parteimitglieder genießt.

Die bürgerlichen Theoretiker und die vielfältigen opportunistischen Theorien haben im Laufe der Jahrzehnte eine blühende Gemeinsamkeit darin gefunden, das Prinzip des demokratischen Zentralismus in den kommunistischen Parteien anzugreifen, indem sie behaupteten, es sei eine despotische und "bürokratische" Form der Organisation ihres internen Lebens.

Auch aus diesem Grund ist die Verteidigung dieses Prinzips und vor allem die Klärung seiner wirklichen Merkmale ein integraler Bestandteil des für die Partei notwendigen ideologischen Kampfes.

Demokratischer Zentralismus bedeutet in erster Linie Einheit: Einheit der Partei bei der Durchführung ihrer politischen Aktionen, gegen die größtmögliche Freiheit der Diskussion, Kritik und Selbstkritik innerhalb der Parteistrukturen.

Die Parteidisziplin ist ein integraler Bestandteil dieser Einheit sowie ein charakteristisches Merkmal eines Kommunisten und eines Elements der Avantgarde. Disziplin bedeutet nicht nur die Unterordnung der peripheren und untergeordneten Organe unter die zentralen und übergeordneten, der Minderheit unter die Mehrheit, sondern auch Selbstdisziplin, d.h. das Bewusstsein, Teil eines kollektiven Prozesses und eines Kollektivs zu sein, vor dem man Verantwortung und Erwartungen hat.

Ein Höchstmaß an interner Diskussion und Demokratie ist die größte Garantie für den demokratischen Zentralismus und sein reibungsloses Funktionieren, da - umgekehrt - gerade dann, wenn eine echte politische Diskussion fehlt, der Boden für die Akzeptanz von Verdrehungen und Verstößen gegen die grundlegendsten Regeln des demokratischen Zentralismus und für die politische Abrechnung geebnet wird. Nur durch die Diskussion kann die kollektive politische

Ausarbeitung der Partei gleichzeitig vorankommen, sich verbessern und von allen Genossen übernommen werden. Ebenso ist es das gute Funktionieren der Kommunikation und des Austauschs zwischen dem Zentrum und der Peripherie in vertikaler Richtung, das es ermöglicht, die Richtigkeit oder Falschheit der eigenen Politik kollektiv zu überprüfen.

Der demokratische Zentralismus ist also eine unverzichtbare, aber nicht einseitige Vertikalität, die sich in der leninistischen Formel "maximale Zentralisierung der Entscheidungen, maximale Dezentralisierung der Verantwortlichkeiten" zusammenfassen lässt: Die Führungsrolle der Exekutivorgane wird nicht durch Autorität ausgeübt oder einfach von oben herabgesetzt, sondern sie speist sich aus der täglichen Debatte im gesamten Organisationskörper, aus der Untersuchungsarbeit in den Territorien, aus der Analysefähigkeit einer Partei, die in engem Kontakt mit der Bezugsklasse lebt.

In der Vorstellung von sozialdemokratischen Parteien und Opportunismus wird das Verbot der Organisation von Fraktionen oft als bürokratische Reglementierung und Komprimierung der internen Debatte missverstanden. Jeder, der Erfahrungen in Parteien gemacht hat, die die Organisation von Fraktionen offen zulassen, kann bezeugen, dass in der Realität genau das Gegenteil der Fall ist. Die Abwesenheit von vorgefertigten Fraktionen ermöglicht es, dass sich die Debatte zwischen allen existierenden Genossen und Tendenzen voll entfalten kann, und zwar in der Sache und bei eventuellen Divergenzen, ohne den - ja, bürokratischen! - der "Auszählung", bei der der dialektische Prozess der Diskussion und der Synthese der Bescheinigung der prozentualen Anteile jedes Dokuments, für das die jeweilige Fraktion en bloc gestimmt hat, in der verheerenden Logik der Verteilung der Sitze in den Führungsgremien und der Parteiressourcen weicht.

Drei weitere Überlegungen halten wir für grundlegend, auch im Lichte unserer Erfahrung und der Geschichte.

Erstens gilt der Grundsatz, dass es verschiedene Bewusstseinsstufen gibt, auch innerhalb der politischen Organisation und ist die Grundlage für die Existenz zentraler Organe und ihre Führungsfunktion in Bezug auf die politische Organisation als Ganzes. Durch die Mechanismen und die Funktionsweise des demokratischen Zentralismus üben das Zentralkomitee und sein Exekutivkomitee (Sekretariat, politisches Büro usw.) ihre politische Führung über einen Teil der Partei aus, der ihnen gegenüber Wertschätzung und Autorität besitzt; die Wachsamkeit und der Kampf gegen den Opportunismus sind auch innerhalb der Partei nur durch eine möglichst breite Diskussion und das Bemühen um die Anhebung des politischen Niveaus aller Genossen möglich. Wie der historische Prozess der Auflösung der PCI gezeigt hat, sind die Undurchlässigkeit der Führungsgruppe für die Ideologie des gegnerischen Lagers, die Wachsamkeit und das ordnungsgemäße Funktionieren der Auswahlmechanismen des Führungsgremiums von grundlegender Bedeutung, um eine Partei vor der Degeneration zu schützen.

Zweitens ist es angebracht, eine Bilanz der Erfahrungen derjenigen in Italien zu ziehen, die andere Organisationsformen versucht haben. Die Dutzenden von Abspaltungen der Rifondazione Comunista sind nicht das Ergebnis des Organisationsmodells an sich, sondern in erster Linie der tiefgreifenden politischen, ideologischen und strategischen Divergenzen, die im Vorfeld bestanden. Und trotzdem lässt sich das schreckliche Schauspiel, das die internen Fraktionen der PRC jahrelang boten, mit den schwelenden internen Debatten über die aktuelle Logik und die Aufteilung der Posten, kaum aus einer Bilanz herausnehmen. Auch die vorgetäuschte "Horizontalität", die seit Jahren Kollektive, Komitees, Kontexte und "Bewegungs"-Versammlungen kennzeichnet, in denen die Praxis der zirkulären Diskussion jeden Diskussionsbeitrag zu einem undeutlichen Diskussionsbeitrag verwässert, der als Deckmantel für einen substanziellen Top-Down-Ansatz und

bereits vorherbestimmte Entscheidungen dient, ist uns sehr vertraut.

Die dritte und letzte Überlegung ist, dass es in jedem Fall, wenn es tiefe politische und strategische Divergenzen gibt, die so weit gehen, dass das Wesen einer kommunistischen Partei in Frage gestellt wird, keinen demokratischen Zentralismus gibt, der das Risiko oder die Unvermeidlichkeit einer Spaltung verhindern kann. Außerdem hat die Kommunistische Internationale selbst als eine der Aufnahmebedingungen den Ausschluss von Reformisten aus der Partei festgelegt. Wenn eine Partei intern zwischen zwei unversöhnlichen politisch-ideologischen Positionen gespalten ist, ist dies in erster Linie eine politische Frage und nicht etwas, das man mit organisatorischen oder disziplinarischen Regeln zu kompensieren. In dieser Situation wird die Einhaltung oder Nichteinhaltung der Regeln des demokratischen Zentralismus in den meisten Fällen höchstens den Zeitpunkt eines unvermeidlichen Bruchs beeinflussen. Das war zum Beispiel bei der Spaltung der PC der Fall, die uns in einen erbitterten internen Kampf verwickelte. Wenn man tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten mit der Verletzung der einzigen Prinzipien kombiniert, die sie zu einem Teil einer gesunden internen Diskussionsdynamik machen könnten, befindet man sich bereits auf einer schiefen Ebene, auf der man nur noch am Ende anhalten kann. Umso wichtiger wird es dann, eine Partei auf der Grundlage einer echten politisch-ideologischen Einheit aufzubauen.

e. Mehr über das Parteimodell

Wir halten es für sinnvoll, einige Lehren aus der historischen Erfahrung der Arbeiterbewegung in Italien im Hinblick auf die Diskussion über das aufzubauende Parteimodell zu vertiefen.

Die Bedeutung dieser Überlegung wird in einem bedeutenden Satz aus Gramscis Thesen auf dem Kongress von Lyon deutlich: "Organisationsprobleme sind politische Probleme". Dieser Grundsatz gilt in einem doppelten Sinne: nicht nur, weil sich die Organisationsprinzipien aus bestimmten politischen Prinzipien ableiten, sondern auch, weil die Art und Weise, wie sich die Partei organisiert und arbeitet, ihre interne Debatte, ihre politische Ausarbeitung und die Herausbildung politischer Positionen, die eher in die eine als in die andere Richtung gehen, stark beeinflusst.

Es ist kein Zufall, dass in der Geschichte der Kommunisten in Italien alle politischen und strategischen Wendepunkte gleichzeitig die Form der Partei, die Art und Weise, wie sie ihr internes Leben und die politische Debatte organisiert, beeinflusst und beeinflusst haben. Im Besonderen:

- Antonio Gramscis Kampf um die "Bolschewisierung" der Kommunistischen Partei Italiens und ihre Umwandlung in eine leninistische "Partei neuen Typs" war auch ein Versuch, das Prinzip der Organisation der Kommunisten auf der Grundlage der Produktion - das heißt auf der Grundlage von Zellen in den Betrieben - und nicht von territorialen Sektionen zu bekräftigen. Zwischen dem 3. Kongress in Lyon, der Basler Konferenz, der "Wende" von 1929 und dem 4. Kongress in Köln ging die Diskussion über die Wende und die Modalitäten des Kampfes gegen den Faschismus mit derjenigen über die Anpassung der Organisation an die Bedingungen des Untergrunds einher.
- Togliattis Strategie des "italienischen Weges zum Sozialismus", die auf dem 8. Kongress der PCI offiziell gemacht wurde, wurde bereits nach der Wende von Salerno von der Theoretisierung der "Neuen Partei" begleitet, einer Formulierung, die auf die bereits von

Lenin verwendete zurückgeht und mit der Palmiro Togliatti tatsächlich eine Massenpartei meinte, die in das politische System des neuen republikanischen Italiens integriert war, was die PCI tatsächlich wurde. Im selben Zeitraum wurde die Ablehnung der fortschreitenden Abkehr von einer revolutionären Perspektive, die Pietro Secchia, der damalige stellvertretende Sekretär und Leiter der Organisation, in der internen Debatte innerhalb der PCI zum Ausdruck brachte, wirkte sich auch auf das Organisationskonzept aus.

- In den Jahren des Sekretariats von Enrico Berlinguer und insbesondere zwischen dem 13. und 14. PCI-Kongress gingen das Festhalten am Eurokommunismus, die offene Abkehr vom Marxismus-Leninismus und die Strategie des "historischen Kompromisses" mit der endgültigen Bejahung der Organisation auf territorialer Basis und der effektiven Zerschlagung der auf Zellen im Betrieb basierenden Struktur einher. Diese organisatorische Wende war ein integraler Bestandteil der ideologischen Entwicklung der PCI und hatte erhebliche Auswirkungen auf die politische Entwicklung dieser Partei und ihren Klassencharakter. Die Geschichte hat gezeigt, wovor Gramsci schon zu seiner Zeit gewarnt hat: Die PCI der letzten Jahre war paradoxerweise - dem Anschein nach - die Partei mit der höchsten Zusammensetzung der Arbeiterklasse unter den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Welt und gleichzeitig die Partei, die am meisten Kader kleinbürgerlicher Herkunft in allen Führungspositionen gefördert hat.
- Nach der Selbstauflösung der PCI fiel der eklektische Charakter der Rifondazione Comunista, der in den Jahren der Führung Bertinottis seinen Höhepunkt erreichte, mit der Bekräftigung des Parteimodells der territorialen Kreise innerhalb einer Partei zusammen, die eine eindeutige Wahlmatrix und ein eindeutiges Wahlziel hatte.

Ähnlich wie bei der Diskussion über die Organisation nach Zellen sind auch andere organisatorische Elemente keineswegs unabhängig von politischen und ideologischen Entwicklungen und bei der Diskussion über eine Parteistruktur von Bedeutung. So treffen Parteien mit unterschiedlichen Strategien sehr unterschiedliche Entscheidungen und stützen sich vor allem auf unterschiedliche Kriterien in Bezug auf die Funktion der Führungsgremien, ihre zahlenmäßige Größe und Zusammensetzung. Ein Beispiel dafür ist die Entscheidung, die Funktionen des "Präsidenten" und des "Sekretärs" der Partei zu unterscheiden und das Kriterium der territorialen Vertretung in einem Zentralkomitee dem der politischen Führung vorzuziehen. Relevante organisatorische Fragen, die nicht unabhängig von der allgemeinen politischen Konzeption sind, sind beispielsweise die Form des Verhältnisses der politischen Leitung zwischen den zentralen Exekutivorganen und den lokalen Strukturen, die Funktionsweise der territorialen Strukturen und ihre Beziehung zu den Zellen oder den territorialen Strukturen verschiedener Gebiete (regional, provinziell usw.), die Kriterien für die Auswahl und Beförderung lokaler und nationaler Kader. Viele dieser Fragen waren in den letzten Jahren Gegenstand wichtiger Überlegungen und Diskussionen.

Unserer Erfahrung nach wurde die Wahl und Bevorzugung der Zellenstruktur als primäre Organisationsform nicht von abstrakten Prinzipien geleitet, die als allgemeingültiges Gebot gewählt wurden, sondern von einer konkreten Einschätzung der Notwendigkeit, eine kommunistische Organisation innerhalb der Klasse aufzubauen, im Verhältnis zu den konkreten Kräften, die zu einem bestimmten Zeitpunkt gegeben waren, und der Notwendigkeit der Entwicklung der Debatte und des internen Lebens.

Die Diskussion über die Form der Partei kann nicht von der Funktion der politischen Führung getrennt werden: Führung der Partei gegenüber der Klasse und der Parteiführung gegenüber der

Partei selbst.

Dieses Prinzip wird von den Veränderungen in der kapitalistischen Produktionsstruktur nur am Rande und in jedem Fall nicht wesentlich berührt. In den letzten Jahrzehnten haben soziologisch inspirierte Theorien, die aus dem Umfeld des Marxismus und der Arbeiterbewegung stammen, die Notwendigkeit bekräftigt, nach "neuen" Organisationsformen zu suchen, und zwar gleichzeitig mit der Überwindung der Dimensionierung der fordistischen Industrie in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern der "westlichen" Welt. Eine Reflexion über diese Veränderungen ist sicherlich relevant, wenn wir z.B. davon sprechen, dass es den Arbeitern mehr oder weniger leicht fällt, sich die Disziplin der kommunistischen Organisation zu eigen zu machen - dies gilt z.B. für die Arbeiter, die der Fabrikdisziplin fremd sind -, aber eigentlich nur für die Grundprinzipien des revolutionären Bewusstseins, für die Führungsfunktion der Partei und ihre Kaderpolitik. Auf der Grundlage dieser Prinzipien, und nicht ihrer Negierung, kann und muss man über ihre Anpassung an die konkrete Realität der heutigen Welt der Entwicklung des inneren Lebens der Partei, der Verbesserung der Formen der Diskussion und der Übermittlung der politischen Richtung sowie der Verteilung der Verantwortlichkeiten diskutieren.

Auf dieser Grundlage ist die obige Diskussion in der Tat nützlich und kann uns helfen, weiterzukommen.

f. Politischen Konsens schaffen

Ein grobes Missverständnis, das aber in linken Diskussionen weit verbreitet ist, ist jenes, das die Krise der Kommunisten und der Klassenlinken auf Kommunikationsprobleme zurückführt: "Wir können nicht mit den Menschen sprechen", "wir haben unsere Gründe nicht gut erklärt", "die Menschen verstehen uns nicht, wenn wir sprechen", "wir müssen die richtigen Schlagworte finden".

Ausgehend von dieser Prämisse wurde oft versucht, die eigenen Positionen zu ändern und abzuschwächen, in der Annahme, dass dies für die Rückgewinnung eines breiten Massenkonsenses funktional sein könnte, mit dem doppelt negativen Ergebnis einer noch tieferen ideologischen Schwächung, ohne jedoch das gewünschte Ergebnis zu erzielen. Dies, weil diese ganze Argumentation von der Umkehrung von Ursache und Wirkung ausgeht.

Die Stärkung der Partei ist nicht das Ergebnis, sondern die Voraussetzung für die Möglichkeit, eine Politik des Konsenses zu entwickeln. Es ist nicht die Politik des Konsenses, die zur Grundlage einer organischen Verbindung der Kommunisten mit den Massen gemacht werden kann, sondern im Gegenteil, nur eine strukturierte Partei, die ihre Stärke auf diese Organisation gründet, kann wirklich danach streben, eine Politik des Konsenses nach "außen" aufzubauen, verstanden nicht nur als außerhalb der Partei, aber auch außerhalb der Klasse. Das heißt, sie kann danach streben, die Weltanschauung und den politischen Vorschlag des Proletariats in der gesamten italienischen Gesellschaft in der allgemeinen Arena der politischen Konfrontation zu vertreten.

Ohne die Partei besteht die Gefahr, dass jede Bemühung, die Kommunikation zu verfeinern, einen gemeinsamen Sinn zu entwickeln und sich letztlich auf die Ebene des Streits um den politischen und wahlpolitischen Konsens zu begeben, in eine Sackgasse führt oder, schlimmer noch, anderen dient, eben weil die Kraft fehlt, die diesen Konsens auffangen und kanalisieren kann, ihn von einem einfachen Meinungszusammenhang in eine reale und materielle Kraft zu verwandeln, die Ausdruck

einer Klassenfront ist, die sich selbst organisiert und voranschreitet.

Dies ist keine bloße Grundsatzerklärung, sondern eine Ansprache, die erhebliche Auswirkungen auf die Organisation und die Entscheidungen in Bezug auf die Agitations- und Propagandaarbeit sowie auf die notwendige Optimierung der Bemühungen im Verhältnis zu den eigenen Kräften und dem Kontext, in dem man tätig ist, hat.

Die Anpassung der eigenen Propaganda, der sprachlichen Formen und des Vokabulars der eigenen Kommunikation an den Kontext und die Formen der modernen politischen Kommunikation, von der Parteizentrale bis zur Peripherie, ohne die grundlegenden Prinzipien, die wissenschaftlichen Kategorien und das politische Ziel zu opfern, sondern vielmehr in Abhängigkeit davon, ist eine richtige Arbeitsrichtung.

Es kommt jedoch darauf an, mit wem man redet, wo man redet, mit wem man redet, in dem Sinne, dass es wirklich die Organisiertheit der Arbeiterklasse und der Massen ist, die mehr als alles andere die Wirksamkeit unserer Propaganda schafft und sie nicht nur in einen Konsens und eine Meinung umwandelt, sondern auch in eine Rückkehr der Anstrengungen in Form neuer organisierter Kräfte. Verteilung von einer Million einmaliger Flugblätter - was man tun kann, wenn man ein Ziel klar benennt - in der Regel gilt es immer, jedem Kommunisten die Mittel an die Hand zu geben, die er braucht, um in der Massenarbeit an seinem Arbeitsplatz oder in seinem Viertel wirksam zu sein. Dies gilt umso mehr in den Produktionszentren, die eine größere politische Bedeutung haben oder in denen es eine höhere Konzentration von Arbeitern gibt, wo ein Kommunist zu einem Bezugspunkt für seine Kollegen und Kollegen werden kann, der dann als Beispiel für andere Arbeiter in anderen Betrieben dienen kann. Der Kampf um den Aufbau der Partei und die Schaffung eines Konsenses für die Partei sind nicht mechanisch voneinander zu trennen, noch kann ersterer mechanisch durch letzteren erzeugt werden. Umso mehr sind die Theorien der modernen Kommunikationsgurus für eine kommunistische Partei, die einen anderen Zweck als nur den der Wahl verfolgt, nutzlos, wenn es keine klare Strategie gibt, die darauf abzielt, jede strategische Position in ein Zentrum für die Verbreitung und den Aufbau der Hegemonie der Partei in der Gesellschaft zu verwandeln, für die Eroberung jeder "Kasematte", um Gramscis Lexikon zu verwenden.

Wenn dieser Grundsatz klar ist, kann und muss die Arbeit jedes einzelnen Aktivisten auf eine einzige Strategie zurückgeführt werden: die Entwicklung der Fähigkeit jedes einzelnen Aktivisten, auf der Grundlage der politischen Propaganda, die von der Parteizentrale artikuliert und aufgebaut wird, auf lokale und spezifische Forderungen zu reagieren, wobei ihr Inhalt, ihr Zeitplan und ihre Modalitäten festgelegt werden, mit landesweiten Kommunikationskampagnen, die die Aktionen der Aktivisten auf allen Ebenen leiten.

Genau an dieser Arbeit wird die Hegemonie- und Führungsfähigkeit einer kommunistischen Partei gemessen, in jeder Phase und in jedem Kontext, unabhängig davon, von welchen Kräften wir ausgehen und welche Ziele wir nach und nach definieren. Die erste Herausforderung, der wir uns stellen müssen, besteht darin, den Kampf um den Aufbau der Partei offen zu beginnen und ihn unserer Bezugsklasse als Agenda zu unterbreiten.

g. Die kommunistische Presse heute

Die kommunistische Presse ist ein unverzichtbarer Faktor für die Wiederbelebung einer kommunistischen Option in Italien, aber bei der Erörterung dieses Themas müssen wir den reinen Ritualismus, das sterile und kontextlose Aufrufen klassischer Formeln - von Lenin bis Gramsci - vermeiden und stattdessen die Aufmerksamkeit auf den Inhalt dieser Überlegungen maximieren. Die erfolglosen und grotesken Versuche der zahllosen Zeitungsgruppen, die sich heute auf den Kommunismus berufen, sind in diesem Sinne ein hervorragendes Beispiel dafür, was es nicht zu tun gilt.

Jeder politische Bereich und jede Tendenz in Italien ist um eine Reihe von Referenzveröffentlichungsprojekten herum organisiert, die im weitesten Sinne als die von den modernen Technologien gebotenen Möglichkeiten verstanden werden. Dies ist eine Tatsache, der man sich nur schwer entziehen kann und von der jede Überlegung derjenigen ausgehen muss, die sich ernsthaft mit dem Problem des kommunistischen Wiederaufbaus auseinandersetzen. Hinzu kommen Überlegungen zu den eher kontingenten Zielen. Eine Zeitung und im weiteren Sinne auch redaktionelle Projekte vereinen in sich eine Reihe von Funktionen und können je nach den politischen Entscheidungen und der historischen Phase die eine oder die andere überwiegen.

Im Russland des frühen 20. Jahrhunderts stellte Lenin die Frage nach einer "Zeitung für ganz Russland" als Mittel zur Vereinheitlichung der politisch-ideologischen Konzeption der bemerkenswert uneinheitlichen territorialen sozialistischen Kreise sowie zur Erziehung der Arbeiter im politischen Kampf, indem er die Massen daran gewöhnte, durch die Arbeit der Zeitung über Politik zu diskutieren. Es ist nicht schwer, in diesem Zusammenhang einige Analogien zu der Situation der Zersplitterung - sowohl organisatorisch als auch ideologisch - zu erkennen, in der wir uns heute befinden.

Historisch gesehen war die kommunistische Presse in Italien sowohl ein Propagandainstrument im engeren Sinne, d.h. sie richtete sich an die bewusstesten und fortschrittlichsten Elemente der Klasse, die den kommunistischen Organisationen bereits nahe standen, als auch im weiteren Sinne ein echtes Instrument zur Verbreitung eines Denkens und einer Weltanschauung in der Gesellschaft, die sich radikal von der herrschenden Klasse unterscheidet und die bürgerliche Presse auch in den Bereichen der Information, der Berichterstattung über das Tagesgeschehen, der öffentlichen Debatte über wichtige politische Fragen sowie im Bereich der Kunst-, Literatur-, Film-, Musik- und Sportkritik herausfordert.

Diese und andere Leitlinien können der redaktionellen Arbeit der Kommunisten heute zugrunde gelegt werden, in dem Bewusstsein, dass es sich um einen mühsamen Prozess handelt, der seine eigene Zeit und die Fähigkeit erfordert, die Kräfte zunächst auf die unmittelbarsten Ziele zu konzentrieren.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist es zum Beispiel unabdingbar, dass der für den Aufbau der Partei notwendige politisch-ideologische Kampf von einer Zeitung begleitet und erleichtert wird, die auch in der Lage ist, sich als Zeitung der nationalen Debatte zu präsentieren, die ein Instrument für die politisch-ideologische Vereinheitlichung der Partei und gleichzeitig ein Organisator des politischen Kampfes ist, der die gemeinsame Sprache der Kämpfer in diesem Kampf bildet. Ebenso braucht es eine Zeitung, die in der Lage ist, den Kämpfern, die sich an den Arbeits- und Studienplätzen entwickeln, den Mobilisierungen der Avantgarde der Arbeiter-, Gewerkschafts- und Studentenbewegung eine Stimme zu geben, die ansonsten von den nationalen Medien zum Schweigen gebracht oder verzerrt werden. Und schließlich ist der Aufbau von Wiedererkennbarkeit und Glaubwürdigkeit rund um ein redaktionelles Projekt ein grundlegendes Element für den Aufbau eines "neuen" gesunden Menschenverstands, der eine Alternative zum

vorherrschenden ist, was eines der unverzichtbaren Elemente für die Wiederherstellung einer organischen Verbindung zwischen der Arbeiterklasse und der Kraft ist, die sich als ihre Partei vorstellt.

h. Die Wahlkampfpolitik der Kommunisten

Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist und kann das Wahlterrain nicht der Boden sein, auf dem eine kommunistische Kraft aufgebaut wird und voranschreitet.

Gleichzeitig muss sich eine kommunistische Kraft, wenn sie wirklich in Form einer Partei existiert, sich mit der Frage der Wahlen auseinandersetzen und - angesichts der Erfahrung unzähliger Spaltungen und Abspaltungen vor und nach Wahlen - auch sehr klare Vorstellungen darüber haben.

Die Politik der opportunistischen Parteien Italiens war in den letzten Jahrzehnten systematisch durch die Umkehrung von Taktik und Strategie und die ständige Vermischung der beiden Pläne gekennzeichnet, auch in den Debatten der Linken.

Entscheidungen, die in der Tat eine strategische Feldwahl sanktionierten, wie das Wahlbündnis mit der linken Mitte, die Bereitschaft zur Regierungsbeteiligung, die Ersetzung des kommunistischen Horizonts durch den der europäischen Linken oder, in jüngerer Zeit, des bürgerlichen Souveränismus, wurden von den herrschenden Gruppen, die sie unterstützten, als rein taktische Fragen dargestellt.

In anderen Fällen war man der Meinung, dass die revolutionäre Strategie der Kommunisten durch Elemente charakterisiert werden sollte, die an sich Teil der Taktik sind, wie etwa die Politik in Bezug auf Wahlen und Wahlbündnisse, indem man beispielsweise die Verteidigung der revolutionären Matrix der kommunistischen Parteien auf die Verkündung "Wir werden mit unserem Symbol zu den Wahlen gehen" reduzierte.

Der revolutionäre Charakter einer Partei wird nicht nur durch die Wahltaktik bestimmt. Die jüngsten Entwicklungen haben uns außerdem gezeigt, dass sich ultra-identitäre Proklamationen in Wahlkontexten als irrelevant oder fast irrelevant erwiesen haben, denn sich bei Wahlen mit dem Namen "kommunistisch" und dem Hammer-und-Sichel-Symbol zu präsentieren, ist an sich keine Garantie für die Richtigkeit und Kampffähigkeit der eigenen politischen Linie. Dieses einfache Argument wurde in Italien oft von Führungsgruppen benutzt, die die Identität als Deckmantel für die schlimmsten opportunistischen Entscheidungen benutzten und damit das Bild der Kommunisten in den Augen der Massen diskreditierten. Ob eine revolutionäre Partei eine solche ist oder nicht, hängt von ihrem Programm und ihrem Verhalten ab, nicht von ihrer Wahltaktik.

Generell sind wir nach wie vor der Meinung, dass, wenn der Prozess des Aufbaus einer kommunistischen Partei auch über ihre Wiedererkennbarkeit und ihre Rückbindung an die proletarischen Massen verläuft, es richtig ist, dass auch die Wahltaktik entsprechend agiert, mit einer Ausrichtung, die dazu tendiert, die direkte Präsentation der Partei bei politischen Wahlen zu bevorzugen, nicht in Koalition.

Ausgehend von dieser Überlegung sind wir in Bezug auf die gegenwärtige Phase und auf der Grundlage unserer früheren Überlegungen nicht grundsätzlich gegen eine Hypothese der

Wahlkonvergenz bei Wahlen von nationaler Bedeutung, die den gemeinsamen Kampf aufwerten würde, der sich an der Seite der Arbeiter- und Klassensektoren entwickelt hat, und die eine kämpferische Klassengruppierung erkennbar machen würde, die Ausdruck der avantgardistischen Sektoren der wirklichen Bewegung ist, ohne Zugeständnisse auf der Ebene der Prinzipien und außerhalb jeder wahltaktischen Konzeption.

Teil IV

EIN PROJEKT ZUM VORANKOMMEN

a. Die Lage in Italien

Die Situation der kommunistischen Bewegung in Italien ist gekennzeichnet durch die Zersplitterung, die extreme Schwäche der Kräfte, die sich auf den Kommunismus berufen, ihre Irrelevanz in der institutionellen politischen Szene und das Fehlen einer effektiven Anerkennung als politische Avantgarde durch die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse.

Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass zwei der Hauptgründe für die Krise der Kommunisten in Italien im Fehlen eines wirklichen Bruchs mit dem Opportunismus in den Jahrzehnten nach der Auflösung der PCI und im Fortbestehen schädlicher Vorstellungen über den Charakter und die Rolle der aufzubauenden Partei und die Rolle der Kommunisten als politische Kraft selbst innerhalb der kommunistischen "Post-PCI"-Erfahrungen liegen.

Seit den 1990er Jahren wurde das Problem des kommunistischen Wiederaufbaus (oder der "rifondazione", wie es genannt wurde) in fast rein wahltaktischen und identitätsbasierten Begriffen konzipiert, entsprechend der Logik, einen politischen Raum "besetzen" zu müssen, der es ihnen immer noch erlaubte, aus Nischen des Wahlkonsenses Kapital zu schlagen und diese in institutionelle Positionen im Parlament, in den Regionen und in den lokalen Behörden zu verwandeln.

Man ging davon aus, dass die Bedeutung des Offenhaltens einer kommunistischen Option im italienischen politischen Panorama aus der Notwendigkeit resultierte, dem Teil der Bevölkerung, der für die PCI stimmte und sich immer noch kommunistisch fühlte, einen politischen, identitätsstiftenden und wahltaktischen Bezugspunkt zu bieten, und die Bemühungen der Führungsgruppen konzentrierten sich auf diese Richtung. Dies führte dazu, dass in den 1990er und 2000er Jahren die beiden wichtigsten kommunistischen Parteien in Italien entstanden, auch wenn dies in einigen Statuten so vorgesehen war, Sie funktionierten im Wesentlichen als "Konsensparteien", "Parteien der leichten Hand" und "fließende Parteien", die sich um die Fraktion herum bildeten, die die politische Linie vorgab, und die auch in ihrer Struktur und Funktionsweise den bürgerlichen Parteien sehr ähnlich waren.

Mehr als 30 Jahre nach der Gründung der Rifondazione Comunista ist es offensichtlich, dass die "lange Welle" der historischen PCI erschöpft ist, dass die Kräfte, die sie belebt hatten, auf ein Minimum reduziert sind und den Preis dafür zahlen, dass sie nicht in der Lage waren, über die bloße Verwaltung des bestehenden und des verbliebenen Wahlbeckens des "kommunistischen Volkes" hinauszugehen.

Für die Reorganisation der Arbeiterbewegung auf einer kämpferischen und konfliktreichen Basis wurde jedoch sehr wenig getan. Es gab wenig Interesse daran, dass die Reorganisation der

Kommunisten in einer organischen Beziehung zur Arbeiterklasse, zum Proletariat und zur Gewerkschaftsbewegung erfolgt. Neue Theorien und opportunistische Tendenzen haben diese Haltung weiter legitimiert.

Eine ernsthafte Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiter- und kommunistischen Bewegung hat fast völlig gefehlt, während das Bemühen, die Kommunisten wieder mit der Arbeiterklasse zu verbinden, durch das Bemühen ersetzt wurde, die Kommunisten innerhalb des bürgerlichen politischen Systems anzusiedeln. Dies zeigt sich an der Bereitschaft der PRC und später der PdCI, sich an der Bildung von Mitte-Links-Regierungen zu beteiligen, die für einige der schlimmsten arbeiterfeindlichen Politiken der letzten Jahrzehnte und für die Beteiligung an imperialistischen Kriegen wie denen in Ex-Jugoslawien und Afghanistan verantwortlich sind.

Nach den Wahlen von 2008, die zum Ausschluss der Kommunisten aus dem Parlament führten, war die Debatte zunehmend von einer selbstkritischen Haltung und einer Analyse der Gründe für die Niederlage geprägt, ohne jedoch den Opportunismus, der die Hauptursache war, richtig zu charakterisieren - eine Kategorie, die heute nur noch von wenigen verwendet wird, und oft nicht in ihrer leninistischen Bedeutung, sondern als Ausdruck des gesunden Menschenverstands.

Anhand der Erfahrungen, die wir in den letzten zehn Jahren gesammelt haben, konnten wir feststellen, dass selbst diejenigen, die die Polemik gegen den Opportunismus verschärft hatten, diejenigen, die mit Worten verkündet hatten, dass sie mit dieser politischen und organisatorischen Konzeption brechen und eine kommunistische Kraft auf einer anderen Grundlage aufbauen wollten, in Wirklichkeit in derselben Logik gefangen blieben.

Von einigen wurde die Niederlage der Kommunisten 2008 innerhalb der "Regenbogenlinken" vereinfachend als Ergebnis eines "Verrats" betrachtet, der sich im Verzicht auf Symbolik und Identität, in der Bereitschaft zu Bündnissen mit der linken Mitte und in der Bevorzugung einiger "Themen" (z. B. Bürgerrechte) gegenüber anderen in der politischen Kommunikation zeigte. Dieser Art von Argumenten liegt die Vorstellung zugrunde, dass kommunistische Politik auf der Suche nach einem Konsens - im Wesentlichen einem Wahlkonsens - beruhen und sich daher an den "Themen" orientieren sollte, die zur Erreichung dieses Konsenses nützlich sind.

Gleichzeitig wird unterschätzt, wie wichtig es ist, ohne Eklektizismus den Charakter der Partei und die grundlegenden strategischen Knotenpunkte zu definieren, die für eine kommunistische Kraft des 21. Jahrhunderts.

Die "souveränistische" und nationalistische Strömung der KP, deren Führung sich dafür entschieden hat, die Partei in den Hintergrund zu drängen, indem sie sie zu einem bloßen Anhängsel eines "souveränistischen" - und zunehmend offen rechtsgerichteten - politischen Projekts macht, hat genau diese Art von Konzeption zur Grundlage: Die Vorstellung, dass die Übernahme dieser Positionen heute nützlich ist, um "die Arbeiter zu gewinnen, die rechts wählen", und ganz allgemein, um einen Wahlkonsens zu erreichen, der auf der Einschätzung beruht, dass es heute einen "politischen Raum" für eine Koalition souveränistischer Kräfte, aber nicht von Kommunisten als solchen, gibt, um ins Parlament einzuziehen. Bekanntlich war unsere Opposition gegen diese Perspektive die Grundlage für den Bruch zwischen der FGC und der PC und die Entstehung der Fronte Comunista, die von der Teilen gegründet wurde, die in der PC in der Minderheit blieb. Wir haben eine sehr selbstkritische Bilanz der Erfahrungen jener Jahre gezogen, die sich in den politischen Thesen der Kongresse sowohl der FC als auch der FGC niedergeschlagen hat.

Die Tendenz, das Terrain des Wahlkonsenses und der Meinungsbildung zu bevorzugen, liegt auch

der Strategie der Partei der Rifondazione Comunista zugrunde, die seit Jahren versucht, als Dreh- und Angelpunkt zu fungieren, um in Italien eine Partei oder Koalition der radikalen Linken nach dem Vorbild von Syriza oder Unidas Podemos/Sumar aufzubauen, die sich international an der Partei der Europäischen Linken orientiert, dem Hauptpol der alten und neuen opportunistischen Tendenzen auf dem europäischen Kontinent, die Erben des sogenannten "Eurokommunismus". Mit der Mitwirkung von Rifondazione an Santoros Wahlprojekt für die Europawahlen erleben wir heute eine weitere Entwicklung, diesmal mit einer noch verwässerten Konnotation als in der Vergangenheit.

Komplexer war in diesen Jahren der Weg von Potere al Popolo, der als Koalition geboren und dann zwischen 2018 und 2019 in eine Partei umgewandelt wurde, die bei zahlreichen Kommunal- und Regionalwahlen permanent mit einem eigenen Symbol auftrat, dann wieder durch das Bündnis mit der PRC in der Unione Popolare bis zum neuen Bruch bei den Europawahlen. Das Projekt der PaP war in der Lage, echte Kräfte zu versammeln, die für den italienischen Kontext bedeutsam waren, mit Aktivisten, die nicht virtuell waren und sich aufrichtig für Kampfzusammenhänge engagierten, insbesondere in einer Altersgruppe, die eine Generation später als diejenige war, die direkt von der Katastrophe der Unterstützung der kommunistischen Parteien für Mitte-Links-Regierungen betroffen war. Sieben Jahre nach ihrer Gründung ist es jedoch unmöglich, nicht festzustellen, dass sich die PaP in Bezug auf ihre Prämissen nicht bestätigt hat und dass ihre anfängliche Wirkung sogar deutlich geringer geworden ist. Das Hin und Her zwischen der Teilnahme an den Wahlen mit eigenem Symbol, dem Auslassen der letzten Europawahlen aufgrund des Bruchs mit der PRC, der erneuten Teilnahme an den politischen Wahlen in einer neuen Koalition mit derselben PRC unter der Führung von De Magistris und dem erneuten Bruch, der das Projekt Unione Popolare faktisch beendete, hat viele verwirrt, aber es ist nicht unvereinbar mit der strategischen Ausrichtung, die im Wesentlichen weiterhin darin besteht, eine radikale linke Partei nach dem Vorbild des "Linkspopulismus" innerhalb der GUE/NGL und der Europäischen Linken aufzubauen, wobei sie sich selbst höchstens als "linke" Komponente dieses Kontextes anbietet.

Es ist auch angebracht, die Rolle des Rete die Comunisti hervorzuheben, einer Organisation, die aus Gründen, die den bisher aufgezeigten Tendenzen weitgehend entgegengesetzt sind, als relevant anzusehen ist, trotz ihrer Beteiligung an der PaP und folglich der Festlegung ihrer Wahlstrategie. Diese zahlenmäßig überschaubare Organisation versteht sich als kommunistische Partei, die die Struktur einer leninistischen Kaderpartei annimmt, und hat es im Laufe der Jahrzehnte geschafft, ein Netzwerk von Nebenorganisationen um sich herum aufzubauen, vor allem aber die politische Richtung der USB zum Ausdruck zu bringen. Ausgehend von dieser Überlegung formuliert der RdC eine Gesamtstrategie auf politischer, wahlpolitischer und gewerkschaftlicher Ebene, die jedoch in dem Moment, in dem sie die Notwendigkeit der Überwindung der Zersplitterung der kommunistischen Organisationen nicht anerkennt, die Mitwirkung dieser Kräfte systematisch von der Schaffung der Bedingungen für eine wirkliche Konfrontation der Kommunisten über den Wiederaufbau der Partei in Italien und über die Positionen, die notwendig sind, um ein der Phase entsprechendes revolutionäres Programm zu charakterisieren, entfernt.

Schließlich zeigen die mangelnde zahlenmäßige und organisatorische Entwicklung der von Mauro Alboresi geführten PCI und das weitgehende Verschwinden der entsprechenden Jugendorganisation, die das Akronym "FGCI" wiedererlangt hat, dass es heute nicht möglich ist, einen wirklichen Prozess des kommunistischen Wiederaufbaus auf die Rhetorik der "Rückkehr" des historischen Akronyms und auf echte Phänomene der Nostalgie für eine Vergangenheit zu stützen, die erfreulicher ist als die Gegenwart. In den letzten Jahren hat diese Partei die Idee des "Wiederaufbaus der PCI" vorgeschlagen, indem sie den Namen und das Symbol der historischen Partei wieder übernommen hat, und es ist ihr offensichtlich gelungen, Unterstützung für ihre

Verwendung in der Wahlarena zu gewinnen. Wir bekräftigen unsere damalige Position: Wir müssen in der Lage sein, den Respekt vor der Geschichte der PCI und der kommunistischen Bewegung in Italien von der Notwendigkeit eines kritischen Gleichgewichts zu trennen, das es versteht, Fehler aufzuzeigen, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, und daraus nützliche Lehren zu ziehen, um den Klassenkampf und die Neuzusammensetzung eines revolutionären Pols voranzutreiben. Der Vorschlag, die PCI "wieder aufzubauen", ohne den Prozess zu analysieren, der zur Liquidierung der PCI durch ihre eigene Führung führte, nachdem sie sich zunehmend von revolutionären Positionen entfernt hatte, kann nicht die unkritische Unterstützung von Kommunisten finden. Von einem kommunistischen Wiederaufbau kann und muss hingegen gesprochen werden, weil es in Italien eine große kommunistische Kraft gab und diese heute mehr denn je gebraucht wird.

b. Was ist jetzt zu tun? Die Priorität ist es, die Parteien zu machen

Die Voraussetzungen sind heute gegeben, um voranzukommen.

Wir wollen unverblümt die Notwendigkeit aufzeigen, die bestehenden Organisationsstrukturen zu überwinden und jene Kräfte in Form einer kommunistischen Partei zu vereinen, deren strategische und ideologische Kompatibilität diesen Prozess ermöglicht.

Wir verwenden das Wort Prozess nicht beiläufig, sondern ganz bewusst: Es gibt keine einzige, sofortige und per se gültige Lösung für alle Probleme, die uns plagen.

Der kommunistische Wiederaufbau in Italien ist notwendigerweise ein Prozess, der kombiniert werden muss:

- der politische, ideologische und organisatorische Zusammenschluss der bereits bestehenden politischen Avantgarde der Klassenbewegung, die heute gespalten ist, auch wenn sie eine gemeinsame revolutionäre Perspektive teilt;
- die Wiederherstellung der organischen Einheit zwischen diesen Kräften und der Arbeiterbewegung, d. h. die Wiederherstellung der Verbindung zwischen der Avantgarde und der Arbeiterklasse;
- die Rückbindung dieser Kräfte an die historische Kontinuität der internationalen Arbeiterbewegung und die Bemühungen um die Entwicklung des Marxismus in unserer Zeit.

Im italienischen Kontext sind wir davon überzeugt, dass die revolutionäre Umgruppierung der Kommunisten zu einer einzigen Avantgardepartei nur in Form einer Neuzusammensetzung und Bündelung von Kräften erfolgen kann, seien es kollektive oder individuelle, die notwendigerweise aus unterschiedlichen Erfahrungen stammen. Dies kann auf der Grundlage gemeinsamer Ziele, einer gemeinsamen ideologischen Vision und eines revolutionären Programms geschehen. Ein Weg, der nicht zu einer einfachen Konföderation bestehender Kräfte führen darf, sondern zu einer wirklichen Zentralisierung dieser Energien in einer höheren politisch-organisatorischen Form.

Je mehr es uns gelingt, dies zu erreichen, desto mehr wird es uns gelingen, ein Zentrum der Konvergenz nicht nur der bereits vorhandenen Kräfte zu schaffen, sondern auch der neuen Kräfte,

die in der Realität des Klassenkampfes und der Mobilisierung der Arbeiterklasse, des Volkes und der Antikapitalisten gegen die Krise, den Krieg und die von diesem System auferlegten Entbehrungen entstehen werden.

In Bezug auf den Charakter und die Art dessen, was wir im italienischen Kontext vorschlagen, sind einige Klarstellungen erforderlich.

Es ist klar, dass die Gründung einer kommunistischen Partei, auch wenn sie aus einem Prozess des Zusammenschlusses hervorgeht, an sich nicht die Lösung für die zahlreichen Probleme der italienischen Arbeiterbewegung sein wird. Von allen wird die Einheit der Kommunisten eine ernste Frage und eine offene Herausforderung bleiben.

Wir stehen diesem Problem keineswegs gleichgültig gegenüber, meinen aber, dass es nicht unrealistisch auf die Neuzusammensetzung alles Bestehenden nach der Logik der kalten Summierung abzielen sollte, sondern vielmehr auf die schrittweise Überwindung der Wurzeln des derzeitigen Zustands der Fragmentierung. Unser Vorschlag will genau in diese Richtung gehen. Es ist notwendig, mit der weit verbreiteten Vorstellung aufzuräumen, dass das Entstehen neuer politischer Organisationen notwendigerweise ein Faktor zunehmender Fragmentierung ist. Dies ist nicht der Fall, wenn diese aus der Konvergenz entstehen. Diese Befürchtung kann nicht das Festhalten an einer rückständigen, schwachen und unorganisierten Organisationsform rechtfertigen.

Wir bestehen auf der Notwendigkeit eines konkreten und unmittelbaren Fortschritts, ohne den Anspruch auf einen einzigen, ein für alle Mal entscheidenden Moment, eben weil wir uns darüber im Klaren sind, dass es unter den derzeitigen Bedingungen nichts dergleichen geben kann.

Die Partei, deren Gründung wir vorschlagen, wird nicht die endgültige Lösung des Problems der Einheit sein, denn die tiefen strategischen Divergenzen, die heute bestehen, erlauben es nicht, alle Kräfte, die sich auf die Tradition der Arbeiter- und kommunistischen Bewegung stützen, in einer einzigen Partei zu vereinen.

Jede neue Partei wird zwangsläufig in einem Umfeld der Zersplitterung, der Schwäche und der Rückständigkeit weiterbestehen, mit dem sie sich auseinandersetzen muss, indem sie sich weiter um dessen Überwindung bemüht. Dies ist eine Realität, der wir uns bewusst sein müssen, aber immer unter dem Gesichtspunkt, dass im Prozess des Parteaufbaus, wie auch im revolutionären Prozess im Allgemeinen, jede mechanische Trennung zwischen dem "Minimalprogramm" und dem "Maximalprogramm" eine ökonomistische Verflachung des Ersteren und eine utopisch-maximalistische Auffassung des Letzteren impliziert. Wenn wir jetzt aufgeben, um voranzukommen, würden wir riskieren, diesen Verzicht mit der Idee zu rechtfertigen. Es ist eine bequeme und vereinfachende Sichtweise, die besagt, dass man einfach "in der Klasse weiterarbeiten" muss, während man als ein Moment der Entstehung, der auf den Zeitpunkt verschoben wird, "wenn die Bedingungen endlich reif sind", auf eine kommunistische Konstituante wartet, die die Probleme der Vergangenheit aus der Welt schafft, ohne dass klar ist, wie diese konstruiert werden soll und aus welchen Kräften.

Was heute möglich ist und was wir für notwendig halten, ist der Aufbau einer Partei, die sich selbst organisiert und als solche auftritt, die der kommunistischen Aktion eine kritische Masse verleiht und allein aus diesem Grund einen Fortschritt gegenüber den bestehenden Verhältnissen darstellt, die das politische Projekt der Kommunisten innerhalb der Arbeiterklasse und gemeinsam mit ihr in der Arena der politischen Debatte vorantreiben kann, während sie das Problem und die Herausforderung der kommunistischen Einheit weiterhin an die bestehenden Organisationen stellt.

Wenn wir dies tun, haben wir uns weiterentwickelt. Es wird dann die konkrete Entwicklung der Geschichte sein, die uns vor neue Herausforderungen stellt, die es zu bewältigen gilt.

c. Wie sollte die Frage der Einheit der Kommunisten angegangen werden?

Wir haben festgestellt, dass unser Vorschlag - wie jeder andere Vorschlag, der mehr sein will als ein prinzipienloser politischer Zusammenschluss - das Problem der organisatorischen Zersplitterung der politischen Kräfte, die sich auf den Kommunismus berufen, objektiv nicht lösen kann.

Dies zur Kenntnis zu nehmen, bedeutet nicht, dass die junge Partei davon befreit ist, das Thema anzusprechen.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen besteht die Notwendigkeit einer Art "Generalstaat" für die kommunistische Bewegung in Italien weiterhin abstrakt. Aber dies kann nicht durch bloße Beschwörungen behoben werden, auch nicht durch die Verwirklichung von etwas, das es in der Substanz nicht ist, und auch nicht dadurch, dass man alles in eine unbestimmte Zukunft verschiebt und mit der Rückständigkeit der gegenwärtigen Bedingungen rechtfertigt.

Längerfristig sind wir nach wie vor der Meinung, dass ein Raum für eine freimütige und offene Debatte wünschenswert und notwendig ist, beispielsweise ein nationales "Forum" zwischen allen Organisationen, die sich auf die Kommunismus und die das Problem der Einheit aufwerfen, dass diese Debatte auf der Grundlage der grundlegenden Punkte, in denen politisch-ideologische Differenzen bestehen, geführt werden sollte.

Der einzig mögliche und sinnvolle Weg, dies zu tun, besteht unserer Meinung nach darin, die Diskussion über Einheit und Divergenz von allen Wahlterminen und organisatorischen Fristen zu trennen und sie nicht nur an der Spitze der Organisationen zu führen, sondern vor einem möglichst breiten klassenmäßigen und kämpferischen "Publikum", angefangen bei den bewussten Mitgliedern der Arbeiterklasse, von den in Gewerkschaften und Parteien Organisierten bis hin zu aufrichtigen Genossen, wo immer sie sich befinden.

Wir stellen sie als ein offenes Problem dar, das es zu hinterfragen und zu bearbeiten gilt.

d. Die Rolle der FGC

Seit der Gründungsversammlung der Fronte della Gioventù Comunista im Jahr 2012 sind nun viele Jahre vergangen. Trotz all ihrer Unzulänglichkeiten und Schwächen war die FGC ein bescheidener, aber bedeutender Ausgleichsfaktor, beginnend mit dem Prozess, der zu ihrer Gründung führte, der nicht auf einem Bruch oder einer Spaltung beruhte, sondern im Gegenteil auf dem Zusammenschluss von Lebensrealitäten und Jugendgruppen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Geschichten, auf der Grundlage einer wachsenden politischen und ideologischen Gemeinsamkeit.

Heute gehört die FGC zu den führenden nationalen politischen Jugendorganisationen in Italien; sie ist eine bedeutende und relevante Organisation in der Studentenbewegung und genießt aufrichtige und unbestrittene Anerkennung in der internationalen kommunistischen Jugendbewegung.

Es ist in erster Linie der FGC zu verdanken, dass heute der Prozess der Umgruppierung der Kommunisten in eine einzige revolutionäre Organisation unter den neuen Generationen weiter fortgeschritten ist, verglichen mit der allgemeinen Situation der politischen Zersplitterung unter den Parteien und Organisationen der "Klassenlinken".

In dieser widersprüchlichen Situation hat die FGC stets versucht, ihre Energien in den Dienst eines Parteaufbauprozesses zu stellen. Einerseits durch die Vertiefung der Rolle der kommunistischen Jugend als Weg für die Ausbildung zukünftiger kommunistischer Kader und Führungskräfte, andererseits durch die Ausrichtung der FGC auf die Stärkung der Debatte und des politisch-ideologischen Austauschs mit den am meisten verwandten Organisationen im kommunistischen Raum. Diese Ausrichtung wurde bereits auf der Sitzung des Zentralkomitees vom 21. Januar 2015 in Livorno, auf der die ersten "Thesen zum kommunistischen Wiederaufbau in Italien" angenommen wurden, ausdrücklich bekräftigt und später anlässlich des Bruchs mit der PC und erneut mit den politischen Thesen des 3. nationalen Kongresses der FGC (9.-12. Juni 2022) bestätigt.

Der gemeinsame Weg, den wir vorschlagen, ist ein Prozess, dem die Genossinnen und Genossen der FGC Kraft und Energie verleihen können, um eine Partei zu schaffen, die die Jugend als ihre Leitpartei anerkennen kann, ohne sie zu zwingen, sondern aus aufrichtiger Wertschätzung und politischer Verbundenheit mit ihrem Projekt. Die Auflösung dieses Widerspruchs ist ein notwendiger Schritt, um sicherzustellen, dass die jungen und vitalen Kräfte der kommunistischen Jugend nicht verschwendet werden, sondern ihr volles Potenzial entfalten. Wenn die FGC jahrelang Aufgaben übernahm, die nicht unbedingt in die Zuständigkeit einer Jugendorganisation fielen, war der unvermeidliche Preis dafür eine Verzögerung bei der Entwicklung einer spezifischen Arbeit für die proletarische Jugend, die über die Unmittelbarkeit der Kämpfe hinausging, wie z.B. im Bereich der Freizeitgestaltung, der Kunst, des Sports und der Kultur.

Nur das Vorhandensein einer Partei, die ihrer politischen Führungsaufgabe gewachsen ist, kann die Jugend in die Lage versetzen, ihre kämpferische Arbeit neu zu organisieren und sie als Entwicklung der Parteistrategie unter der proletarischen Jugend zu verstehen.

Die Zeit ist reif dafür. Die FGC ist reif, die Jugendorganisation der Partei zu sein, die wir aufbauen müssen.

Schlusswort

WIR TREIBEN DEN KOMMUNISTISCHEN WIEDERAUFBAU IN UNSEREM SCHOSS VORAN

Dieses Dokument ist das Ergebnis jahrelanger Überlegungen und Bewertungen, von Kämpfen in der Klassenbewegung in Italien, von Erfahrungen und Auseinandersetzungen in der internationalen kommunistischen Bewegung. Es drückt den Punkt aus, den wir in dem Reifungs- und Lernprozess erreicht haben, den wir in diesen Jahren durchlebt haben und von dem wir glauben, dass er noch lange nicht abgeschlossen ist.

Wir schlagen diesen Text allen Genossinnen und Genossen in Italien als Grundlage für Konfrontation und Diskussion vor, beginnend mit den Organisationen, Kollektiven und einzelnen Aktivisten, die in den letzten Jahren mit uns Momente des Kampfes, Tage der Mobilisierung und Wege der Annäherung geteilt haben, in denen versucht wurde, unsere Kräfte im Dienste einer internationalen und internationalen Union zu bündeln, unsere Kräfte im Dienste eines gerechten und notwendigen Kampfes zu bündeln.

Wir wenden uns auch an alle Genossinnen und Genossen, die bereits ein Stück des Weges mit uns geteilt haben, an diejenigen, die sich entschieden haben, sich ins Privatleben zurückzuziehen oder auch nur eine "Pause" von ihrer kommunistischen Militanz zu machen, entmutigt durch das allgemeine Klima, durch die Rückschläge politischer Projekte, die voranzukommen schienen und nun ins Stocken geraten sind, durch das Fehlen einer glaubwürdigen politischen Perspektive.

Wir wollen sie alle ansprechen, indem wir ein ernsthaftes Projekt artikulieren, das sich nicht im Entferntesten auf periodische Haufen auf der Suche nach Wahlvereinbarungen beziehen lässt.

Die Zeit drängt. Die Verzögerung, die wir vor den Terminen der Geschichte erleiden, lastet immer mehr wie ein Felsbrocken auf der Möglichkeit, eine neue Hoffnung auf Erlösung vorzubringen.

In Anbetracht dieser Dringlichkeit und im Bewusstsein der bestehenden Differenzen und der Schwierigkeiten, eine produktive Diskussion zu organisieren, haben wir versucht, in verständlicher Form unsere Gedanken zu dem zusammenzufassen, was wir für wesentlich halten, um die Möglichkeit einer soliden Konvergenz in den grundlegenden strategischen Fragen unserer Zeit als notwendige Voraussetzung für weitere organisatorische Schritte zu überprüfen.

Wir denken, dass die Zeit reif ist, einen öffentlichen Weg zu eröffnen, den Prozess der Debatte und der Konfrontation für den kommunistischen Wiederaufbau zurückzubringen und nach außen zu öffnen, und uns einen vernünftigen Zeitrahmen zu geben, um den Prozess der Gründung einer kommunistischen Partei zu erreichen.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist voll von Beispielen, wo unter schwierigsten Bedingungen die Fähigkeit, den ersten Schritt gegen den Strom zu tun, den Unterschied ausmachte. Das ist es, was wir heute brauchen, um eine Spirale von Niederlagen, Enttäuschungen und Desorganisation

umzukehren. Wir können wieder siegen.

Die Zukunft liegt jenseits des Kapitalismus. Der Kampf für den Sozialismus ist der Kampf unserer Zeit.